

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Pectzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Verzinsungsanzeigen und Arbeitervermittlung 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

„Gesellschaft für Arbeiter- versicherung?“

□ Unsere bürgerlichen „Sozialpolitiker“ zerbrechen sich den Kopf, wie sie den modernen Proletariat am besten für ihre Pläne gewinnen können. In Ausschüssen für Volksvorlesungen, Theatervorstellungen aller Art sucht man für die Bildung des Arbeiters zu wirken. Gesellschaften für „soziale Reform“ haben sich bereits gebildet, jedoch ohne ersichtlichen Erfolg. Offiziere — ohne Soldaten! Es fehlte eben das — „Volk“, für welches man ja alle diese Veranstellungen geboten hat.

Ein neues, wenn auch nicht nagelneues Projekt hat jetzt der bekannte Stadtrat v. Frankenberg in Braunschweig veröffentlicht. Er empfiehlt die Errichtung von territorialen Gesellschaften für die Arbeiterversicherung, die dann national und international wirken könnten. Der gänzlich mißglickte Wiener Arbeiterversicherungskongress vom September vorigen Jahres gab ihm zu denken, „daß außerhalb des Kongresses nicht genügend Fühlung zwischen den verschiedenen Freunden der Arbeiterversicherung besteht!“ Diese „Fühlung“ soll jetzt nach dem Plane Frankenbergs hergestellt werden. Es soll deshalb an verschiedenen Orten Deutschlands versucht werden, eine ständige Vereinigung zu bilden, welcher Beamte, Private, Ärzte, Schriftsteller, Arbeiter, Vertreter der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten usw. angehören sollten. Eine recht „bunte Gesellschaft“. Wie sich solche Vorschläge auf — dem Papier so „nett“ ausmachen! Aber auch die „berühmten Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung“, an deren Sitzungszimmer man mit Recht Dantes Worte: „Wer hier eintritt, lasse die Hoffnung draußen“, schreiben könnte, sollen in den „Zirkel“ mit einbezogen werden, möglichst der „Ort, an welchem Schiedsgerichte ihren Sitz haben, in erster Reihe als der Mittelpunkt der örtlichen Organisation ins Auge zu fassen sein“. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts, meistens ein junger Regierungsrat, der vom praktischen Leben wenig Ahnung hat, soll unbedingt Mitglied der Gesellschaft werden, ebenso die Besitzer der Schiedsgerichte, die nach Frankenbergs naiver Meinung alle gerade an dem Sitze des Schiedsgerichts ihren Wohnsitz haben!

Was soll nun diese bunte Gesellschaft alles leisten, wenn sie wirklich gegründet wird? In erster Linie soll eine Annäherung aller Gruppen ermöglicht, eine „Harmonie“ hergestellt werden. Daß sich aber die verschiedensten Gruppen heute wie Kage und Hund gegenüberstehen, überseht Frankenberg, oder will diese Situation zu beseitigen suchen? Ärzte und Krankenkassen sind heute auf dem Kriegsfuß, Berufsgenossenschaften sind ein „Blümleinrührmischichtan“ der Unternehmer, die in deren Verwaltung frei schalten und walten können, ohne auch nur die geringste Rücksicht auf die Versicherten zu nehmen. Unsere Invalidenversicherungsanstalten sind die reinsten Beamtenstuben, in denen jährlich zum Schein drei- bis viermal einige Arbeitervertreter, durch das tollste Wahlssystem gewählt, zur Sitzung eingeladen werden, ohne aber auch nur den geringsten Einfluß auf den Gang der Geschäfte zu haben. Unsere Landeshauptmänner, Landräte usw. machen alle Arbeit „glatt und fein“, Arbeitervertreter sind aber nur — Dekoration, weil eben die Arbeiter — die Beiträge aufzubringen haben. Das ist das Einzige, was man dem Arbeiter ungeschmälert zukommen läßt. Nimmt man noch unsere Schiedsgerichte dazu, deren Rechtsprechung immer — „besser“ wird, so ist die bunte Reihe da! Jetzt kann's losgehen! Bündstoff ist ja genug „vorhanden“. Die Ärztevertreter können nicht genug Honorar aus den Krankenkassen, mit Vorliebe aus den verhafteten Orts- und Hilfskassen herauschinden, die Kassenvertreter müssen sich wieder gegen diesen Beutezug und die schmachlichen Angriffe des Dr. Mugdan und Genossen energisch wehren, das bedrohte Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen verteidigen und verlangen, daß die Arbeiter auch dasselbe Recht in den Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten erhalten! Die Vertreter letzterer werden wieder an ihren „historischen Rechten“ festhalten und das „Ideal“ einer Versicherung in allen Tonarten verteidigen. Eine Kritik der Tätigkeit der Schiedsgerichte wird aber ausgeschlossen sein, da der Herr

Vorsitzende des Gerichtes dies nicht „dulden“ wird, Strafankträge in Aussicht stellt! Will das Frankenberg? Nein! Es soll ruhig zugehen, da ja ein „neutraler Boden“ vorhanden sei. Man soll dazu kommen: „Genesungsheime“ zu gründen, Vorträge über gewerbliche Gesundheitspflege, Volkshygiene abhalten, „Auskunftsstellen in Versicherungsangelegenheiten“ zu schaffen usw.

Die Hauptsache sei eben, daß mal der Anfang gemacht werde, das andere finde sich schon von selbst. An die „Spitze“ der Organisation soll „eine möglichst über den Parteien stehende Persönlichkeit“ gestellt werden. Gibt es noch solche „Spitzen“? Nichtig! Es soll jedenfalls einer der „Privatleuten“ sein, die in die Gruppen auch gewählt werden sollen, ein harmloser Spießer, der sich nie um die soziale Gesehgebung viel gekümmert, nirgends deshalb Partei ergriffen hat. Ein Hoch dem „unparteiischen“ Spießbürger! Doch Herr v. Frankenberg ist ein Mann der Tat. Am 10. Februar d. J. referierte er auf Einladung einiger „Sozialpolitiker“ in Frankfurt a. M., und wurde nach den Zeitungsberichten bereits eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zur Gründung der Gesellschaft erledigen soll. In seinem Vortrag hat auch Frankenberg Stellung zu der geplanten Verschmelzung der drei Versicherungsgesetze genommen. Fragt mich aber nur nicht wie. Zitate, Zitate aus den Vorschlägen anderer bürgerlicher Schriftsteller und „Sozialpolitiker“, wie Dr. Freund, Bildeker, Dittmann, Heilmann usw. Wichtiger für uns wäre es gewesen, zu erfahren, welche Ansicht der Referent und Träger dieser „großen Idee“ über die zukünftige Gestaltung der Verwaltung der Versicherungsgesetze hat. Ein klares Bild ist aber nicht zu gewinnen. Eine ganz hübsche Kritik der heutigen Gesetze, denen die Einseitigkeit fehle; Forderungen für den Ausbau derselben, die Halbierung der Beiträge, gleichstarke Beteiligung der Unternehmer und Arbeiter an der Verwaltung und an der Spitze der Institute? Der unparteiische, starke Mann, der nur, gleich wie bei Dr. Freund, dem „Freund der Arbeiter“, ein guter, geschulter Verwaltungsmann, ein patriotischer Bureaokrat sein kann! Freilich, so klar und deutlich hat dies Frankenberg nicht ausgesprochen, nur angedeutet. Das genügt aber!

In der Diskussion des Vortrags wurde aber veräußert, darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Pläne an der Kostenfrage scheitern werden. Es soll die Mittel für die Genesungsheime aufbringen? Es können doch nicht alle Teile der Gruppe gemeinschaftlich diese Anstalten errichten, sondern, wie es heute schon geschieht, immer nur jeweilig von einem Versicherungsträger allein errichtet werden. Wie sollen die Mittel für Abhaltung der gewünschten Vorträge aufgebracht werden? Macht man den Krankenkassen nicht heute schon das Leben sauer, wenn sie ein paar Groschen für ihre Kongresse ausgeben?

Die Vorträge selbst werden so „neutral“ und farblos sein müssen, wie wir sie heute schon bei den sogenannten Ausschüssen für Volksvorlesungen verurteilen. Und „Auskunftsstellen“ haben die Gewerkschaften schon längst errichtet, bevor ein Frankenberg nur daran gedacht hat. Oder sollen die heutigen Arbeitersekretariate dem Wunsche des Herrn Stadtrats nicht entsprechen? Gehen sie zuviel gegen die „herrlichen Gesetze“ oder die „unermüdlichen“ Unternehmer?

Herr Stadtrat v. Frankenberg wird deshalb kein Glück haben mit seiner Gründung! An Versuchen dieser Art hat es doch wahrlich nicht gefehlt. Wir sahen die „Gesellschaft für soziale Reform“ usw. gründen! Große Worte, begeisterte Reden, und der Erfolg? Ein Häuflein Herren, die gern die „Offiziere“ spielen möchten, denen aber die Soldaten fehlen! Frankenberg wird es nicht besser gehen! Der gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter, und diese kann man doch nur für solche Gründungen im Auge gehabt haben, hat mehr zu tun, als solchen neuen Vereinen beizutreten, die Vereinsmeierei auch noch zu fördern. Nicht Harmonie, sondern Kampf ist Parole, nicht sozialpolitische Kleisterarbeit, sondern Ausbau der Gesehgebung, Erhaltung und Ausdehnung des Selbstverwaltungsrechts auch auf die Unfall- und Invalidenversicherung muß energisch gefordert werden. Für die nötige Ausbildung sorgt die Gewerkschafts- und Parteipresse genügend und wird deshalb der deutsche Arbeiter schon seinen Mann zu stellen suchen, ohne daß es neuer „Gründungen“ bedarf.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Holzindustrie.

I.

** Nachdem wiederholt die Berliner Holzarbeiter durch größere Lohnkämpfe, zuletzt durch die dreieinhalbmonatige Aussperrung vor einem Jahre, die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes in ganz Deutschland in Anspruch nahmen, dürfte es nicht ohne allgemeines Interesse sein, an dieser Stelle einiges über die Arbeitsverhältnisse an Orten, wie sie sich nach einer von der Berliner Ortsverwaltung veranlaßten statistischen Erhebung vom September 1905 ergeben, mitzuteilen.

Die hervorragende Stellung, die Berlin in der deutschen Holzindustrie einnimmt, ist wohl in erster Linie auf die hochentwickelte Berliner Möbelfabrikation zurückzuführen. Die Erzeugnisse dieses Fabrikationszweigs sind seit Menschengedenken eine bekannte und für die Konkurrenz gefürchtete Erscheinung auf dem nationalen und zum Teil auch auf dem internationalen Markte. Gefürchtet in zweierlei Hinsicht, einmal ihrer großen Billigkeit wegen, dann aber auch, und das hängt eng damit zusammen, wegen ihrer nicht immer allen Forderungen der Solidität entsprechenden Bauart. Von Leuten, die darüber nachgedacht haben, wird behauptet, daß die Berliner Möbel den Anlaß zu jenem bekannten Stoßseufzer gaben, wonach ein zweimaliger Umzug gleichbedeutend sei mit einem einmaligen Abbrennen. Was die schmerzlichen Betrachtungen der Nichtberliner Möbelproduzenten besonders trüb gestalten muß, ist die Tatsache, daß die unsoliden Eigenschaften der Berliner Erzeugnisse, weit davon entfernt, sich dem Beschauer aufzudrängen, hinter einer harmlos sauberen, ja sogar geschmackvollen Außenseite sich verbergen und somit den Augen des kaufenden Publikums entgehen.

Wir wollen nun aber doch zur Ehrenrettung eines ehrsamem Berliner Tischlerhandwerkes konstatieren, daß sein Aufschlechter ist wie seine Erzeugnisse. Es muß unbedingt in das Reich der Fabel verwiesen werden, wenn da von höchstwilliger Seite behauptet wird, die Berliner „Klamotten“ besäßen die Fähigkeit, „ganz von alleine aus die Bude loopen“ zu können. Wenn mit dieser Redewendung das höchste Maß sachmännischer Verachtung über die Schlechtigkeit der Berliner Möbel zum Ausdruck gebracht werden soll, so muß dem entgegengehalten werden, daß dies für die Jetztzeit wenigstens nicht mehr ganz zutrifft. Eine Wandlung zum Besseren ist nicht mehr zu verkennen. Nicht etwa, als ob die Berliner Tischlermeister aus Neue über ihre, das „solide Handwerk“ untergrabende Tätigkeit solidere Bahnen — das heißt in der Produktion — zu wandeln beschloffen hätten. Es ist dies vielmehr auf die auswärtige Konkurrenz zurückzuführen, die mit der Zeit den Weg gefunden hat, noch größeren Schund herzustellen wie die Berliner, und diese damit um den Ruhm brachte, die allernüchternsten Erzeugnisse der Möbelindustrie zu liefern. In den verschiedensten Gegenden des Reiches entstanden Möbelfabriken, die genau nach dem Berliner Vorbild billige Artikel in Massenauslagen herstellten und dabei neben dem Vorzug billigerer Mittelpreise auch oft in der Anwendung technischer Hilfsmittel den Berlinern überlegen waren. Diese mußten, um der Konkurrenz nicht zu erliegen, ein neues Betätigungsfeld sich erschließen; dabei leistete ihnen der neu aufkommende Jugendstil hilfreiche Dienste.

An Stelle der ganz billigen Schundware, die Jahre und Jahrzehnte hindurch immer nach derselben Schablone angefertigt war, wandte man sich nun immer mehr der Herstellung im mittleren, teils auch besseren Genre zu. Die ewige Schablone wurde ersetzt durch eine bunte Mannigfaltigkeit in Form und Bauart. Die Berliner Möbelindustrie hat es in den letzten Jahren außerordentlich gut verstanden, sich den Wünschen eines etwas auf geschmackvolle Einrichtungen haltenden Publikums anzupassen, oder auch, wenn man so sagen will, das kaufende Publikum an ihre Erzeugnisse zu gewöhnen. Doch die bevorzugte Stellung inmitten der Konkurrenz kann Berlin nur dadurch behaupten, daß es immer wieder neue Muster auf den Markt wirft.

Diese Form der Fabrikation konnte nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter bleiben; tatsächlich nehmen an dieser Stelle alle Lohnkämpfe der letzten Zeit ihren Ausgang. Die Sicherheit in der Kalkulation wurde bei dem fortwährenden Wechsel der Muster auf beiden Seiten gestört; da die Akkordarbeit nach wie vor in Anwendung kam, waren es immer die Arbeiter, die die Differenz bei falscher Kalkulation durch Lohnausfall zu tragen hatten. Dem konnte die Organisation natürlich nicht untätig zusehen; sie drang darauf, daß überall die Forderung der Lohnsicherung bei Anfertigung neuer Muster gestellt

Pöbel
Zinn

wurde. Das führte zu der großen Aussperrung 1904, die nach dreieinhalbmonatiger Dauer durch einen Vertrag, der zur Schlichtung von Differenzpunkten im Arbeitsverhältnis eine paritätische Schlichtungskommission vorsieht, im Januar 1905 beendet wurde.

Es ist eigenartig, daß man in Berlin bis in die neuere Zeit hinein mit verhältnismäßig primitiven Hilfsmitteln und Einrichtungen arbeitete. Enge Räume bis in die oberen Stagen hinein, wenig Licht, noch weniger Luft, mit der angenehmen Zugabe eines ewig rauchenden Kamins (eiserne Öfen und Wärmplatten dürfen wegen Feuergefahr nicht verwandt werden); innerhalb der Werkstatt Personen, Bänke, Möbelfstücke „eingekittet in drangvoll fürchterlicher Enge“, denn die Mieten sind unerschwinglich hoch. Kompaniewerkzeuge, wenn überhaupt vorhanden, meistens in unsagbar schlechtem Zustand, zu einer Zeit zum Beispiel, wo man außerhalb Berlins schon längst sich an den Gebrauch von Zinkulagen gewöhnt hatte, suchte man diese in den meisten Betrieben Berlins vergeblich; hier gebrauchte man allerdings überhaupt keine Zulagen, dieweil man mit viel Kreide und wenig Beim ohne Zwischenlage einfach übereinander furnierte; noch heute pflegen viele alte Kollegen dies für die vorteilhafteste Art des Furnierens zu halten. Überhaupt ist den Berliner Tischlern in dieser Beziehung eine etwas konservative Aber nicht abzuschreiben; die Maßberechnung geschieht noch meistens nach Fuß und Zoll, die Gelbberechnung nach Talern.

Wenn von der Herstellung von Massenartikeln gesprochen wird, darf man nicht etwa an Großbetriebe denken, in denen die einzelnen Möbelfstücke auf dem Wege der Teilarbeit hergestellt werden, diese Art der Fabrikation tritt erst neuerdings in Erscheinung; es ist vielmehr eine spezifisch Berlinische Eigentümlichkeit, daß hier der Kleinbetrieb mit Erfolg in einen ernsthaften Konkurrenzkampf mit dem Großbetrieb tritt. Tatsache ist, daß gerade in der Kastenmöbelbranche, in der fast ausschließlich Massenartikel hergestellt werden, 204 Betriebe gezählt wurden, die bis 20 Gesellen beschäftigten, denen nur 28 Betriebe mit mehr wie 20 Arbeiter gegenüberstanden. In diesen kleinen Betrieben werden in der Regel ganz bestimmte Möbelfstücke als alleinige Spezialität hergestellt, die Arbeiter bekommen mit wenigen Veränderungen immer wieder dieselbe Art von Möbeln, die ganzen Einrichtungen, Werkzeuge, Holzbestände, Beschläge usw. sind dem anfertigenden Spezialartikel angepaßt. Der Berliner Holzhandel liefert jederzeit trockene, gebrauchsfertige Ware und erspart somit dem Kleinmeister das Halten größerer Lagerbestände. Die ausschließlich für fremden Bedarf arbeitenden Maschinenbetriebe ermöglichen es den Meistern, ohne im Besitz eigener Maschinen zu sein, doch alle Vorteile derselben zu genießen. Ein Kutscher kommt ein- oder zweimal zu bestimmten Zeiten am Tage, um alles zum Schneiden, Hobeln, Fräsen usw. bestimmte Holz abzuholen, am nächsten oder übernächsten Tage wird es dann fertig bearbeitet wieder abgeliefert. Der Maschinenlohn ist meistens nach einem festen Tarif für das einzelne Möbelfstück berechnet und nicht übermäßig hoch, so daß selbst größere Betriebe der Tischlerei ohne eigene Maschinen fabrizieren. Von wesentlicher Bedeutung für die Existenz der Kleinbetriebe aber ist der leichte Absatz der fertigen Möbel. Die beiden wichtigsten Faktoren in der Industrie, Produktion und Vertrieb, sind hier fast reinlich geschieden. Die übergroße Mehrzahl der Tischlermeister liefert ihre Erzeugnisse ausschließlich an Warenhäuser und Händler, welche letztere nicht selten gleichzeitig Holz- und Eisenwarenlieferanten sind.

Damit ist das Mädel der Kleinindustrie gelöst. Die wirklichen Unternehmer sind die großen Händler und die Warenhäuser, die sogenannten Tischlermeister sind in ihrer Mehrzahl unfähige Existenzen, Zotenmeister. Die in der Konfektionsindustrie die kapitalistischen billigeren dreier Heimarbeit denn in eigenen Betriebswerkstätten produzieren lassen, so liefern auch die hiesigen Kleinmeister in der Möbelindustrie dank ihrer gegenseitigen Preisunterbietung und Schmutzkonkurrenz den Händlern billigere Möbel, als diese sie im eigenen Großbetriebe herstellen könnten. Unter diesen Verhältnissen ist es erklärlich, daß die Zahl der Kleinbetriebe eher zu- denn abnimmt. Diese Tatsache dient tiefgründigen Nationalökonomern vom Schlage Raharths immer wieder als Beweis dafür, daß die Konzentrierung des Kapitals eine sozialdemokratische Einbildung sei, und dem „Mittelstande“ die Zukunft gehöre; in Wirklichkeit unterscheiden sich die Berliner Tischlermeister in ihrer Unselbständigkeit fast um nichts von Lohnarbeitern. Die leichte Möglichkeit der Etablierung hat auch viele Arbeiter veranlaßt, sich in Genossenschaften zusammenzutun, diese unterscheiden sich jedoch, sofern sie anfangen Lohnarbeiter zu beschäftigen, und das tritt in der Regel recht bald ein, in keiner Weise von anderen Betrieben, haben also mit dem Prinzip des Genossenschaftswesens nichts gemein.

Neuerdings macht sich übrigens eine Veränderung in der hiesigen Möbelindustrie bemerkbar. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß man statt der ganz billigen Möbel jetzt mehr bessere Mittelware herstellt, namentlich in Salonmöbeln und besseren Herrenzimmern werden sehr geschmackvolle Sachen fabriziert; daneben haben sich auch die Branchen: „Möbel nach Zeichnung“ und „Innen-Ausbau“ bedeutend entwickelt und sind zurzeit gut beschäftigt. In den letzten Jahren der Hochkonjunktur haben sich viele Betriebe vergrößert und zum Teil auch mit modernen Einrichtungen versehen. An Stelle der veräucherten Kaminbuden im alten Osten findet man jetzt mehr moderne Fabrikbauten im neuangebauten östlichen Teile Berlins, mit Doppellicht, Fahrstuhl, Dampfheizung usw.; die Arbeiter können diese Entwicklung natürlich nur mit Freuden begrüßen. Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Betrieben wird ein weiterer Artikel Auskunft geben.

Von der Heimarbeit ausstellung.

(Fortsetzung.)

Günstiger noch sind die Arbeitsverdienste der Heimarbeiter in der Berliner Stockindustrie. Es waren 20 heimindustrielle Erzeugnisse aus Berlin, Nitzdorf und Weissensee ausgestellt. Die wöchentliche Arbeitszeit war fast durchweg auf 54 Stunden — in einem Falle auf 60 Stunden — angegeben; die reinen Wochenverdienste schwanken nach den gemachten Angaben zwischen 19,44 Mk. (auf Damenschirme, Patridge) und 82,40 Mk. (auf Damenschirmgriffe, gebogen), meistens wird aber nur ein Arbeitsverdienst von 22 bis 25 Mk. pro Woche erreicht. Diese Verdienste, so ungenügend sie im Vergleich zu denen der in den Fabriken beschäftigten Arbeitern auch sein mögen, sind immerhin noch als erträgliche zu bezeichnen im Vergleich zu denen in der größeren Zahl der Hausindustrie. Es soll aber nicht außer acht gelassen werden, daß auch diese verhältnismäßig günstigeren Arbeitsverdienste nur erreicht werden konnten mit Hilfe der Organisation. Der Holzarbeiterverband hat gerade in Berlin in der Stockbranche wiederholt Bewegungen geführt, und die dabei erzielten Erfolge sind auch den Heimarbeitern zugute gekommen. Zweifel müssen wir aber auch hier gegenüber den Angaben über die Arbeitszeit zum Ausdruck bringen. Die Arbeitszeit ist deshalb hier allgemein auf 54 Stunden angegeben, weil diese Arbeitszeit in den Betrieben der Berliner Stockindustrie allgemein durchgeführt ist (neuerdings ist mittels einer Lohnbewegung des Verbandes die 51stündige wöchentliche Arbeitszeit errungen worden) und die Organisation über der Einhaltung dieser Arbeitszeit wacht. Ob diese Arbeitszeit von den Heimarbeitern tatsächlich eingehalten wird, darf bestritten werden. Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse arbeiten diese Arbeiter tatsächlich länger, und es wurde von den Berliner Stockarbeiterkollegen allgemein angenommen, daß die Heimarbeiter die Arbeitszeit nur deshalb auf 54 Stunden angegeben haben, weil sie, die zum Teil Mitglieder der Organisation sind, nicht und vor allem nicht öffentlich eingestehen wollen, daß sie den Beschlüssen der Organisation entgegenhandeln.

Teilweise günstigere Arbeitsverdienste werden auch von Oberammergauer Holzschneidern angegeben. Wochenverdienste von 15, 16 und 17 Mk. bilden hier die Regel bei einer 68 bis 80 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit. Ein besonders tüchtiger Arbeiter bringt es auch auf 20, ein anderer auf 21 Mk. pro Woche, dagegen gibt es auch Schnitzer, die es trotz 72 stündiger wöchentlichen Arbeitszeit nur auf 8 Mk. Verdienst bringen. Aber wie gering sind alle diese Verdienste, zieht man in Betracht, daß man es in diesen Schnitzern zumeist mit Künstlern zu tun hat. Alle die ausgestellten Gegenstände legen von der großen Kunstfertigkeit der Oberammergauer Bildschnitzer Zeugnis ab. Und diese Arbeiter, deren Arbeiten manchem akademisch gebildeten Künstler zur Ehre gereichen würden, müssen zumeist mit Arbeitsverdiensten von 16 und 17 Mk. pro Woche zufrieden sein... Allerdings macht der Verleger ein um so besseres Geschäft mit diesen Schnitzwaren. Ist doch nachgewiesen worden, daß sich der Großstil für einen Artikel, der 6 Mk. Arbeitslohn erfordert (andere Auslagen hat der Verleger nicht), 19 Mk., für einen anderen Artikel, der gar nur 3,50 Mk. Arbeitslohn erfordert, 20 Mk. Engrospreis berechnet.

Neben den Oberammergauer Holzschneidereien waren Zigarren- und Zigarettenspitzen aus den Dörfern am Fuße des Inselsberges in Thüringen, vorzüglich aus Winterstein, ausgestellt. Über die Arbeitsverhältnisse dieser Heimarbeiter haben wir bereits vor vier Jahren, gelegentlich des Heimarbeiterschaukongresses, berichtet. Nach den auf der Ausstellung gemachten Angaben verdient beispielsweise eine Person in 81 Stunden 1,30 Mk. Es verdienen weiter:

4 Personen (darunter 2 Frauen) in 200 Stb.	27—31 Mk.
1 Person	= 75 = 12 =
2 Personen (Mann und Frau)	= 124 = 16 =
2 =	= 104 = 18,20 =
2 =	= 104 = 12,10 =
2 =	= 92 = 15,60 =

Auch hier waren sowohl die Teilerzeugnisse wie die Fertigfabrikate, auf Karton aufgezogen, veranschaulicht. Den Ausstellungsbesuchern war dadurch eine bessere Übersicht über die Arbeit des Heimarbeiters ermöglicht. Leider war die Riste mit diesen Zigarettenspitzen infolge ungenauer Adressierung erst spät an ihren Bestimmungsort gelangt, so daß diese Ausstellungsgegenstände erst nach der Eröffnung der Ausstellung Aufnahme in derselben gefunden haben, als der offizielle Ausstellungsstatatog bereits fertig war.

Interessant ist auch die Ausstellung von Musikinstrumenten aus Klingenthal in Sachsen und aus Mittenwald. Die Arbeitsverhältnisse in letzterem Orte haben wir bereits in einem Artikel in Nr. 3 dieses Jahres des ausführlichen geschildert, so daß wir darauf des näheren nicht mehr einzugehen brauchen. Also einige Angaben aus der Klingenthaler Harmonikaindustrie: Für die Herstellung von einem Duzend Mundharmonikahölzer (die Hölzer sind zu hobeln, zu polieren, nach Größen zuzuschneiden und Pferde herauszupfechen), Herstellungszeit 1 1/4 Stunden, gibt es 20 Pf., gehen ab für Auslagen 2 Pf. Zwei männliche erwachsene Arbeiter, eine Arbeiterin und ein Kind bringen es bei einer insgesamt 192 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit auf einen Gesamtwochenverdienst von 19 Mk. Für Stifteinschlagen in ein Duzend Mundharmonikas gibt es pro Duzend 5 Pf., geht ab 2 1/2 Pf. an Auslagen, so daß ein Kind in einer 42-stündigen Arbeitszeit pro Woche 2 Mk. verdient; auf eine andere Sorte gibt es für das Stifteinschlagen pro Duzend 1 1/4 Pf., gehen ab für Auslagen 1/2 Pf., so daß ein Kind in einer 42 stündigen Arbeitszeit pro Woche 2,50 Mk. auf diese Arbeit verdienen kann. Für Richten und Aufstecken

von Mundharmonikas gibt es pro Duzend 55 Pf., und ein Arbeiter kann es gemeinsam mit seinem Kinde in zusammen 132 stündiger wöchentlicher Arbeitszeit auf einen Wochenverdienst von 16,50 Mk. bringen. Für Stimmen von Mundharmonikas wird pro Duzend 80 Pf. gezahlt, ein Mann und ein Kind können in 102 Arbeitsstunden pro Woche auf diese Arbeit zusammen 22,50 Mk. verdienen. Auf Ziehharmonikas (Anbringen der Mechanik) wird pro Duzend 1,05 Mk. gezahlt, davon geht ab für Auslagen 50 Pf.; 3 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen verdienen auf diese Arbeit in insgesamt 372 Arbeitsstunden pro Woche zusammen 34 Mk. Für Bassinstrumente zu Ziehharmonikas gibt es pro Duzend 60 Pf., geht ab für Auslagen 35 Pf. und verdienen 3 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen in zusammen 372 Arbeitsstunden pro Woche 35 Mk. oder pro Stunde 9 1/4 Pf. Von Klingenthal ist auch eine Violine ausgestellt. Der Arbeitsverdienst der vogtländischen und der Mittenwalder Geigenmacher ist gleich niedrig, obwohl die Erzeugnisse der letzteren ansprechendere Formen haben und sauberer gearbeitet sind. Auf dieser Ausstellung konnte man überhaupt immer wieder die Beobachtung machen, daß eine erstaunliche Gleichheit in der Notlage der Heimarbeiter obwaltet. Ihre Arbeitsverdienste sind gleich niedrig, ihre Lage ist gleich traurig, ob sie nun auf dem Thüringerwalde, im Erzgebirge, im Vogtlande, im Coburg-Richtensfelder Bezirk, in Oberbayern oder im Schwarzwald haufen, ob sie nun Schund oder ein geschmackvolle, solide und sogar künstlerische Arbeit verfertigen.

Auch aus Schönbach in Böhmen sind Teile von Musikinstrumenten ausgestellt. Da gibt es für 12 Stück Geigenhälfe (18 Stunden Arbeitszeit) 3 Mk., geht ab für Auslagen 80 Pf., so daß ein Arbeiter in 90 Stunden wöchentlich 12 Mk. verdient. Auf Geigenstege wird in 84 Stunden sogar nur 9,50 Mk., auf Saitenhalter in 84 Stunden 9 Mk. verdient.

In einer recht traurigen Lage befinden sich die Sticker und Blumenstäbchenmacher in Sachsen und Thüringen. Arbeitsverdienste von 6, 8 bis höchstens 10 Mk. in der Woche sind die Regel, und nur durch schlimme Ausnutzung der Arbeitskräfte der Kinder, auch fremder, vermögen die meisten dieser Arbeiter ihre Lage einigermaßen erträglich zu gestalten. Nur einige Beispiele: Für 100 Stück 1 Meter lange Gartenpfähle gibt es 65 Pf., Arbeitszeit 6 bis 7 Stunden; Mann und Frau vermögen es in gemeinsamer Arbeit in 110 Arbeitsstunden pro Woche auf 10 bis 12 Mk. Wochenverdienst zu bringen. Für 100 Stück Blumenstäbe, 90 Zentimeter lang, Herstellungszeit 2 bis 3 Stunden, gibt es 47 Pf. Arbeitslohn; davon geht aber ab für Auslagen 28 Pf., und ein Mann und eine Frau sowie drei Kinder vermögen in gemeinsamer Arbeit in zusammen 180 bis 200 Stunden wöchentlich 11 bis 14 Mk. auf diesem Artikel zu verdienen. Für 1000 Stück Stifetten mit einem Loch zum Anhängen (14 Zentimeter lang), Herstellungszeit 10 bis 12 Stunden, gibt es 1,40 Mk. Arbeitslohn, davon gehen ab für Auslagen 60 bis 70 Pf. Mann und Frau und drei Kinder vermögen auf diesem Artikel in zusammen 180 bis 200 Arbeitsstunden pro Woche 12 bis 13 Mk. zu verdienen. Für 100 Stück Signaturen 1 mit einem Loch auf jeder Seite, 2 bis 20 Zentimeter lang, Arbeitszeit 2 bis 3 Stunden, gibt es 80 Pf., gehen ab für Auslagen 40 Pf. Mann und Frau mit zwei Kindern können in 110 bis 125 Arbeitsstunden pro Woche zusammen 14 bis 16 Mk. auf diesem Artikel verdienen. Und diese Armen, die sich kaum mit Kartoffeln satt essen können, werden dann auch noch durch ihre Verleger mittels des Drucksystems ausgebeutet! (Schluß folgt)

Zur Lage der Tischler Berlins.

Die im August des Jahres 1905 aufgenommene Statistik hat folgende Ergebnisse gezeigt: Gezählt wurden in Berlin und Vororten 76 Betriebe mit 1018 beschäftigten Kollegen, von welchen 835 = 82 Prozent der Beschäftigten, Fragearten ausgefüllt haben. Von diesen waren 486 Kollegen im Deutschen Holzarbeiterverband, 97 im Gewerksverein und 47 in anderen Organisationen organisiert; 225 Kollegen waren unorganisiert. Demzufolge waren 73 Prozent der Gesamtbeschäftigten organisiert gegen 92 Prozent am Schlusse des Jahres 1904. Mit Maschinen im eigenen Betrieb arbeiteten 46 Betriebe mit 861 Kollegen, mit Maschinen in fremden Betrieben 8 Betriebe mit 25 Kollegen, 102 Arbeitsplätze standen frei. Lehrlinge wurden 100, jugendliche Arbeiter 10 gezählt = 12 Prozent der Gesamtbeschäftigten. In 35 Betrieben mit 290 Beschäftigten wird nur im Lohn gearbeitet. Lohn- und Akkordarbeit kommt in 19 Betrieben mit 596 Kollegen vor. Es arbeiten in Lohn 443, in Akkord 392 Kollegen.

Über den erzielten Verdienst gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

		Einen Wochenverdienst von Markt haben Personen						Personen insgesamt	Durchschnittsverdienst	
		19 bis 24	25 bis 29	30 bis 35	36 bis 39	40 bis 42	43 und mehr			
Modell-tischler	Lohn	1	14	54	59	87	37	3	255	37,20
	Akkord	—	1	27	48	59	14	2	151	36,68
Fabrik-tischler	Lohn	3	45	76	8	2	1	4	135	30,84
	Akkord	—	12	130	84	28	11	1	216	34,10
Maschinen-arbeiter	Lohn	2	18	19	—	—	—	—	34	29,68
	Akkord	—	2	4	—	1	—	—	7	30,98
Drechsler	Lohn	—	1	8	3	9	—	—	21	35,05
	Akkord	—	—	9	9	—	—	—	18	41,67
Zusammen		6	88	326	156	186	68	10	835	34,50

Die kürzeste Arbeitszeit beträgt 50 Stunden wöchentlich, sie gilt in einem Betrieb, in welchem 92 Kollegen beschäftigt sind. In 13 Betrieben mit 105 Arbeitern währt die Arbeitszeit 52 Stunden, 3 Betriebe mit 42 Arbeitern arbeiten

58 Stunden, 7 Betriebe mit 169 Arbeitern 54 Stunden, 2 Betriebe mit 71 Arbeitern 56 Stunden, 8 Betriebe mit 97 Arbeitern 57 Stunden, 1 Betrieb mit 15 Arbeitern 58 Stunden, 4 Betriebe mit 63 Arbeitern 59 Stunden und in 15 Betrieben mit 232 Arbeitern währt die wöchentliche Arbeitszeit 60 und mehr Stunden. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 56,9 Stunden.

Der angegebene Lohn wird bei voller Arbeitszeit erzielt, es ist aber in Betracht zu ziehen, daß jeder Kollege durchschnittlich an 12 Tagen im Jahr infolge Krankheit oder Arbeitslosigkeit ohne Verdienst war, so daß der wirkliche Verdienst wesentlich niedriger ist.

Die Arbeitszeit der Modelltischler ist die längste, die bei den im Holzarbeiterverband organisierten Branchen ermittelt wurde. Zur Aufklärung ist dies hauptsächlich darauf, daß wir uns in der Regel der in der Metallindustrie üblichen Arbeitszeit anschließen müssen, während bei sämtlichen Modelltischlermeistern die 52stündige Arbeitszeit durchgeführt ist.

Über die Größe der Betriebe gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

1 bis 5		6 bis 10		11 bis 20		21 bis 50		51 bis 100	
Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
19	59,6,7	14	91 10,3	9	142 16,0	8	309 34,8	4	285 32,2

Von Interesse dürfte auch die Altersgruppierung der Kollegen sein, die aus folgender Zusammenstellung ersichtlich ist:

Sämtliche Personen nach Altersklassen, Zahl und Prozentsatz																	
Bis zu 20	21-25		26-30		31-40		41-50		51-60		über 70						
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%							
755	35	5,0	92	12,1	150	19,5	251	33,3	124	16,4	79	11,0	20	2,6	1	0,1	37,7

Zwei Werkstattdifferenzen fanden ohne Arbeitsniederlegung ihre Erledigung, und zwar wurde Erhöhung des Lohnes in einem Falle von 65 bis 68 auf 68 bis 72 Pf. pro Stunde, im anderen von 55 bis 65 auf 60 bis 68 Pf. pro Stunde durchgeführt. Am 3. April setzte unser Branchenstreik ein, dessen Grundursache in der Unregelmäßigkeit, sowie der langen Dauer der Arbeitszeit zu suchen ist. Die Forderungen waren die neunstündige Arbeitszeit, sowie ein Minimallohn von 60 Pf. im ersten Jahre, 65 Pf. im zweiten und 70 Pf. im dritten Jahre nach beendeter Lehrzeit und eine zehnprozentige Lohnserhöhung für diejenigen, welche den geforderten Minimallohn bereits verdienen. Der Kampf wurde am 22. Juni bedingungslos aufgegeben. Die Ursache der Niederlage waren diesmal nicht Arbeitswillige, welche die Betriebe besetzten, denn es haben sich im ganzen nur 120 Streikbrecher gefunden, und diese waren zum größten Teil sehr schlechte Arbeiter, sondern die Lieferung von Streikarbeit aus allen Teilen Deutschlands. Erfolgreich gestreift wurde demzufolge in 24 Werkstätten mit 561 Kollegen, mit Erfolg in 10 Werkstätten mit 99 Kollegen. Ohne Streik wurden unsere Forderungen in 11 Werkstätten mit 59 Kollegen bewilligt.

Wir werden die letzten sein, die sich durch ein solches Resultat hänge machen lassen und vor den Rühmännern ins Maulschloß kriechen. Wir sind vielmehr eifrig an der Arbeit, die Ursachen unserer Niederlage zu beseitigen, und überall im Reiche regen sich die Modelltischler und fangen an, sich ihrer Klassenlage bewusst zu werden. Auch unsere Konferenz wird dazu beitragen, dem Indifferentismus in den Reihen unserer Kollegen gründlich zu Leibe zu gehen, denn nur mit einer starken Organisation sind wir imstande, den Unternehmern etwas abzutrotzen, und die haben wir im Deutschen Holzarbeiterverband, es liegt nur an uns, es unseren abseitsstehenden Kollegen fortgesetzt in die Ohren zu schreien und ihnen klar zu machen, daß sie mit einem grausamen Fortium befangen sind, wenn sie meinen, durch leisten von Überstunden oder sonstigen Dingen ihre Lage zu verbessern.

Zum Schluß noch einiges über die Konferenz der Modelltischler Österreichs, die am 25. Dezember in Wien tagte, und an welcher der Schreiber dieses im Auftrag der Berliner Ortsverwaltung teilgenommen hat. Vertreten waren auf der Konferenz der Zentralfachverein der Modelltischler Österreichs (445 organisierte Modelltischler durch 16 Vertreter), der tschechische Fachverein (3 Vertreter, 301 organisierte Modelltischler), die im Metallarbeiterverband organisierten Modelltischler Brünns (1 Vertreter, 107 organisierte Kollegen) und der Fachverein der Modelltischler Budapests (1 Vertreter, 165 organisierte Modelltischler). Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Verschmelzung der in Betracht kommenden Fachvereine zu einer einheitlichen Reichsorganisation, deren Notwendigkeit der Kollege Ring, dem das Referat übertragen war, eingehend darlegte. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für den Zusammenschluß aus, auch der Kollege Junger, der die Prager Kollegen vertrat. Jedoch war in seinen Ausführungen ein Anklang an jene Stimmung zu hören, die gegenwärtig die tschechischen Arbeiter durch die letzten Vorkommnisse beherrscht, und so mag es wohl an diesen Umständen liegen, daß die Kollegen sich nicht entschließen konnten, samt und sonders gleich dem Österreichischen Holzarbeiterverband beizutreten. Sie sahen zwar ein, daß sie in absehbarer Zeit auch vor diese Notwendigkeit gestellt würden, jedoch augenblicklich wären die Verhältnisse nicht reif dazu. Im übrigen konnte man auch hier feststellen, daß der Organisationsgedanke immer weitere Fortschritte macht. Die Kollegen aller vertretenen Orte konnten über Lohnkämpfe berichten, die hartnäckigsten sind in Budapest und Prag geführt worden. Auch in Wien sind viele Werkstattdifferenzen monatelang geführt worden, die neunstündige Arbeitszeit ist dort überall durchgeführt und die Löhne schwanken von 60 bis 78 Heller pro Stunde. Auch Orte mit äußerst schlechten Verhältnissen wurden festgestellt, so zum Beispiel Pilsen, wo es vorkommt, daß Kollegen einen Tagesverdienst von 40 Kreuzern haben, noch nicht ganze 80 Pfennig.

G. K. - Berlin.

Zum Verbandstag.

Wenige Kollegen dürften es wohl sein, die dem Antrag auf Erhöhung des Verbandsbeitrags unsympathisch gegenübersehen, denn die Kämpfe der letzten beiden Jahre, vor allem aber deren Kosten müßten allen bewiesen haben, daß unser Verband mehr Munition gebraucht. Denn nachdem in den letzten Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kollegen in den Großstädten und deren Umgebungen ganz bedeutend verbessert worden sind, müssen wir jetzt daran, den Tausenden von Kollegen, welche in den Provinzen und Gebirgsgegenden noch unter den miserablen, traurigen Verhältnissen den Kampf um ihr Dasein führen müssen, ihre Verhältnisse zu menschenwürdigeren zu gestalten. Andernteils wieder haben wir jetzt eine Reihe starker Unternehmerorganisationen zu verzeichnen, dadurch werden unsere Kämpfe weit schwieriger durchzuführen sein. Der Verbandstag muß daher dem Vorstand das nötige Pulver bewilligen.

Nun sagt der Vorstand, es sei besser, wenn wir gleich ganze Arbeit machen und den Beitrag auf 50 Pf. erhöhen, um die Krankenunterstützung einzuführen. Ich glaube, hierüber ist sich wohl der Vorstand nicht ganz klar gewesen, denn das ist doch nicht abzustreiten, daß man bei einem Beitrag von 50 Pf. keine Krankenunterstützung einführen kann, dazu gehört doch ein Beitrag von mindestens 70 Pf. pro Woche, wenn wir nur 10 Mk. pro Woche auf die Dauer von 26 Wochen leisten sollen. Nun mag wohl richtig sein, daß unter den Kollegenkreisen sich das Drängen nach Einführung der Krankenunterstützung immer mehr bemerkbar macht, aber ich meine, wir wollen nicht gleich den Sprung zu groß machen. Auch ich bin für weiteren Ausbau der Unterstützungsleistungen in unserem Verband, denn das alte Vieh, der Kampfcharakter leidet darunter, welches auch jetzt wieder von einigen Kollegen gesungen wird, dürfte wohl nicht mehr stichhaltig sein. Das haben unsere zahlreichen Lohnbewegungen nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung bewiesen. Mein Standpunkt ist der, wir nennen es nicht Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, sondern wir nennen es Erwerbslosenunterstützung. Wenn wir da einen Beitrag von 50 Pf. einführen, dürfte es möglich sein, die Unterstützungsätze so zu gestalten, wie wir sie jetzt bei der Arbeitslosenunterstützung haben, nur mit dem Unterschied, daß die Unterstützung nicht 6, sondern 10 oder 12 Wochen gezahlt wird. Führen wir die Erwerbslosenunterstützung nach der vorgeschlagenen Weise ein, so haben wir für die Kollegen, welche noch schlechte Krankenkassenverhältnisse haben, etwas geschaffen. Andernteils beseitigen wir dadurch auch die bestehenden Hilfskassen noch nicht.

Den Beitrag von 50 Pf. kann jeder Kollege aufbringen, und ich meine, beschließt der Verbandstag die Erwerbslosenunterstützung, so haben wir eher ganze Arbeit gemacht als mit dem Vorschlag des Vorstandes.

Reinh. Fischer-Potschappel.

Die Kämpfe um Erringung einer besseren wirtschaftlichen Existenz haben in den letzten Jahren einen Umfang und eine Schärfe angenommen, wie es früher auch nicht in entferntesten der Fall war. Wer das beobachtete, dem war es klar, daß der Beitrag erhöht werden mußte. Geht doch das Bestreben der Scharmacher dahin, unsere Rassen so zu schwächen, daß wir ohnmächtig sind. Demgegenüber müssen wir unsere Maßnahmen einrichten, und es war Pflicht des Vorstandes, uns beizeiten daran zu mahnen, daß wir unsere Rassen füllen müssen, wollen wir den Scharmachern einen Strich durch ihre Rechnung machen. Der 50 Pf.-Wochenbeitrag ist nach meiner Überzeugung das Unannehmbarste und Beste, um auf unserer Bahn schnell vorwärts zu kommen. Der Öbner Kollege nimmt zu wenig Rücksicht auf die Kollegen in den reichstündigen Gegenden in Schlessen, Sachsen, Ostpreußen, Mittel- und Süddeutschland, wo Löhne von 6 bis 10 Mk. pro Woche noch gang und gäbe sind. Die Kollegen werden mit dem 50 Pf.-Beitrag noch schwer genug zu tragen haben, aber sie werden im Interesse der Sache auch gern das Opfer bringen und in den Großstädten wird ein solcher Beitrag schon, je daß bei einem 70 Pf.-Beitrag der tatsächliche Wochenbeitrag reichlich hoch werden würde. Und eine Einschränkung der Lokalbeiträge ist nicht gut zu empfehlen. Aber die Notwendigkeit der Unterstützungsleistungen braucht nicht viel gesagt zu werden. Es ist doch klar, daß es unsere Sache sehr fördert, wenn wir in flauen Zeiten dafür sorgen, daß die Kollegen die Errungenschaften hochhalten können und sich nicht um jeden Preis anzubieten brauchen. Ich sage denn, der 50 Pf.-Beitrag ist der beste. So sehr ich auch für höhere Beiträge schwärme, so können wir jetzt doch nicht gut höher gehen. Und die Zukunft wird schon für das weitere sorgen.

Zum Schluß möchte ich einer Vereinfachung des Unterstützungswesens das Wort reden, das heißt besitzworten, daß die Erwerbslosenunterstützung eingeführt wird an Stelle der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Das würde eine bedeutende Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte bedeuten. Und sollten bei tatsächlichen Erhebungen Spezialisierungen notwendig sein, so wären sie nicht so schwierig durchzuführen. Also 50 Pf.-Beitrag und Einführung der Erwerbslosenunterstützung lautet mein Votum.

E. R. L. - Bremen.

Die Zahlstelle G. Lückstadt sprach sich in ihrer sehr gut besuchten Märzversammlung nach lebhafter und gründlicher Debatte über die Beitragserhöhung und die Krankenunterstützung mit großer Mehrheit für den 50 Pf.-Beitrag und gegen Einführung der Krankenunterstützung aus. Für den Kampffonds sollen 40 Pf., für die Arbeitslosenunterstützung 10 Pf. Beitrag geleistet werden.

Die Anträge des Vorstandes sind zu begrüßen. Selbstverständlich werden die Kollegen auch der kleineren Städte der Beitragserhöhung um 5 Pf. zustimmen, im Interesse einer regeren Lohnbewegung. Ich halte es für unrichtig, wenn behauptet wird, durch Einführung der Krankenunterstützung leide der Kampfcharakter der Organisation. Ich sage, desto besser kann ein Kollege kämpfen, wenn er die Gewißheit hat, daß er, wenn er im Kampfe erliegt, Unterstützung bekommt. Eine ganze Reihe von Zahlstellen hat diese Unterstützung bereits in lokalen Rahmen eingeführt, und die sollten sich am wenigsten beschweren, aber alle Kollegen sollten sich freuen, wenn die Krankenunterstützung nun

mehr zentral eingeführt wird. Es empfiehlt sich, den Beitrag auf höchstens 50 Pf. zu normieren, oder einen Staffelpflichtbeitrag einzuführen, um allen Wünschen betreffs der Unterstützungsätze gerecht zu werden. G. Qu. - Sunzlau.

Mit nachstehendem möchte auch ich einige Worte betreffs der Beitragserhöhung an alle Kollegen richten, und zwar zunächst einige Worte an den Kollegen R. Schmid-Öbner als Erwiderung auf seinen in Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung“ enthaltenen Artikel. Kollege Schmid schlägt darin einen Beitrag von sage und schreibe 70 Pf. vor und rechnet zugleich die Unterstützungsätze des längeren und breiten vor. Ich möchte deshalb auf Grund des von ihm gemachten Vorschlags die Frage an ihn richten, ob er wirklich für seinen Vorschlag die Gegenliebe bei allen Kollegen zu finden glaubt. Nehmen wir uns zum Beispiel die Kollegen des Erzgebirges (Sachsen) in Betracht. Würde Kollege Schmid die traurigen Verhältnisse kennen, mit denen die Holzarbeiter der hiesigen Gegend zu kämpfen haben, würde es ihm wohl nicht eingefallen sein, mit einem derartigen exorbitanten Vorschlag hervorzutreten. Gewiß gibt es hier auch Kollegen, die sich mit einem höheren Beitrag einverstanden erklären könnten, jedoch sind dieselben sehr dünn gesät. Ich meine, man müßte vor allen Dingen den rein menschlichen Standpunkt heraussehen und die ärmeren Kollegen berücksichtigen, denen, und diese Behauptung glaube ich jederzeit vertreten zu können, es jetzt schon manchmal schwer fällt, den bisherigen Beitrag aufzubringen. Zugleich möchte ich auf die hier noch bestehenden Organisationsverhältnisse aufmerksam machen, die keineswegs als erfreuliche zu verzeichnen sind. Stößen wir doch jetzt schon auf Schwierigkeiten, wenn wir Indifferenten dem Verband zuführen wollen, und wir müssen immer die Worte hören: „Der Beitrag ist für unser Einkommen zu hoch, wir müssen ja doch nur für die Großstädte bezahlen.“ Und auch dann, falls die Krankenunterstützung eingeführt wird, ist ja auch der wirkliche Nutzen derselben auf Seiten der Kollegen in den Großstädten, denn naturgemäß sind die Krankheitsfälle dort bedeutend zahlreicher (???) als auf dem Lande. Was werden wir da erst zu hören bekommen, wenn der Beitrag ein noch höherer ist. Wir haben hier noch ein weites Feld der Agitation vor uns, und das mögen die Kollegen, denen an einem höheren Beitrag gelegen ist, berücksichtigen. Ich nehme zum Beispiel das Glatzthal an; es werden da annähernd 7000 bis 8000 Holzarbeiter vorhanden sein, wovon noch keine 500 organisiert sind. Und gerade dort bestehen die traurigsten Verhältnisse. 10 bis 12 Mk. Wochenverdienst ist dort keine Seltenheit. Es würde uns da mit einem höheren Beitrag überhaupt unmöglich werden, die noch übrigen Indifferenten der Organisation zuzuführen. Und so wie hier ist es noch in vielen anderen Gegenden des Erzgebirges. Schreiber dieser Zeilen ist an und für sich auch kein absoluter Gegner der Einführung der Krankenunterstützung und des damit verbundenen höheren Beitrags; er will nur lediglich die wirtschaftlich schwächeren Kollegen in Schutz nehmen, und er glaubt, daß dieselben ihm gern ihre Zustimmung geben. Der Verbandsleitung muß doch vor allen Dingen daran gelegen sein, alle noch fernstehenden Kollegen dem Verband zuzuführen, und es kann nicht genug davor gewarnt werden, zu hohe Beiträge einzuführen, denn die meisten Holzarbeiter unserer Gebirgsgegenden sind ja doch nicht in der Lage, dieselben zu bezahlen. Ich möchte deshalb vorschlagen, falls es nun doch nicht ohne Krankenunterstützung gehen sollte, dieselbe nicht als eine zwangsweise, sondern als eine freiwillige zu beschließen, oder es den einzelnen Zahlstellen selber zu überlassen, durch einen entsprechenden Beitrag zur Lokalkasse die Unterstützung der Kranken einzuführen, und ersuche alle Kollegen, tatkräftig für obigen Vorschlag einzutreten.

Martin Saitenmacher-Freiberg i. S.

Um den Kollegen in den kleinen Zahlstellen gerecht zu werden, wurde vom Hauptvorstand die Einführung der Krankenunterstützung angeregt. Es ist ja auch im Grunde genommen eine Unterstützung, die auch den Kollegen in den kleinen Zahlstellen zugute kommt; wenn man sich aber die Unterstützung näher ansieht, so kommt man auch hier wieder zu der Überzeugung, daß es nur wenige Kollegen sein werden, welche einen Nutzen davon haben, da doch heute schon sehr viele Kollegen einer freien Hilfskasse angehören. Bei Einführung der Krankenunterstützung würde die Unterstützung die Höhe des Lohnes, besonders bei uns in Schlessen, übersteigen, und so würde uns von einer Kasse aus das Krankengeld gekürzt. Die doppelt versicherten Kollegen wären also gezwungen, eine Kasse zu meiden, und so möchte ich die Frage stellen, welche? Die meisten freien Hilfskassen sind heute nur noch Zuschußkassen, und die es noch nicht sind, werden es auch bald werden; aus welchen Gründen, will ich hier nicht näher erörtern. Man ist also gezwungen, der Ortskrankenkasse anzugehören oder einer Fabrikkasse. Nun hat man so viele Jahre seine Beiträge in die Hilfskasse gezahlt und man wird dann gezwungen, aus der Kasse auszutreten, was ja vielleicht immer noch nicht so schlimm wäre, da wir ja dann die Unterstützung vom Verband erhielten, die aber nicht so hoch sein wird. Nun, Kollegen, können Fälle eintreten, wo Kollegen aus irgend einem Grunde dem Verband den Rücken kehren müssen, und da ist auch hier die Unterstützung verloren. (!!!) Da nun aber die freien Hilfskassen eine Altersgrenze vorschreiben, so würde dann für manchen Kollegen auch hier der Eintritt verlustig gehen und er hätte da für sein jahrelanges Zahlen nur Schaden und keinen Nutzen. Dann möchte ich noch weiter anführen, daß durch Einführung der Krankenunterstützung im Verband das Simulantenum noch mehr als bisher unterstützt wird und hauptsächlich in den größeren Städten, wo nicht so eine strenge Kontrolle angebracht ist. Wir Kollegen in den kleinen Orten müssen mit dem Kranksein sehr vorsichtig sein. Denn ist ein Kollege öfters krank, so geht er seiner Arbeit verlustig und anderweitig kommt er dann schlecht an, weil wir alle persönlich bekannt sind, was bei den Kollegen in den größeren Städten nicht der Fall ist. Wir sehen also, auch hier ist der Nutzen für uns nicht so groß. Jedoch will ich den Kollegen, welche die Krankenunterstützung haben wollen, nicht hinderlich sein. Führen Sie die Unterstützung so ein, daß die Kollegen, welche Krankenunterstützung beziehen, 50 Pf. zahlen und die anderen 40 Pf., und so kommt jeder zu seinem Rechte. Nun, Kollegen, möchte ich noch zur Beitragserhöhung ein paar Worte

an euch richten. Die Beiträge werden immer höher, bei den Kollegen, wenn sie älter werden, wird der Verdienst aber geringer. Die Kollegen können also in die Lage kommen, die Beiträge nicht mehr zahlen zu können. Nun haben aber die Kollegen die vielen Jahre gegahlt, vielleicht noch nie einen Nutzen gehabt und müssen dann sämtlicher Rechte verlustig gehen. Ich möchte also den Antrag zur Debatte stellen: Kollegen, welche 20 Jahre ihre Beiträge entrichtet und das 50. Lebensjahr erreicht haben, den Beitrag zu erlassen und ihnen sämtliche Rechte lassen. Vielleicht geben die Zahlstellen diesen Antrag ihren Delegierten zum Verbandstag zur Vertretung auf den Weg, und ich glaube, diese Einführung wäre die nützlichste, da sie nur für reelle Mitglieder in Betracht käme.

A. Wildschweidnik.

Als Kollege Deinhardt vor einem halben Jahre hier in Leipzig in einer gut besuchten Versammlung mit der Tagesordnung: „Wie wirken hohe Beiträge und Unterstützungen auf das gesamte Verbandsleben?“ sprach (Kollege Deinhardt sprach in Leipzig über: „Die Stellung des Holzarbeiterverbandes zu den Tarifverträgen und den gewerkschaftlichen Unterstützungsrichtungen“), fragte ihn Unterzeichner vor Eröffnung der Versammlung: „Was ist denn los, sollen die Beiträge auf dem nächsten Verbandstag erhöht werden, oder ist gar eine Krankenunterstützung ins Auge gefaßt?“ Ich bewahre, an so etwas denkt vorläufig kein Mensch, war seine Antwort; nur weil wir sein eigentliches Thema: „Zehn Jahre Holzarbeiterverband“ schon von Kollegen Becker gelegentlich gehört hatten, war die Wahl seines Vortrags auf das Thema gefallen. Offen gestanden, so ein kleiner Verdacht ist bei mir schon geblieben. Und heute, Kollege Deinhardt? War es damals wirklich noch nicht geplant? (Aber, Kollege Gehmann, ist Dir Kollege Deinhardt denn so wenig glaubwürdig? Redaktion.) Auf die Angelegenheit näher einzugehen, halte ich die Art und Weise, wie der Hauptvorstand die Krankenunterstützungsfrage in die Mitglieder hineingeworfen hat, für höchst ausichtslos. Ohne nur eine Grundlage oder noch so weitausläufigen Umriß, um dem ganzen Objekt ein Fundament zu geben, auszuarbeiten, worauf sich eine Berechnung aufstellen ließe, überläßt der Hauptvorstand es ganz und gar den Mitgliedern, was selbige wohl passender herausfinden werden. Ich muß gestehen, etwas Bescheideneres für eine so große Organisation habe ich noch nicht erlebt. Das sagt der Hauptvorstand seinen Mitgliedern zu bieten? Alle Gauvorsteher sind sich einig, so ziemlich alle Gaukonferenzen haben die Krankenunterstützung angenommen. Ja, was dann? Auf wieviel ist denn der wöchentliche Unterstützungssatz normiert? Wird der 50 Pf.-Beitrag reichen oder nicht? Gehört nicht vorher, ehe so etwas ausgeführt wird, eine gründliche Berechnung und Statistik dazu? Wieviel gehören Einnahmen dazu, um die Ausgaben zu decken? Laut Statistik vom Jahre 1902: „Die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie“ sind 17 528 Kollegen erkrankt, gleich 24,8 Prozent der Kollegen mit je 27,6 Krankentagen. Dieser Statistik hat sich der Hauptvorstand wohl nicht mehr entsonnen, aber jedenfalls ist selbige nicht so genau, um für das geplante Projekt grundlegend zu sein. Alles in allem wäre es am besten, der Hauptvorstand zöge dies ganze wunderliche Ding zurück, um es für immer zu begraben, wollen wir nicht den englischen Gewerkschaften gleichkommen. An Unterstützungsrichtungen haben wir gerade genug. Im übrigen schließe ich mich ganz den Ausführungen des Kollegen Stahr-Görlich an, welcher in treffender Weise den Weg vorgezeichnet hat, den wir ohne weiteres zu gehen haben.

H. Gehmann-Leipzig.

Unter der Überschrift: „Holzarbeiter Deutschlands, wahrt eure heiligsten Güter“ sendet uns Kollege Paul Meyer-Mürnberg folgende Epistel, die wir den Kollegen nicht gut vorenthalten können, obwohl sie nicht den Zahlstellenstempel trägt:

Ein neuer Verbandstag steht vor der Tür, mit ihm selbstverständlich auch eine neue Beitragserhöhung. Riemlich vorsichtig geht man diesmal zu Werk. Wie leicht Ruprecht für die Guten und Bösen etwa hat, so auch der Hauptvorstand. Die ganze Geschichte ist schon so unangenehm, daß man nichts mehr zu lauten braucht, man darf nur noch schlucken. Geradezu als frivol muß es bezeichnet werden, was man hier den Kollegen vornimmt. Von einer Einschränkung der Lohnbewegungen soll keine Rede sein. Man gesteht es auch, daß diese Bewegungen immer häufiger und umfangreicher werden, aber über diese Misere ist dem Hauptvorstand mit einer Beitragserhöhung von 5 Pf. hinweggeholfen. Man hat ja in Stuttgart gute Bremsklötze und auch eine große Schere zum Abschneiden, wenn es gerade fehlt. Eigentümlich hat es mich berührt, daß die Gauvorstände darauf hinwiesen, daß es gerade die am schlechtesten entlohnten Kollegen sind, denen durch eine Krankenunterstützung die Beitragserhöhung schmachhaft gemacht werden soll. Gerade diesen Kollegen muß es gesagt werden, daß sie mit dieser Unterstützungsdufellei sich keine Minute Arbeitszeitverkürzung und auch keinen Pfennig Stundenlohn mehr erzielen werden. Nur durch Verschärfung des Klassenkampfes werden wir uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen können. Schauen wir uns doch die Verbände an, die da schon einen ganzen Haufen solcher Unterstützungsrichtungen haben. Die meisten Kämpfe, die diese Verbände führen, sind ihnen von dem Kapitalismus aufgezwungen. Kollegen, ich meine, man soll nicht warten, bis man durch Ausbeutung gezwungen wird, den Kampf aufzunehmen, sondern man soll selbst angreifen, um sich die Rechte zu erkämpfen, die uns als Mensch zustehen. Wenn unsere Verbandsleiter sich nur ein bißchen an die §§ 3 und 4 unseres Statuts halten würden, dann müßten sie schon längst das Statutenwidrige ihrer neuen Taktik gemerkt haben. Den Kollegen, die noch agitiert haben auf dem Boden unseres Grundprinzips: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, denen wird durch Einführung der Krankenunterstützung ihre Arbeit ungeheuer erschwert. Es wird sich manche bewährte Kraft auf die Seite stellen und auf Befragen sagen, unter solchen Umständen läßt es mein Charakter nicht zu, dem Verband noch ein Mitglied zuzuführen. Ist denn unser Verband durch die Unterstützungsdufellei gewachsen oder durch die Kämpfe, die er geführt hat? Ist Interesse der Fall, dann habe ich geschlafen, im anderen Falle waren dann mindestens die Befürworter nicht wach. Kollegen allerorts, die ihr noch daran festhalten wollt, daß

der Deutsche Holzarbeiterverband eine Kampforganisation bleibt, der trete bei allen sich ihm bietenden Gelegenheiten dafür ein, daß auf diesem Verbandstag einmal gründlich mit dem Unterstützungsunwesen aufgeräumt wird. Wenn ihr eure Delegierten zum Verbandstag wählt, so wählt keine Kopfnicker, sondern wählt Kollegen, die dem Hauptvorstand sowie den dort anwesenden Gauvorständen sagen, daß es im Deutschen Holzarbeiterverband noch was anderes zu tun gibt, als die Zeit mit Problemen für die Krankenunterstützung zu verträdeln. Daß man die Streikunterstützung erhöhen könnte, das gibt es nicht; selbstverständlich, denn wenn man dem Gaul zu viel Haber gibt, dann könnte er ihn stechen. Auch sonst scheint man sich kein großes Kopferbrechen zu machen, wie man dem Unternehmer mit neuen Waffen gegenüber treten kann. Darum, Kollegen, laßt ab von dieser Unterstützungsdufellei und stimmt mit ein in den Ruf: „Wern zahlen wir 50 Pf. Beitrag, aber nur für Kampfszwecke, aber keinen Pfennig mehr für neue Unterstützungsrichtungen.“

P. Meyer-Mürnberg.

Mit einer Erhöhung des Beitrags auf 40 Pf. bin ich ohne weiteres einverstanden, und es kann wohl gehofft werden, daß alle Mitglieder derselben freudig zustimmen. Der weitere Vorschlag, 50 Pf. Wochenbeitrag und damit Krankenunterstützung einzuführen, bedarf aber wohl noch reifliche Erwägung und vor allem gründliche Berechnungen. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Reichsregierung gegenwärtig an der Erdoöffnung der freien Hilfskassen ist. Inwieweit hierbei die Krankenkassen der Gewerkschaften getroffen werden sollen, bleibt abzuwarten. Auch die Umgestaltung der ganzen Arbeiterversicherung, die ja in den nächsten zwei Jahren bestimmt erfolgen soll und von der heute noch kein Mensch weiß, wie und was schließlich aus der Gesetzgebungsmaschine herauskommt, muß beachtet werden. Werden hierbei die Forderungen des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands angenommen, so ist die Einführung der Krankenunterstützung in unseren Verband kein notwendiges Bedürfnis. — Soll etwas geschaffen werden, so ist mit einem Wochenbeitrag von 10 Pf. nicht viel anzufangen und der Vorschlag des Kollegen N. Schmid-Göln an Rhein, 30 Pf. pro Woche zu erheben, eher diskutierbar. Nur müssen die statistischen Erhebungen unseres Verbandes von 1902 mit großer Vorsicht benutzt werden. Nicht vergessen wollen wir, daß nur 83,3 Prozent der männlichen und 42,6 Prozent der weiblichen Mitglieder an der Enquete teilgenommen haben, auch kann mit Fug und Recht an der Vollständigkeit der gemachten Angaben gezweifelt werden. Es wurden damals 24,8 Prozent Krankheitsfälle mit durchschnittlich 27,8 Tagen festgestellt und kommt Kollege Schmid-Göln auf Grund dieser Zahlen zu ganz annehmbaren Feststellungen. Ich will den Beispielen des Kollegen Schmid ebenfalls ein paar hinzufügen. Die statistischen Erhebungen der Ortskrankenkasse in Fürth für 1904/05 haben für die männlichen Holzarbeiter auf 100 Mitglieder im Durchschnitt 49,15 Krankheitsfälle mit 951,47 Krankentagen ergeben (Krankentage sind hier abgerechnet). Nehmen wir also an, 100 Mitglieder zahlen je 48 Wochenbeiträge à 30 Pf., so würde dies 1440 Mk. Einnahmen im Jahre ergeben. Krankengeldzuschuß wird pro Woche 10,50 Mk. oder pro Tag 1,50 Mk. geleistet, macht eine Ausgabe von 951,47 x 1,50 Mk. in Summa 1427,20 Mk., hierzu 10 Prozent Verwaltungskosten 142,72 Mk. = 1441,60 Mk., minus 1,80 Mk., wobei ich von der Voraussetzung ausgehe, daß auch bei Krankheitsfällen der Wochenbeitrag bezahlt werden muß. Es kann ja eingewendet werden, die Krankenziffer einer einzelnen Zahlstelle ist nicht maßgebend, durch die Zentralisierung werden diese hohen Ziffern ausgeglichen, und zudem ist gerade Fürth mit seiner Altkrankenkasse der unpassendste Ort, derartige Berechnungen anzustellen. Dies trifft jedoch nicht ganz zu. In den Betrieben ohne Maschinenbetrieb ist die Erkrankungs-ziffer nur um 5,6 Fälle geringer pro 100 Mitglieder. Zudem steht Fürth nicht allein. Die statistischen Arbeiten der Ortskrankenkasse Dresden, die den Zeitraum von 1901 bis 1903 umfassen, zeigen an, daß auf je 100 Mitglieder der Holzbranche 13,6 Krankheitsfälle mit 132 Krankentagen kommen. Es ergibt sich somit bei denselben Berechnungsmodus wie vorliegend ein Minus von 542,80 Mk. Wenn schon mit 30 Pf. Wochenbeitrag ein ganz bedeutender Zuschuß geleistet werden muß, soll die Unterstützung so bemessen werden, daß andere Hilfskassen überflüssig sind, was soll dann aber mit 10 Pf. Wochenbeitrag erreicht werden. Mit einer Unterstützung auf die Dauer von vier und sechs Wochen ist den Kollegen nicht gedient, wollen wir nicht vergessen, daß je länger eine Krankheit dauert, desto größer die Not wird. Von vornherein muß deshalb mit einer Unterstützung von 13 respektive 26 Wochen gerechnet werden, wenn, wie der Vorstand in Nr. 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ sagt, „ganze Arbeit gemacht werden soll“. Prinzipiell kann ich mich für die Einführung der Krankenunterstützung erwärmen, bin aber der Meinung, daß die Frage unter allen Umständen, ohne daß die Aktionskraft unseres Verbandes geschädigt wird, auf zwei Jahre, bis zum übernächsten Verbandstag, verschoben werden kann. Inzwischen können genaue Erhebungen und Berechnungen erfolgen, so daß etwas Zweckentsprechendes das Licht der Welt erblicken kann. dt.-Fürth in Bayern.

Daß die Gewerkschaften die Verpflichtung haben, ihre Mitglieder im wirtschaftlichen Kampfe so viel wie möglich zu unterstützen, betrachte ich für selbstverständlich, aber damit hat die Krankenunterstützung nichts zu tun. Ich will nicht behaupten, daß der Kampfscharakter der Organisation durch diese Unterstützung verloren ginge, aber er leidet doch unter dem Unterstützungsunwesen, da die Verbandsbeamten durch dasselbe zu viel vom eigentlichen Objekt, dem Kampfe, abgelent werden. Und durch Einführung der Krankenunterstützung werden sie mehr zu Krankenkassen als zu Gewerkschaftsbeamten. Und was würde der Verband durch den Zustrom der mit chronischen Leiden behafteten Kollegen, die er doch nicht gut zurückweisen kann, belastet! Und mit dem Wachstum des Verbandes steigt dieses Risiko (!!!). Der gesunde Teil der Kollegen ist gegen Krankheit versichert, und das ist der große Teil der Kollegen. Aber die Beitrags-höhe verliere ich kein Wort, da ich ja die Sache im Prinzip ablehne. Möge der Beitrag für gewerkschaftliche Kämpfe erhöht werden, darüber würde sich reden lassen, aber es empfiehlt sich nicht, den Verband zu einer reinen Versicherungsanstalt zu machen.

H. Elter-Fürth.

Dem Vorschlag des Hauptvorstandes auf Erhöhung des Beitrags auf 50 Pf. wird wohl bei ruhiger Überlegung die große Masse der Kollegen zustimmen, um die Lohnkämpfe dadurch wirksamer zu gestalten. Auch die Einführung der Krankenunterstützung ist ja nicht von der Hand zu weisen, jedoch erscheint es wohl zweifelhaft, ob dazu eine Beitragserhöhung um 15 Pf. ausreicht, namentlich wenn wir den Kollegen einen Ersatz für die freien Hilfskassen bieten wollen. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir erst die geschaffenen Unterstützungsrichtungen ausbauen, ehe wir zur Einführung der Krankenunterstützung schreiten. So empfiehlt es sich, den § 41 des Statuts, der nicht mehr zeitgemäß ist, zu streichen und den verheirateten Kollegen bei Streiks für alle Kinder unter 14 Jahren eine Unterstützung von 1 Mk. pro Woche zu zahlen. Ferner empfiehlt sich eine Verlängerung der Bezugszeit der Arbeitslosenunterstützung über sechs Wochen hinaus. Wollen wir dann die Krankenunterstützung einführen, so sollten wir den Beitrag gleich so hoch festsetzen, daß wir eine möglichst hohe Unterstützung gewähren können. Mit 50 Pf. Beitrag lassen sich höchstens einige Verbesserungen der jetzigen Unterstützungen einführen. Und damit erscheint die Beitragserhöhung von 35 auf 50 Pf. auch schon genügend gerechtfertigt.

Paul Herr-Schöneberg b. Berlin.

Die Begründung des Vorstandes, niemand hätte geglaubt, daß jemals solche Anforderungen an den Verband gestellt werden können, ist recht unzutreffend. Daß durch Ausbreitung des Verbandes, was doch unser Bestreben ist, sich auch naturgemäß die Anforderungen steigern müssen, ist doch selbstverständlich. Schon bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde deutlich gesagt, daß 35 Pf. Beitrag für die Dauer ein Ünding ist, durchzuführen. Ebenso ist es ein Ünding, mit 50 Pf. Beitrag unter Einführung der Krankenunterstützung nur etwas zu leisten. Man wird mit Sehnsucht den nächsten Verbandstag erwarten, mit derselben Begründung wird man kommen, unsere Beiträge müssen erhöht werden, wenn wir leistungsfähig bleiben wollen. Und so wird das eine Schraube ohne Ende, zumal wir uns ein Kind mehr anschaffen, was wir, soll es lebensfähig bleiben, auch verpflichtet sind zu ernähren. Daß die rapide Erhöhung der Beiträge bei einigen Berufen nicht Schritt hält mit der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage durch den Verband, ist wohl kaum zu bestreiten. Ich verweise hier auf die Korbmacher. Wird es den Korbmachern in der Lichtenfelser Gegend, wo das tiefste Elend herrscht, jemals möglich werden, sich zu organisieren? Ich sage nein! So wie dort gibt es noch viele dunkle Winkel, auch in anderen Berufen. Mit solchen Verhältnissen muß entschieden gerechnet werden. Ja es kommt noch etwas anderes in Betracht. Jeder überzeugte Arbeiter hat die verdammte Pflicht, sich auch politisch zu organisieren, die Arbeiterpresse zu lesen, die Versammlungen zu besuchen und was sonst noch alles; wie zum Teufel soll es da einem Familienvater bei einem Verdienst von 13 bis 15 Mk. möglich sein, durchzukommen? — Dies sind eiserne Tatsachen, sie lassen sich nicht verfechten.

Durch die Einführung der Krankenunterstützung wird die Existenz der Unterstützungsstellen in Frage gestellt. Die Ansichten einiger Kollegen, 70 bis 80 Pf. pro Woche aufzubringen, um lediglich die Krankenunterstützungsstelle perfekt zu gestalten, geht über die Grenzen. Durch diese Einrichtung vermehrt sich naturgemäß auch die Arbeit des Vorstandes. Über kurz oder lang müssen die Gehälter erhöht werden oder das Hilfspersonal muß vermehrt werden. Dies alles zu bestreiten mit 70 bis 80 Pf., wird dauernd kaum möglich sein, geschweige denn mit 50 Pf. Was bleibt da zur Kampfesleistung übrig? Jedenfalls nicht mehr wie jetzt. Verpflichten größere Zahlstellen das Bedürfnis, mehr zu zahlen, so können sie eine Krankenkasse einführen nach Berliner Muster. Die minder verdienenden Berufe soll man dadurch nicht als Staffage benutzen. Ich habe nichts gegen einen 50 Pf.-Beitrag, dieser soll aber nur zur Stärkung der Kampfmittel Verwendung finden, damit wir endlich mal auf einige Jahre vor der ewigen Beitragserhöhung Ruhe haben. Also führen wir den 50 Pf.-Beitrag ein, vervollständigen wir die Arbeitslosenunterstützung, aber die Krankenunterstützung überlassen wir anderen Institutionen. Mich. Ballstädt-Cosbors.

Kollege Wangemann-Erfurt ist wohl für Erhöhung des Wochenbeitrags auf 50 Pf., aber gegen Erweiterung der Unterstützungsrichtungen. Vor allem gelte es, den Verband für die kommenden schweren Kämpfe leistungsfähig zu erhalten. Weiter empfiehlt der Kollege, mit Rücksicht auf die enorme Lebensmittelerhöhung in den letzten Jahren, die Unterstützung bei Streiks von 12 auf 14 Mk. pro Woche zu erhöhen und die Arbeitslosenunterstützung bereits vom vierten Tage ab zu gewähren. Gegen die Einführung der Krankenunterstützung ist Kollege Wangemann mit Rücksicht auf die freien Hilfskassen, denen viele Kollegen seit Jahrzehnten angehören. Zum Schluß empfiehlt er Aufnahme einer Statistik über die Mitgliedschaft der Kollegen in den freien Hilfskassen, weil wir so erst eine Grundlage für die Einführung der freien Hilfskassen im Verband hätten.

Erfreulich ist es, daß sich die Diskussion zur Beitragserhöhung bisher in angemessenen Bahnen bewegt hat und sich voraussichtlich auch weiter bewegen wird. Mit der Erhöhung des Beitrags um 5 Pf. für Kampfszwecke werden wohl ohne weiteres alle Kollegen einverstanden sein. — Gegenüber den Kollegen Schmid und A. B.-Göln möchte ich doch sagen, daß es zurzeit wohl kaum möglich sein wird, den Hilfskassen einen Strich zu drehen. Eine Beitragserhöhung von 35 auf 70 Pf. würde doch bei vielen Kollegen auf Widerstand stoßen, und die getrennte Verrechnung der Kranken- neben der Arbeitslosenunterstützung würde den neuen und kleinen Zahlstellen eine Menge Arbeit machen, was vermehrte Arbeitslast der Gauvorsteher und des Hauptvorstandes bedeuten würde. Ich bin deshalb für Einführung der Erwerbslosenunterstützung bei 20wöchiger Unterstützungs-dauer (wie bei den Metallarbeitern) und einem Wochenbeitrag von 55 Pf. Nach der Reichsstatistik entfielen im Jahre 1901 als höchste erreichte Zahl auf das versicherte Mitglied 7,02 Krankentage, welche Zahl wohl in Rücksicht auf die günstigere Geschäftslage in den letzten Jahren gefallen ist. In der Tischlerkategorie in Görlitz kamen auf jeden Versicherten pro Jahr acht Krankentage, bei achtstägiger Karenzzeit hingegen nur 5,25 Krankentage. Den niedrigsten Satz der Arbeitslosenunterstützung als Krankenunterstützung

der Berechnung zugrunde gelegt, würde pro Mitglied und Jahr 5,25 Mk. an Krankenunterstützung zu zahlen sein. Bei einem Mehrbeitrag von 15 Pf. wöchentlich zu diesem Zwecke und 90 Prozent gezahlten Beiträgen würde eine Beitragsmehreinnahme von 6,75 Mk. pro Jahr und Mitglied oder 1,50 Mk. mehr als zur Krankenunterstützung erforderlich erzielt. Nun dürften die Krankheitsverhältnisse im Durchschnitt günstiger liegen als in Görtitz, auch soll ja gegenüber der gesetzlichen Krankenunterstützung von 26 Wochen nur 20 Wochen lang Unterstützung gezahlt werden, so daß sich tatsächlich die Sache sogar noch besser machen würde, eventuell könnten größere Fonds angesammelt und später die Krankenzettel herabgesetzt werden. Zunächst könnte der Verband aber mehr Mittel zu Kampfeszielen flüssig machen. Die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf 20 Wochen dürfte den Verband wohl kaum stärker belasten, sind von 5000 Arbeitslosigkeitsfällen doch nur 700 von längerer als sechsmonatiger Dauer. Doch darüber könnte ja wohl der Hauptvorstand am besten Auskunft geben. R. G.-Görtitz.

Zu den beiden Fragen, die der Vorstand in Nr. 6 unserer Zeitung vorlegt: „Soll der Beitrag auf 40 Pf. erhöht werden, um die Lohnkämpfe erfolgreich durchzuführen zu können, oder sollen wir gleich 50 Pf. bezahlen, und dann eine Krankenunterstützung einführen“, möchte ich bemerken, ein jeder einsichtige Arbeiter ist bestrebt und hält es für seine Pflicht, sich in gesunden Tagen so hoch zu versichern gegen Krankheit, daß seine Unterstützung mit der Höhe des Lohnes gleichen Schritt hält, und ist außer in der Ortskasse noch in einer Zuschußkasse versichert. Ich nehme an, daß dies auch bei einem großen Teil unserer Mitglieder der Fall ist. Es liegt nun wohl klar auf der Hand, will der Verband nun diese Zuschußkasse erfassen, so muß er auch notwendigerweise dieselben Bedingungen erfüllen; und soll ein Zuschußwert haben, dann muß er meiner Überzeugung nach mindestens 8 bis 12 Mk. betragen pro Woche. Geht dies nicht, so könnte man sich schwer entschließen, aus der Zuschußkasse auszutreten, und man bekäme dann von drei Seiten Krankenunterstützung. Hinzu komme noch, daß verschiedene Ortskassen einen Passus im Statut haben, nach welchem der Unterstützungsbeitrag die Höhe des Lohnes nicht übersteigen darf, widrigenfalls das Krankengeld um den Betrag gekürzt wird; also für diejenigen Kollegen, die jetzt schon doppelt versichert sind, wäre eine ungenügende Krankenunterstützung von Nachteil. Die Ansicht des Kollegen R. Schmid-Göln, gleich ganze Arbeit zu machen und den Beitrag auf 70 Pf. festzusetzen und 10 Mk. Krankenzuschuß zu gewähren, könnte ich mich anschließen, wenn mir der Sprung, den Beitrag gleich zu verdoppeln, nicht zu gewagt erschiene, denn immerhin hat man auch Rücksicht zu nehmen auf diejenigen Zahlstellen, wo der Lohn und die Arbeitsbedingungen noch dringend der Aufbesserung bedürfen; und so komme ich zu der Ansicht, lassen wir noch die Krankenunterstützung weg, stimmen wir aber für einen Beitrag von 50 Pf., sorgen wir dafür, daß Moneten im Geldschrank liegen, und wir verlangen dann aber auch vom Vorstand, daß er dann nicht immer wartet, bis die kleinen Zahlstellen um Streikunterstützung nachsuchen, und dann erst genau zu prüfen, ob auch alles im Lot ist und ob das Geld auch langt und schließlich die Nachricht einläuft, „abgelehnt“, sondern daß er selbst vorgeht an den Orten, wo es notwendig erscheint, und den Kollegen zuruft, „nun schießt mal los“. Denn eine Bewegung in einem kleinen Orte ist an und für sich schon von Nutzen, bleibt der Erfolg auch manchmal noch aus bei solcher Bewegung, da meist die Schulung noch mangelhaft ist, der Verband gewinnt aber an Ansehen und Bedeutung, wenn er seine Mitglieder genügend unterstützt bei solchen Anlässen. Winkt das Statut den Vorstand zu sehr, so wäre vielleicht zu empfehlen, im Streikreglement einen Absatz einzufügen, daß bei kleinen Zahlstellen unter 50 Mitgliedern es dem Vorstand überlassen bleibt, Ausnahmen zuzulassen. — Ferner könnte bei einem 50 Pf.-Beitrag die Arbeitslosenunterstützung reformiert werden, und zwar in erster Linie wäre die Wartezeit auszuheben. Die Unterstützung muß vielmehr vom zweiten Tage an gewährt werden, denn von den ersparten zwei Wochen leben zu müssen, wird für die meisten Mitglieder, die arbeitslos werden, mit Entbehrungen aller Art verbunden sein. Ob noch eine Erhöhung oder Verlängerung der Unterstützung gewährt werden kann, kann wohl am besten der Vorstand berechnen.

Als ganz besonders erfreulich kann man es bezeichnen, daß ein einstimmiges Zustimmung zu einer Erhöhung des Beitrags überhaupt sich zeigt; die Kollegen haben längst erkannt, daß das, was nichts kostet, auch nicht viel wert ist, und schaffen wir uns ein Institut, welches uns in allen Lebenslagen kräftig zur Seite steht, so werden wir die Erfahrung machen, daß alle, welche diesem erst beigetreten sind, treu und fest zu demselben halten und immer neue Streiter demselben zuführen. Dietr. Grafe-Göttingen.

Daß die Beiträge erhöht werden müssen, darüber ist sich wohl jeder mit der Bewegung vertraute Kollege klar, doch sollte man bei der Beitragserhöhung auf die schlechter entlohnnten Kollegen mehr Rücksicht nehmen und deshalb Staffelleistungen einführen. Die Würzbacher Kollegen halten die Einführung der Staffelleistungen nach Art des Maurerverbandes für das gerechteste Beitragssystem. Die besser entlohnnten Kollegen, die zudem in den Großstädten zu Hause sind, wo öftere Gelegenheit zu Lohnbewegungen gegeben ist, werden es sich doch sowieso nicht zur Ehre schätzen, ebensoviel oder so wenig Beiträge zu zahlen wie die schlecht entlohnnten Kollegen, die weniger Ansprüche an die Verbandskasse machen. Und ein Kollege, der 30 bis 36 Mk. verdient, kann auch leicht einen größeren Beitrag zahlen als einer, der nur 8 bis 15 Mk. verdient. Und wenn es dem Verband ernst ist damit, die wirtschaftlich Schwächeren dem Verband zuzuführen und ihre Lage zu verbessern, so kann das nur durch Einführung von Staffelleistungen geschehen. Ich wette, wenn sich unsere Agitatoren an die Wittenwalder Weigenmacher herannahen, um sie zu organisieren, so werden sie eher durch niedrige Beiträge als durch rastlose Aufklärungsarbeit Fuß fassen. Wir ersuchen deshalb den Verbandsstag, die Beiträge nur nach der materiellen Leistungsfähigkeit der Mitglieder zu erheben, denn unsere und die meisten kleineren Zahlstellen können auf Jahre hinaus nicht daran denken, mittels der Organisation die elende Lage der Kollegen zu verbessern. A. H. und G. Sch.-Würzbach.

Die Lohnkämpfe der letzten Jahre, die zum größten Teil erfolgreich für uns waren, haben uns ein gut Stück Geld gekostet, und die Kämpfe der Zukunft werden Unsummen verschlingen; deshalb ist es geboten, die Kassen zu füllen, um zu jeder Zeit gerüstet zu sein. Betreffs Verwendung des 50 Pf.-Beitrags zu Unterstützungszwecken habe ich das Vertrauen zum Vorstand und Verbandsstag, daß er das Richtige treffen wird. Gegen den Vorschlag Schmidt-Göln möchte ich aber Stellung nehmen. Es ist in der kleinen Stadt bei einem Lohn von 15 bis 20 Mk. pro Woche nicht möglich, 70 Pf. pro Woche für Verbandszwecke auszugeben. Ein solcher Beitrag würde die Agitation in den kleinen Zahlstellen stark beeinträchtigen, und viele Mitglieder würden dort fahnenflüchtig werden. Ich kann deshalb nur dem 50 Pf.-Beitrag zustimmen, wir können ja sehen, wie weit wir damit kommen, und der Gölnler ist ja noch nicht der letzte Verbandsstag. Es muß den kleinen Zahlstellen gelassen werden, daß sie bisher einmütig auf den Gaultagen für den 50 Pf.-Beitrag eingetreten sind, nehmt aber auch auf diese Zahlstellen Rücksicht, und laßt es bei diesem Beitrag bewenden. Entgegen dem Weglaer Kollegen bin ich der Meinung, daß der Klassenkampfscharakter unserer Organisation durch das Unterstützungswesen nicht leidet. Aber gerade durch die Krankenunterstützung werden wir manchen Kollegen für den Verband gewinnen und diesen so kräftigen. Zum Schluß möchte ich mich gegen Staffelleistungen aussprechen. Diese würden schwer durchführbar sein und einen Rückschritt bedeuten. Ich stimme für den 50 Pf.-Beitrag, weil ich für den Ausbau des Verbandes und für die Verbesserung seiner Kampfesrüstung bin.

Klettere nur Schritt vor Schritt bergan;
Wer mit Mühe den Gipfel gewann,
Hat die Welt zu Füßen liegen.

H. K.-Ascherleben.

Daß bei Einführung der Krankenunterstützung von den Gegnern derselben wieder dieselben Gründe vorgebracht werden würden wie bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung, war wohl zu erwarten, obwohl gerade mit letzterer überzeugend bewiesen worden ist, daß solche Unterstützungen nur Klassenkampffördernd wirken. Die große Mehrzahl der Kollegen, und besonders der aus den kleinen Städten, werden es aber mit Freuden begrüßen, daß diese Frage endlich spruchreif geworden ist. Von der Erhöhung der Beiträge werden eine ganze Anzahl Mitglieder gar nicht betroffen, da diese schon jetzt einer Zuschußkasse angehören, in die sie neben den Verbandsbeiträgen noch 30 bis 40 Pf. zu entrichten haben, was doch in Wegfall käme. Allerdings wird den Mitgliedern mit einer Krankenunterstützung in der Höhe der heutigen Arbeitslosenunterstützung wenig gebietet sein. Es empfiehlt sich, die Krankenzettel nur auf 13 oder höchstens 26 Wochen zu erhöhen, zum Zwecke der Krankenunterstützung den Beitrag aber um 20 Pf. zu erhöhen und dafür 8 Mk. Krankengeld auf die Dauer von 26 Wochen zu gewähren. Nach den Erhebungen des Verbandes vom Jahre 1902 kommen auf jedes Mitglied sieben Krankentage, es müßte also jedes Mitglied 40 x 20 Pf. ausbringen zur Deckung der Krankenunterstützung in der von mir angegebenen Höhe. Nun werden aber durchweg 45 Beiträge aufgebracht, so daß immerhin noch 1 Mk. zur Deckung etwaiger Verwaltungskosten übrig bleibt. Es ist nur zu wünschen, daß diese Frage rege diskutiert wird, damit etwas Ersprießliches dabei herauskommt. Wir werden durch diese Unterstützung so manchen zu uns herüberziehen und zum brauchbaren Kampfgenossen machen, der uns jetzt noch fernsteht. Aber die Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. zu Kampfeszielen braucht man wohl schon gar nicht zu diskutieren, so selbstverständlich ist dieselbe. K. R.-Großenhain.

Die sich steigende Streikbewegung legt davon Zeugnis ab, daß die Kollegen allerorts von einem gesunden Streben nach Besserung ihrer Lebenshaltung durchdrungen sind. Hand in Hand mit dem Erstarken der Organisation ging die Ausdehnung des Kampfes, aber auch die Widerstände, die er zu überwinden haben, sind größere geworden. Ich erinnere nur an die Organisation und die vielgestaltige Laßt der Sagarfacher. Dieser Widerstand wird sich künftig noch mehr steigern, ebenso aber die Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen (siehe neuer Zolltarif). Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir künftig noch mehr und noch größere Kämpfe zu bestehen haben werden. Da muß sich jeder Kollege zur Pflicht machen, mit verdoppeltem Eifer für die gewerkschaftliche Idee und den Ausbau der Organisation tätig zu sein. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage ist der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Beitrags freudig zu begrüßen. Erfreulicher noch ist der Antrag auf Erhebung eines 50 Pf.-Beitrags und Einführung der Krankenunterstützung. Diese bedeutet für uns ein neues Mittelzeug im Kampfe, indem sie die Kollegen fester an die Organisation fesselt. Hoffentlich findet der Vorschlag des Vorstandes allseitige Annahme, dann können wir den kommenden Stürmen mutig die Stirn bieten, und wir handeln in dem Bewußtsein, einen weiteren Schritt nach vorwärts getan zu haben. Ax-s-Want-Wilhelmshaven.

Noch niemals hat der Hauptvorstand mit seinen Anträgen so sehr im Sinne der übergroßen Mehrheit der Mitglieder entsprochen als mit seinen diesmaligen Anträgen auf Beitragserhöhung. Daß eine bessere Dotierung der Verbandskasse zu Kampfeszielen nötig war, war für jeden Kollegen klar, der die Verhältnisse aufmerksam verfolgte. Die jetzige Kampftaktik der organisierten Unternehmer macht das mehr als je nötig. Unser Verband ist zwar schon jetzt ein Machtfaktor, aber er muß so ausgebaut werden, daß er allen Unternehmersonorganisationen Respekt einflößt. Erhöhung der Beiträge zur Führung weiterer Kämpfe und zur Abwehr gegen uns geplante Angriffe der Unternehmer ist deshalb dringend notwendig. Mögen alle Kollegen, auch in den kleinsten Zahlstellen, in diesem Sinne Stellung nehmen, das heißt dem Antrag des Vorstandes zustimmen. Dann aber mögen alle Kollegen energisch in die Agitation eintreten, um die vielen unorganisierten Kollegen noch dem Verband zuzuführen, dann werden wir überall mit Erfolg eine Bewegung auf Besserung unserer Lage durchführen können. Gute stabile Klassenverhältnisse und eine überzeugte und kampfesfreudige Kollegenschaft ist für die Zukunft dringend nötig. G. B.-Wremen.

Daß eine Beitragserhöhung stattfinden muß, um die Lohnbewegungen nicht einzuschränken, will ich ganz und gar befürworten, aber daß der Beitrag gleich höher als 50 Pf. gestellt werden soll, da werden sich wohl viele Kollegen daran stoßen, hauptsächlich solche, die erst neu zutreten, oder solche, die schon früher dem Verband angehört haben bei dem niedrigen Beitrag von 25 Pf., und die jetzt gleichfalls wieder beitreten, wie es zum Beispiel bei uns der Fall ist. Eine Krankenunterstützung wäre ja auch sehr angenehm, aber ein Kampfmittel würde damit nicht geschaffen. Bei Einführung einer Krankenunterstützung müßte der Beitrag mindestens auf 70 Pf. (!!) festgesetzt werden, und dazu könnte ich nicht raten. Denn man muß doch in Betracht ziehen, daß viele Kollegen noch einen Verdienst von unter 15 Mk. haben, wie man vielfach liest, und doch von diesem ein so hoher Beitrag nicht gefordert werden kann. Da möchte doch lieber die Krankenunterstützung weglassen und der Beitrag auf 50 Pf. erhöht werden. Ich glaube, das würde hoch genug sein, um den Verband auf etliche Jahre kampffähig zu machen. Daß dieses Jahr sehr viele Lohnbewegungen stattfinden werden, ist doch selbstverständlich, da dem arbeitenden Volke der Brotkorb wieder höher gehängt ist. Und so würde wenigstens ganze Arbeit gemacht und die Erhöhung der Beiträge im Interesse der Allgemeinheit geregelt. Paul Wismann, Lauban in Schlesien.

Aber die Frage der Beitragserhöhung wäre an und für sich nicht viel zu diskutieren. Die an Zahl und Ausdehnung immer mehr zunehmenden Lohnbewegungen müssen eine Erhöhung des Beitrags zur Folge haben. Mit schwachen Kassen können keine Streiks geführt werden, soll der Erfolg derselben nicht von vornherein in Frage gestellt werden. Es muß daher für eine gefüllte Kasse gesorgt werden. Das wird auch denjenigen einleuchten, welche recht schwer von Begriff sind. Ich bin der Ansicht, daß die Beitragserhöhung unbedingt erfolgen muß. Wenn aber von verschiedenen Seiten betont wird, daß zugleich die Einführung der Krankenversicherung mit in Betracht gezogen werden müsse, so birgt doch ganz anderer Meinung. Bei bereits aufgestellten Berechnungen wurde ein recht verlockendes Resultat zu Tage gefördert. Nach diesen Berechnungen würde mit der Krankenversicherung noch so viel Überschuß erzielt werden, daß die vermehrten Ausgaben vollaus gedeckt werden könnten. Trotz dieser Berechnungen vertritt ich den Standpunkt, daß alle Unterstützungsanstalten, soweit sie nicht mit dem Kampfescharakter des Verbandes zusammenfallen, auch nicht mit denselben verquittet werden sollen. Jedem Kollegen ist Gelegenheit gegeben, sich für Krankheitsfälle in der Tischlerkassette zu versichern. Sollen indes Unterstützungsanstalten gepflegt werden, so wäre es angebracht, die Arbeitslosenunterstützung besser auszubauen. Gegen Arbeitslosigkeit kann sich niemand versichern, und zweifellos läßt sich ein unterstützter Arbeitsloser nicht so leicht zum Lohndrucker machen, als ein nicht unterstützter. Wenn ja noch ein weiterer Schritt getan werden soll, könnte die Arbeitslosen- in eine Erwerbslosenunterstützung umgewandelt werden. Vor allem jedoch halte ich es zur jetzigen Zeit für nötiger, die Kasse für Kämpfe zu füllen, und würde ich die Erhöhung des Beitrags auf 50 Pf. zu diesem Zwecke nur begrüßen. J. G. Scharrer-Nürnberg.

Zur Annahme des Vorschlags auf Einführung des 50 Pf.-Beitrags kann auch ich nur raten. Man soll nicht vergessen, daß gerade in kleinen Orten noch viele Unterstützungsvereinigungen bestehen. Wenn man da an solche Kollegen herantritt und sie zum Anschluß an den Verband auffordert, bekommt man oft die Antwort: „Ach, ich komme ja hier nicht fort, ich war früher dabei, lieber gehe ich in den Militärverein, da bekomme ich wenigstens, wenn ich krank bin, ein paar Mark Unterstützung.“ Wenn man nun entgegenhält, „wir haben ja die Tischlerkassette“, gut, die wollen wir auch hochhalten und wollen sie nicht mit unseren Anträgen zum Verbandsstag verquicken. Wenn nun gesagt wird, wir wollen ganze und nicht halbe Arbeit tun (betreffs der Beitragserhöhung), so will ich nur bemerken, daß in vielen Orten auch mit geringen Beiträgen eine ganz annehmbare Unterstützung möglich gemacht worden ist. Ich meine, wenn es für einen Beitrag von 10 Pf. für Krankenunterstützung 3 bis 5 Mk. Unterstützung gäbe pro Woche, so könnte die Verbandskasse gut bestehen. Und so käme denjenigen Mitgliedern, die weder bei Streiks, noch in anderen Fällen die Unterstützung des Verbandes in Anspruch nehmen können, doch wenigstens eine Krankenunterstützung zuteil. — Eins ist sicher, durch die Krankenunterstützung verlieren wir in der Kampfesorganisation gar nichts, wohl aber gewinnen wir viel. Darum meine ich, die Delegierten zum Verbandsstag mögen nicht die Krankenunterstützung fallen lassen und die Zentralkrankenkasse dabei aus dem Spiele lassen, aber für eine gerechte Unterstützung und den 50 Pf.-Beitrag eintreten. Wisl. Wendt-Ramenz.

Die Zahlstelle Furtwangen beschäftigte sich in ihrer gut besuchten Mitgliederversammlung vom 3. März mit der Beitragserhöhung. Erfreulicherweise entwickelte sich eine sehr lebhaft Debatte und wurde zum Schluß nach langem Hin- und Herreden der Vorschlag des Hauptvorstandes gut geheiß. Der Beitragserhöhung im Interesse des Unterstützungswesens werden wir ohne Bedenken zustimmen. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Unterstützungsanstalten ausgebaut sind, die Mitglieder mit noch größerem Interesse dem Verband sich anschließen werden. Treten wir darum Mann für Mann für eine Beitragserhöhung auf 50 Pf. pro Woche mit der geplanten Krankenunterstützung ein.

Kollege Theodor Edel-Dresden gibt in einem Schreiben an die Zeitung „seiner Freude Ausdruck darüber, daß man sich entschließen will, höhere Verbandsbeiträge einzuführen. Einen traurigeren Haushaltungsvorstand könnte ich mir gar nicht vorstellen als denjenigen, welcher behaupten will, die paar Pfennige Verbandsbeitrag gefährden seine familiäre Existenz, noch dazu, wo der Verband die vielen schönen Vorteile bietet“. Die Beitragserhöhung sei möglich und notwendig, das sei seine und vieler tausend Kollegen Ansicht.

Soziales.

Die Fleischnot.

Als um die Mitte des vorigen Jahres die Fleischpreise eine unheimliche Steigerung erfuhr, konnte sich auch die preussische Regierung der Einsicht nicht verschließen, daß etwas geschehen müsse. An eine Beseitigung der Ursachen der Fleischnot dachte man freilich nicht, es sollte vielmehr nur eine Beruhigungssaktion ins Werk gesetzt werden, die den Agrariern, denen zu Liebe das Volk den Schwächtriemen enger schnallen muß, nicht wehe tut. Als Auskunftspersonen über den Grad der Fleischnot wurden die Hauptinteressenten an hohen Viehpreisen, die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Landwirtschaftskammern vom Landwirtschaftsminister zu einer Konferenz zusammenberufen, und wie nicht anders zu erwarten war, konstatierten diese Herren, daß eine Fleischnot überhaupt nicht existiere. Bei dem an die Konferenz anschließenden Festmahl gab sogar Herr von Pobjielski in einer Rede der Ansicht Ausdruck, daß in drei bis vier Wochen ein Überfluß von Schweinen vorhanden sein werde. Mit diesem Ausspruch hat der schweinezüchtende Landwirtschaftsminister das an sich nicht besonders große Vertrauen der Bevölkerung zur Regierung nicht sonderlich gehoben, um so weniger, als er einige Monate später in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 23. Januar 1906 zugeben mußte, daß er jene Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt hat. Trotzdem gefallten sich die Agrarier nach wie vor in der Behauptung, daß es keine Fleischnot gebe.

So meinte kürzlich ein Junker, der Baron von Rheden, in einer Versammlung der hannoverschen Landwirtschaftskammer, das Verede von der Fleischnot sei erlogen. Für ihn und seine Standesgenossen mag das zutreffen, denn sie mühten sich, wenn das Volk notleidet, und für die Schweinezüchter sind goldene Tage angebrochen. Die Preise der Schweine haben eine Höhe erreicht wie nie zuvor und sind noch in weiterer Steigerung begriffen. Es notierten, um nur ein Beispiel anzuführen, auf dem hannoverschen Schlachtviehmarkt Schweine erster Sorte: Am 1. August 1904: 55 bis 57 Mk. Ein Jahr später, am 31. Juli 1905, war der Preis auf 67 bis 68 Mk. gestiegen. Am 11. August hielt Herr von Pobjielski seine oben erwähnte prophetische Rede, aber der versprochene Überfluß an Schweinen stellte sich nicht ein, im Gegenteil stieg der Preis am 31. August auf 73 Mk., am 28. Oktober auf 78 Mk. und am 25. Januar 1906 wurde gar 79 Mk. notiert. Die Preise für die geringeren Sorten sind in der gleichen Zeit in noch höherem Maße gestiegen. Es ist aber auch nicht daran zu denken, daß in absehbarer Zeit ein Rückgang eintritt, denn auch auf dem Handelsviehmarkt macht sich eine gleiche Preissteigerung bei den jungen Schweinen bemerklich.

Es ist erklärlich, daß die fortgesetzte Preissteigerung des wichtigsten Nahrungsmittels eine Einschränkung des Konsums zur Folge haben muß. Es liegen hierüber bereits eine Reihe amtlicher Mitteilungen vor. In Nürnberg wurden im Jahre 1905 19 344 Schweine weniger geschlachtet als im Jahre 1904, der Fleischverbrauch ist infolgedessen von 57,3 Kilo auf 50,5 Kilo pro Kopf der Bevölkerung zurückgegangen. Das ist eine Abnahme von fast 12 Prozent. Bieht man in Betracht, daß von einer Einschränkung des Fleischkonsums bei den wohlhabenden Bevölkerungsklassen in nennenswerter Maße kaum gesprochen werden kann, dann ist der tatsächliche Rückgang des Fleischverbrauchs bei den arbeitenden Klassen um so höher. In Fürth sind die Schweineschlachtungen von 26 660 im Jahre 1904 auf 23 100 im Jahre 1905 zurückgegangen.

In Heilbronn beträgt der Rückgang in der Zahl der geschlachteten Schweine 1411 Stück. Aber nicht nur bei den Schweinen ist ein Rückgang in der Zahl der Schlachtungen festzustellen, das gleiche trifft auch vielfach bei den Rindern, Kälbern usw. zu. Auf dem Schlachthof in Chemnitz wurden im Jahre 1905 61 777 Schweine geschlachtet, das ist 4628 weniger als im Jahre 1904. Ferner ist die Zahl der geschlachteten Kälber um 528 Stück, die der Ziegen um 15 Stück zurückgegangen. Eine Zunahme hat hier erfahren die Zahl der Rinder um 682 und der Schafe um 1258. Daneben wurden 982 Pferde und 611 Hunde geschlachtet, das bedeutet eine Zunahme um 240 beziehungsweise 273 Stück. In Zittau ist ebenfalls ein bedeutender Rückgang in der Zahl der Schlachtungen konstatiert; außer den Schafen haben auch hier nur Pferde und Hunde eine Zunahme erfahren. Zu welchen Ersparnissen infolge der Fleischsteuerung gegriffen wird, beweist eine Gerichtsverhandlung in Glauchau, wo ein Handarbeiter wegen Diebstahls einer Raze angeklagt war. Es wurde als erwiesen angenommen, daß der Angeklagte die Raze gefangen und erwürgt hatte, um das Fleisch zu essen.

Aber den Rückgang der Schweineschlachtungen in Preußen gibt eine Aufstellung in der „Statistischen Korrespondenz“ Auskunft. Aus derselben geht hervor, daß im dritten Quartal des Jahres 1905 um 265 747 oder 13 Prozent weniger Schweine geschlachtet wurden als im gleichen Quartal des Vorjahres. Im vierten Quartal beträgt der Rückgang 525 788 Stück oder fast 20 Prozent. Auch die Zahl der geschlachteten Kälber ist im vierten Quartal um 18 1/2 Prozent zurückgegangen. Eine Zunahme haben dagegen die Rindvieh- und Schafschlachtungen erfahren, und ganz besonders ist die Zahl der geschlachteten Pferde und Hunde gestiegen. Im Jahre 1905 wurden in Preußen 96 864 Pferde und 1572 Hunde geschlachtet.

Die mitgeteilten Zahlen könnten noch beliebig vermehrt werden, insbesondere sei darauf hingewiesen, daß nach einer im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Übersicht die Preise für sämtliche Fleischsorten in den letzten zehn Jahren eine starke Erhöhung erfahren haben. So kostete ein Kilogramm Rindfleisch von der Keule im Jahre 1905 151 Pf., im Jahre 1896

aber nur 134 Pf., Rindfleisch vom Bauch 129 (1896 113) Pf., Schweinefleisch 156 (122), Kalbfleisch 153 (126), Hammelfleisch 148 (122). Trotzdem sagen die Agrarier, eine Fleischnot existiert nicht, und die Regierung als getreue Dienerin der Junker hält die Grenzen gegen die Vieheinfuhr sorgfältig geschlossen. Mag das gemeine Volk hungern, wenn nur die unergründlichen Taschen der vornehmen Schweinezüchter gefüllt werden. Es wird in dieser Beziehung nicht früher anders werden, als bis das Volk die Ventung seiner Geschicke selbst in die Hand nimmt und die Junkerrippe zum Tempel hinausragt.

Der Beirat für Arbeiterstatistik nahm in seiner Sitzung vom 5. März den Bericht über die Erhebung betreffend die Lohnbücher in der Kleider- und Wäschekonfektion entgegen. Es wurde die Notwendigkeit einer obligatorischen Umwandlung der Lohnbücher in Abrechnungsbücher, und zwar für alle Arbeiter, sowohl für die in Zeitlohn wie in Stücklohn beschäftigten, anerkannt und der Ausschuss beauftragt, nach dieser Richtung neue Vorschläge zu machen. — Zur Vervollständigung des Materials über den Einfluß der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse auf die gesundheitlichen Zustände der Arbeiter im Fleischergerber wurde die Einholung eines Gutachtens des Kaiserlichen Gesundheitsamtes beschlossen. — Sowohl bei der Fuhrwerks- wie bei der Winenschiffahrtserhebung sowie auch bei der über die Arbeitszeit in den Plätt- und Waschanstalten sind die ausgegebenen Fragebogen soweit eingegangen, daß das Statistische Amt ihre Bearbeitung begonnen hat. Hinsichtlich der Erhebung über die Fischindustrie endlich bleibt nur noch der Eingang eines Fachgutachtens abzuwarten, bevor die Ergebnisse dem Beirat für Arbeiterstatistik vorgelegt werden können.

Eine Revision des Kinderschutzes verlangt der von dem Jugendschutz sehr verdiente Lehrer Konrad Ughd. In einem Vortrag über die Heimarbeiter führte er aus: „Nach der Berufszählung von 1895 waren 306 823 Kinder in der Heimarbeiter beschäftigt. Man darf aber annehmen, daß diese Zahl zu niedrig ist und daß bereits damals mindestens 350 000 Kinder als Heimarbeiter tätig waren. Wir finden sie in allen Industrien. Hauptsächlich beteiligt sich die Spinnerei und Weberei mit 79 133 Kindern (davon allein 34 145 in Sachsen!), die Holzwarenindustrie mit 40 000 Kindern, die Posamentenindustrie mit 26 190 Kindern, die Strickerei und Wärferei mit 12 160 Kindern, die Konfektionsindustrie mit 11 000 Kindern. Die Altersgrenze, bis zu welcher Kinder beschäftigt werden, geht hinab bis zu drei Jahren! Die Folgen der Kinderarbeit zeigen sich früh. Die Kinder werden körperlich ruiniert und geistig stumpfsinnig. In fünfzehnjährigem Kampfe hat namentlich die deutsche Lehrerschaft dazu beigetragen, das Kinderschutzgesetz zu schaffen. Viel Gutes ist dadurch erreicht worden. Aus 60 Berufen und aus den ungesundesten Werkstätten sind die Kinder entfernt worden. Trotzdem hat das Gesetz nicht ausreichend gewirkt, und Umgehungen sind zahllos. Das Gesetz muß revidiert werden. Vor allen Dingen müssen Mindestlohnsätze festgelegt werden, um dem Bohnndruck durch die Kinderarbeit zu steuern. Ferner müsse es den Heimarbeitern ermöglicht werden, ihre Kinder einen anderen Beruf erlernen zu lassen, nötigenfalls durch staatliche Beihilfe. Das Endziel aber müsse sein: „Fort mit der Kinderarbeit!“

Vom Glend der Rechtsanwaltsgehilfen spricht eine in Dresden erhobene Statistik, die 1094 Personen umfaßt. 841 Angestellte standen im Alter bis zu 20 Jahren! Von diesen 841 Personen bezogen nur 89 ein Monatsgehalt von 40 bis 50 Mk.; bei allen übrigen ist er niedriger und geht herunter bis auf 5 Mk.! 8 Personen, darunter eine Achzehnjährige, erhielten — gar nichts! — Ein Gehalt bis 300 Mk. bekam nur eine Person von den 1094, jedenfalls Bureauvorsteher. Bei 970 Angestellten wurde ein Gehalt bis zu 100 Mk. pro Monat festgestellt. Aber nur 26 Personen im Alter von 10 bis 50 Jahren waren so glücklich, 51 bis 100 Mk. zu beziehen. Unter den nach dieser Statistik beschäftigtsten befanden sich 123 weibliche Arbeitsträger. — Da gehörte wohl mancher Arme! wegen Verstoß gegen die guten Sitten, verurteilt durch Zahlung von Hungerlöhnen, vor Gericht.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, den angegebenen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. März: Posen 5 Pf. pro Woche; ab 1. April: Göpitz 10 Pf. pro Woche.

Bezüglich der Konferenz der Modelltischler ersuchen wir unter Hinweis auf die Bekanntmachung in voriger Nummer (Seite 83) nochmals, zwecks Aufstellung der Präferenzliste die Namen der gewählten Delegierten baldigst an uns zu melden.

Alle Anträge zum Verbandstag bitten wir für sich auf einem besonderen Blatt Papier einzureichen. Als Endtermin für die Einsendung ist der 19. März festgesetzt und ersuchen wir, diesen Termin einzuhalten, damit die Anträge rechtzeitig von uns veröffentlicht und alsdann von allen Zahlstellen beraten werden können.

Von den Protokollen über die Verhandlungen der Verbandstage in Mainz und Leipzig ist noch ein kleiner Vorrat vorhanden. Einzelreplare können gegen Voreinsendung von je 25 Pf. portofrei von uns bezogen werden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 40451 Heinrich Garlich, Tischler, geb. 24. 12. 75 zu Bremen.
- 40615 Wilhelm Höfner, Tischler, geb. 17. 10. 66 zu Bremen.
- 44796 Alfred Goltz, Tischler, geb. 27. 8. 78 zu Stanis.
- 92359 Herrn. Lehmann, Bürstenm., geb. 23. 11. 58 zu Sübben.

- 102574 Karl Müller, Tischler, geb. 10. 10. 66 zu Wellentin.
- 108575 Gottl. Brigner, Schreiner, geb. 31. 7. 80 zu Pöfendorf.
- 131332 Peter Christensen, Tischler, geb. 16. 10. 70 zu Dorfen.
- 179499 Friedrich Friß, Säger, geb. 27. 8. 80 zu Dornstetten.
- 265112 Karl Nestler, Korbm., geb. 31. 8. 87 zu Alhorn.
- 280139 Konrad Schirmann, Korbm., geb. 14. 7. 65 zu Bayreuth.
- 284214 Heinrich Dippe, Maschinenarb., geb. 2. 3. 53 zu Gage.
- 298474 Johann Ruyta, Tischler, geb. 18. 1. 83 zu Osterwald.

Konferenz des Gaues Berlin

am 25. und 26. Februar im „Eldorado“ zu Frankfurt a. M. Diefelbe war von 82 Zahlstellen durch 114 Delegierte besetzt; nur 7 keine Zahlstellen waren nicht vertreten. Der Vertreter des Vorstandes nahm Kollege Schneck an der selben teil.

Nach dem von Kollege Stufche erstatteten Geschäftsbericht liegen zwei arbeits- und erfolgreiche Jahre hinter uns. 17 Zahlstellen wurden neu gegründet, eingegangen ist eine Zahlstelle; die Mitgliederzahl stieg von 21 377 auf 30 666. Versammlungen wurden seitens des Gauvorstandes in 43 Zahlstellen 434, in anderen Orten 114 abgehalten. Auch die Lohnbewegung war rege; allein in 1905 wurden (Werk ausgenommen) 115 Lohnbewegungen in 295 Betrieben für 4013 Kollegen geführt; nur in 14 Fällen ohne Erfolg. Dabei mußte der Gauvorstand in 363 Fällen eingreifen. Berlin wurde, mangels einer sachgemäßen Leitung an Orte, ein Beauftragter des Gauvorstandes mit der Leitung der Bewegung betraut. Nach dem von H. Leopold erstatteten Klassenbericht beläuft sich die Gesamteinnahme der Gaukasse für die abgelaufenen beiden Geschäftsjahre auf 25 847 Mk., die Ausgabe auf 25 215 Mk. — Die Diskussionredner äußerten sämtlich ihre Zufriedenheit über die Tätigkeit des Gauvorstandes.

Es folgte ein außerordentlich interessantes Referat H. Leopolds über „Unsere Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen“. Auf dieses Referat wie auf die ebenso interessante Debatte können wir leider infolge Raummangels nicht eingehen. Ebenso müssen wir auf ein mit Weisall aufgenommenes Referat Methners-Frankfurt a. M. über „Wird die Agitation am erfolgreichsten betrieben?“ verzichten.

Es folgte ein Referat Geyners-Berlin über „Die Durchführung der Krankenunterstützung im Solgarbeiterverband“. Zu Anfang seines ausgezeichneten Referats verortete H. Mehn auf die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Die wurde ebenfalls für verderblich für unsere Organisation bezeichnet; „wir verjumpten, wir würden zur Versicherungskasse“ usw. hieß es damals. Das Gegenteil von dem ist eingetroffen: die Mitglieder wurden mehr an den Verband gefesselt, sie wurden in der Zeit der Krisis kampfsüchtig gehalten, die Organisation wurde gekräftigt; die Mitgliederzahl stieg von 70 000 auf 130 000. Und die Kämpfe wurden um vieles zahlreicher und nahmen immer größere Ausdehnung an. So hat der Verband in den letzten zehn Jahren mehr für Streiks ausgegeben als in den zehn vorhergegangenen Jahren zusammen. Jetzt wird mit denselben Gründen gegen die Krankenunterstützung operiert als damals gegen die Arbeitslosenunterstützung, sie sind aber genau falsch hier wie dort. Es gab aber damals Gegner der Arbeitslosenunterstützung noch aus einem anderen Grunde: den man als stichhaltig anerkennen konnte. Es waren die Kollegen, die meinten, ehe man die Arbeitslosenunterstützung einführe, solle man die Krankenunterstützung einführen oder beides zusammen. Doch dazu bedurfte es einer unverhältnismäßig hohen Beitragserhöhung, die man den Kollegen nicht auf einmal zumuten konnte. Jetzt kommt noch hinzu, die freien Hilfskassen, die früher viel Gutes für die Arbeiterbewegung getan haben, auf dem Aussterbeort stehen. Die Gesetzgebung arbeitet in dieser Richtung ganz offen, und sei sich klar darüber, daß nächste Krankenversicherungsgesetze so sein, daß den freien Hilfskassen das Lebenslicht ausgeblasen werde. An uns liege es, in den Gewerkschaften Einrichtungen zu treffen, die den Kollegen Ersatz bieten können. Man hat pro Monat Sozialgeld, die die Ortsklassen zahlen werden nicht aus, um einigermaßen existieren zu können.

Es sprachen sieben Redner dafür und sieben gegen die Einführung der Krankenunterstützung; da die noch 13 eingetragenen Redner alle Befürworter der Unterstützung waren wurde die Diskussion abgebrochen und in namentlicher Abstimmung die Einführung der Krankenunterstützung mit 10 gegen 10 Stimmen gut geheißt.

Auf eine Berichterstattung über die Beratung der Anträge müssen wir infolge Raummangels verzichten.

Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Konferenz geschlossen. H. L.

Konferenz des Gaues Hannover.

Die Konferenz tagte am 26. Februar in der „Zentralhalle“ in Wänden i. W. und war von 87 Zahlstellen durch 61 Delegierte besetzt. An derselben nahm Kollege Bedner vom Hauptvorstand und die Kollegen Woltmann, Ziefels und Holzen vom Gauvorstand teil.

Aus dem von Kollegen Woltmann erstatteten Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß der Gau sich in fortgesetzter steigender Entwicklung befindet. Sechs Zahlstellen wurden neu gegründet, eine ging ein, zwei (Brackvede und Schilde) wurden mit Bielefeld vereinigt. In fast allen Zahlstellen stieg die Mitgliederzahl, in einigen enorm. Der Gau zählt zurzeit 43 Zahlstellen mit 7034 Mitgliedern, 3874 mehr als vor zwei Jahren. Die wirtschaftlichen Erfolge waren dementsprechend große. Fast sämtliche Lohnbewegungen fielen zugunsten der Kollegen aus, und lag es an einigen Orten nur an den Kollegen, wenn nicht mehr erreicht wurde. Bedner warnt vor wilden Streiks und ermahnt bei Zuzienierung von Lohnbewegungen zur strengsten Disziplin. In beiden Berichtsjahren fanden 43 Gauvorstandssitzungen und auf Veranlassung des Gauvorstandes 340 Versammlungen statt; an mehreren Orten wurde eine systematische Hausagitation betrieben. Im allgemeinen zeigte man sich von den Arbeiten des Gauvorstandes zufrieden. Dem Kassier wurde einstimmig Decharge erteilt.

Eine lebhafteste Debatte zeitigte der Punkt „Taktik bei Lohnbewegungen“. Einhellig war man der Meinung, daß man bei Lohnbewegungen mit Ruhe, Klugheit und Besonnenheit vorgehen möge.

Angenommen wurde ein Antrag Bielefeld, Verden und Hannover, „der Verbandstag wolle beschließen, die Arbeitslosenunterstützung vom dritten Tage an zu gewähren“; ein Antrag Bielefeld, „der Hauptvorstand wolle ein Reglement für das Vertrauensmännersystem herausgeben“; zwei Anträge Beine, „der Vorstand wolle die Pantinensmacher in der Agitation wie auch betreffs der Statistik mehr berücksichtigen“, „dem Verbandstag zu empfehlen, die Streikunterstützung von 15 auf 18 Mk. zu erhöhen“; zwei Anträge Hannover, „bei Streiks von 13 Wochen Dauer ist Mietzuschuß zu gewähren“, „die Regelung bei Werkstattstreiks ist den Ortsverwaltungen und dem Gauvorstand zu übertragen“; ein Antrag der Drechlersektion Hannover, „die Gauleitung möge alljährlich eine Agitationstour der kleineren Branchen stattfinden lassen, wobei die Agitation von Berufscollegen der betreffenden Branchen ausgeführt wird“, wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen; weiter wurden angenommen ein Antrag Hannover, „Mitgliedern, die vor dem 17. Lebensjahr oder vier Wochen nach beendeter Lehrzeit eintreten, ist bei Streiks ohne Wartezeit Reiseunterstützung zu gewähren“; ein Antrag Springe, „den Bericht des Gauvorstandes künftig gedruckt vorzulegen“, und ein Antrag der Gauverwaltung, „die Beschickung der Gaukonferenz in Zukunft zu beschränken und den nächsten Gaugang in Hannover abzuhalten“. Der wichtigste Antrag, von der Zahlstelle Bielefeld gestellt, „der Verbandsbeitrag ist von 95 auf 50 Pf. zu erhöhen und die Krankenunterstützung einzuführen“, wurde nach lebhafter Debatte in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 23 Stimmen angenommen.

Nach einem anfeuernden Schlußwort des Kollegen Voltmann und dem Vortrag eines der Konferenz gewidmeten Protokolls durch Kollegen Berbe wurde der Gaugang mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Konferenz des Gaues Elberfeld.

Die Konferenz tagte am 4. und 5. März in Essen und war von 62 Delegierten aus 49 Zahlstellen besucht. Als Vertreter des Verbandsvorstandes war Kollege Becker-Stuttgart anwesend. Dem Tätigkeitsbericht des Gauvorstands, der von Kollegen Hartung gegeben wurde, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im Gau in den letzten beiden Jahren von 4091 auf 7400 gestiegen ist. Als Erfolg der Lohnkämpfe, die in größerer Zahl geführt wurden, ist vor allem die Zurückdrängung der eifständigen Arbeitszeit zu verzeichnen; es sind jetzt nur noch wenige Orte vorhanden, in welchen länger als 10 Stunden gearbeitet wird. Über Agitation und Organisation referierte Kollege Meyer. In der ausgedehnten Diskussion erklärte die große Mehrzahl der Redner ihr Einverständnis mit den gemachten Vorschlägen. Kritisiert wurde, daß der Vorstand noch keinen neuen Leitfaden für die Ortsverwaltungen herausgegeben habe. Kollege Becker teilte darauf mit, daß ein Handbuch in Vorbereitung sei, welches vielleicht bis zum Verbandstag fertiggestellt sein würde. Beschlossen wurde, mit Rücksicht auf die Tarifbewegung in den Waggonfabriken, dem Gauvorstand einen Stellmacher beizugeben. Der Gau soll in Bezirke geteilt werden, für welche in geeigneten Zwischenräumen unter Leitung des Gauvorstandes Konferenzen abzuhalten sind. Der Sektionsbildung in den einzelnen Zahlstellen soll größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Insbesondere soll der Gauvorstand statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in Maschinenfabriken und ähnlichen Werken beschäftigten Holzarbeiter vornehmen. Außerdem wurde noch ein Antrag angenommen, den Sitz des Gauvorstandes nach einer mittleren (?) Zahlstelle zu verlegen.

Der Antrag, einen Zentralarbeitsnachweis im Gau zu errichten, wurde vor der Beratung zurückgezogen. Alsdann referierte Kollege Müller-Cöln über den bevorstehenden Verbandstag. Er betonte, daß die Beiträge mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kämpfe erhöht werden müssen, und bekämpfte die Ansicht, daß mit der geplanten Einführung der Krankenunterstützung der Kampfescharakter der Organisation verloren gehen würde. In einer sehr lebhaften Debatte sprachen sich alle Redner für die Einführung der Krankenunterstützung aus. Ein Antrag aus Düsseldorf, der die Einführung der Kranken- beziehungsweise Erwerbslosenunterstützung verlangt und den Beitrag auf 50 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt wissen will, wurde mit 50 gegen 10 Stimmen angenommen. In dem Antrag wird noch der Wunsch ausgesprochen, daß bei einer Erwerbslosigkeitsdauer von mehr als 7 Tagen die Unterstützung vom vierten Tag ab gezahlt werden möge. Mit der Abstimmung wurde, wie ausdrücklich festgestellt wurde, nur die prinzipielle Seite der Frage entschieden.

Die Differenzen zwischen der Zahlstelle Elberfeld und dem Kollegen Becker, die in Nr. 4 der „Holzarbeiter-Zeitung“ geschildert wurden, fanden, nachdem die Kollegen Krumbach-Elberfeld und Becker-Stuttgart gesprochen hatten, ihre Erledigung dadurch, daß ohne weitere Diskussion ein in dieser Sache gestellter Antrag der Zahlstelle Elberfeld mit 38 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde.

Vom Kollegen Kunst wurde die Anstellung des zweiten beforderten Gauvorstehers kritisiert. Es hieß ursprünglich, daß der betreffende seinen Wohnsitz alle 6 Monate wechseln müsse, nun soll er aber doch seinen Wohnsitz dauernd in Düsseldorf nehmen. Gätte der Vorstand sich von vornherein auf diesen Standpunkt gestellt, dann hätten sich auch im Gau selbst genügend geeignete Kollegen für diesen Posten gefunden. — In bezug auf die Tätigkeit der Sektionen wurde auf Antrag der Zahlstelle Cöln beschlossen, daß diese alle 3 Monate einen Situationsbericht an den Gauvorstand zu liefern haben, der diese Berichte an die Zentralkommissionen für die einzelnen Bezirke weiterzugeben hat. Angenommen wurde auch ein Antrag Düsseldorf, durch welchen der Verbandsvorstand ersucht wird, die Entschädigungssätze für die agitatorisch tätigen Kollegen zu erhöhen, und ein weiterer von den Zahlstellen Ooan, Ohligs, Solingen und Wald, welcher verlangt, daß der Vorstand bekannt gebe, ob die vorgeschlagenen Delegierten Beamte oder merktätige Kollegen sind.

Der Beitrag zu dem im Gau gebildeten Notfallunterstützungsfonds wurde von 2 auf 4 Pf. erhöht und schließlich beschlossen, daß auf den künftigen Gaukonferenzen die beiden beforderten Gauvorsteher und der Kassierer mit beratender Stimme zugelassen sind. Die nächste Konferenz findet in Bochum statt.

Korrespondenzen.

Warnung. Es hat sich wieder einer entpuppt! Am 22. Februar hielten die Holzarbeiter der hiesigen Zahlstelle eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Raub-Stuttgart über das Thema: „Der Kampf gegen zwei Fronten“ referierte. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, an dem Gebeten der Zahlstelle energisch mitzuarbeiten. Nun, der Samen, der da gesät wurde, reifte nur zu schnell, und zwar in der Möbelfabrik von Herrn Wiltb. Seuffer, aber für uns war es eine ungesunde Frucht. Denn gleich anderentags wurde ein Kollege, der sich weigerte, „fortwährend Möbel zu verpacken“, auf das Pflaster geworfen; und am darauffolgenden Dienstag wurde ein weiterer Kollege aufs Pflaster gesetzt, welcher nicht mehr Akkord arbeiten wollte. Ebenso ging es dem Vorsitzenden der Zahlstelle, der wegen dieser Maßregel bei Herrn Seuffer vorstellig wurde und Abschaffung der Akkordarbeit beantragte. Herr Seuffer war sogar noch so frei und stellte den Vorsitzenden als „Geher“ seiner Arbeiter hin, weil er für die Interessen des Verbandes arbeitete. Nun, dies haben wir nicht alles Herrn Seuffer allein zu verdanken, sondern da müssen wir uns nach einer anderen Person umsehen, und diese finden wir in unserem früheren Kollegen Emil Heizmann, der seinerzeit Vorsitzender der Zahlstelle Warnung und zugleich Kartellvorsitzender war und nun seit 1. Januar d. J. als „Werkführer“ in dieser Fabrik funktioniert. Natürlich mußte er jetzt andere Saiten aufziehen, wenn er die Gunst des Fabrikanten nicht verlieren wollte. Dies geschah nun auch, und nun geniert er sich nicht, seine ehemaligen Kollegen auf alle Arten zu drangsalieren und sie beim Fabrikanten zu verschmähen. Nur ein Fall sei hier angegeben, wie er den Vorsitzenden hinausbuglierte. Derselbe redete einen Augenblick mit einem anderen Kollegen betreffs Akkordarbeit; darauf wurde er nun von dem Herrn Werkführer zur Rede gestellt mit der Bemerkung, daß es „verboten“ sei, während der „Arbeitszeit“ miteinander zu reden, worauf dieser sich gegen diese Vorschrift verwahrte und dem Herrn riet, in Zukunft etwas arbeiterfreundlicher zu sein. Darauf bekam er kurz und bündig die Antwort: „Wenn es dir nicht paßt, kannst du sofort aufhören.“ Nun noch etwas über die Akkordarbeit. Die wurde erst im Dezember v. J. eingeführt, aber der Betrieb ist gar nicht auf Akkordarbeiten eingerichtet. Meistenteils kommt es vor, daß, wenn ein Arbeiter einen Akkord bekommt, nicht die Hälfte Holz dazu zugeschnitten ist, und dann muß er es meistens noch selbst zurechteln. Dann sind die Maschinen in einem solchen Zustand, daß von einer sauberen Arbeit gar keine Rede sein kann. Dasselbe ist mit dem Furnieren der Fall. Da muß einer auf den anderen warten, bis er hin kann, und so geht es fort. Den Kollegen von Warnung ist zu raten, sich der Organisation mehr zu widmen und sich dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen, damit sie in Zukunft einem solchen „Gebaren“ dieses Herrn besser standhalten können. Zu wünschen wäre noch, daß die ganze Arbeiterschaft von Warnung diesem Herrn Heizmann seinen Lohn heimzahlen möchte, der sie in letzter Zeit noch auf Konferenzen vertreten hat. Den auswärtigen Kollegen rufen wir aber zu: „Meidet Warnung so gut wie möglich!“

Warn. Unsere letzte Mitgliederversammlung besaß sich mit den Zuständen in der Pianofortefabrik von F. S. Kühling. Nachdem Herr Kühling vergangenes Herbst die neunständige Arbeitszeit bewilligen mußte, scheint ihm der Holzarbeiterverband ein Dorn im Auge zu sein. Er versuchte zunächst, verschiedene Kollegen durch Anbieten eines Meisterpostens zum Austritt aus dem Verband zu veranlassen; da ihm dies nicht gelang, wurde am 17. Februar unserm dortigen Vertrauensmann gekündigt, trotzdem derselbe schon mehr als zwei Jahre dort tätig war. Am 24. Februar wurde wieder drei Kollegen gekündigt. Herr Schindler, Geschäftsführer genannter Firma, bedrohte die Kollegen bei jeder Gelegenheit mit Kündigung. Deshalb beschloß die Mitgliederversammlung, die Sperre über diese Firma zu erheben. Wir rufen nun die ausserwärtigen Kollegen, die zu unvorsichtiger Arbeitern aller Branchen zugehört, einzuschalten. Die Kollegen von Bonn und Umgebung aber ersuchen wir, fleißig für den Ausbau unserer Organisation tätig zu sein. Denn auch hier muß es endlich vorwärts gehen. Ist es uns doch im letzten Jahre gelungen, in drei Betrieben mit 200 Arbeitern den Neunstundentag einzuführen. Darum, Kollegen, auf zur Agitation, denn wird es uns auch in Wäld gelangen, den Neunstundentag auf der ganzen Erde durchzuführen und die so notwendige Erhöhung unserer Löhne zu erreichen.

Chemnitz. In einer am 3. März stattgefundenen Versammlung der Fabrik- und Modelltischler berichtete Kollege Berner über das Resultat der aufgenommenen Statistik. In Betracht kamen 119 Maschinenfabriken und Gießereien, 86 von diesen Betrieben beschäftigten insgesamt 828 Holzarbeiter. Von diesen sind 788 Tischler (darunter 282 organisiert), 31 Drechler (10), 42 Maschinenarbeiter (8), 12 diverse Holzarbeiter (4). Das sind zusammen 304 organisierte Kollegen oder 37 Prozent der Beschäftigten. Es muß also in dieser Branche noch eine rege Agitation entfaltet werden. Von den in Betracht kommenden Kollegen ist die Mehrzahl, nämlich 699 oder 85 Prozent, verheiratet, in einzelnen sind verheiratet 616 Tischler, 30 Drechler, 39 Maschinenarbeiter und 12 diverse Holzarbeiter. Die Arbeitszeit beträgt in 27 Betrieben 60 Stunden, in 17 Betrieben ist die Arbeitszeit kürzer, am kürzesten ist sie in zwei Betrieben, wo sie nur 55 Stunden beträgt. In 13 Betrieben wird länger als 60 Stunden gearbeitet, die längste Arbeitszeit mit 65 1/2 Stunden wurde in einem Betrieb festgestellt. Die Stundenlöhne schwanken zwischen 28 und 58 Pf. In 6 Betrieben wird ausschließlich im Akkord gearbeitet, in 21 Betrieben im Lohn und in 28 Betrieben sind beide Systeme vertreten. — Das ermittelte Zahlenmaterial beweist, daß die Lage der Chemnitzer Fabrik- und Modelltischler nichts weniger als rosig ist. Die Arbeitszeit ist in den meisten Fällen jetzt schon länger als die der Bau- und Möbeltischler, welche am 1. April eine weitere Verkürzung um eine Stunde erfährt. Auch die Löhne der Modell- und Fabrik-tischler sind im allgemeinen schlechter als die der Kollegen in den Bau- und Möbeltischler. Das ist aber auch erklärlich, sind doch die letztgenannten Kollegen zu 80 bis 90 Prozent organisiert. Es liegt nun an den Chemnitzer Modell- und Fabrik-tischlern,

mit den bestehenden Verhältnissen aufzuräumen. Werft die verdammte Gleichgültigkeit ab und schließt euch dem Holzarbeiterverband an, dann wird es auch möglich sein, bessere Zustände herbeizuführen. Die in Chemnitz hergestellten Maschinen werden zum größten Teil ins Ausland exportiert, deshalb wird sich der am 1. März in Kraft getretene Zolltarif sehr bald fühlbar machen, und wir müssen in nicht zu ferne Zeit mit dem Eintritt der Krisis rechnen. Damit werden die Chemnitzer Schlotbarone versuchen, die ohnehin schon niedrigen Löhne ihrer Arbeiter noch weiter zu reduzieren, und das zu einer Zeit, in welcher die notwendigen Lebensmittel infolge des neuen Zolltarifs enorm im Preise steigen. — Die gleiche Versammlung beschäftigte sich noch eingehend mit der Modelltischlerkonferenz und wurde beschlossen, dieselbe durch zwei Delegierte zu beschicken.

Deißigen. Unsere Zahlstelle, die jetzt bereits 35 Mitglieder zählt, hat in letzter Zeit sehr gute Fortschritte gemacht. Es traten der Zahlstelle immer mehr Mitglieder bei, denn die Kollegen sehen jetzt, welchen Nutzen die Organisation hat. Bis jetzt waren die Löhne auch bei der Braunschweig-Hannoverschen Maschinenfabrik sehr niedrige, so daß eine Besserung derselben eintreten mußte. Es wurden erreicht Lohnzulagen von pro Woche bis 1. Juli 1,20 Mk., vom 1. Juli ab pro Woche 1,80 Mk. Dieses alles wurde auf friedlichem Wege durch unsere Kollegen erreicht. Für Überstunden bis 8 Uhr abends wurden seitens der Kollegen 25 Prozent gefordert, bewilligt wurden ihnen 15 Prozent. Möge die junge Zahlstelle zugunsten der Kollegen weiterblühen und so in allen Zeiten der Lohnkämpfe dastehen, wie sie in letzterer Zeit gestanden hat, denn dadurch können die Kollegen ihre Zustände verbessern. Dann muß noch ein jeder einzelne Kollege sich bestreben zeigen, auch die Versammlungen besser zu besuchen wie bisher, denn dadurch wird eine rege Lebenskraft der Organisation erweckt.

Döbeln. Dieweil die „Eiche“ über Erfolge und Fortschritte der Hirsch-Dückerischen Gewerksvereine nicht berichten kann, macht sie jetzt ebenfalls in Terrorismusgeschichten. Das hat die hiesige Ortsverwaltung des Gewerksvereins veranlaßt, indem sie einen von einem Nichtmitglied ihrer Organisation, B. Stark, unterzeichneten Artikel, der sich gegen unseren Verband richtete, in die „Eiche“ lancierte. Wie unglücklich dieser Angriff auf unseren Verband war, das zeigte die von unserem Hauptvorstand in der „Eiche“ veröffentlichte Berichtigung, auf welche die hiesige Ortsverwaltung der Hirsche gar nichts vorbringen konnte; sie sammelte nur so etwas von „noch nicht ganz klar“. Hoffentlich kommt ihr diese Klarheit recht bald. In dem angezogenen Artikel ist nun auch ein Angriff auf die hiesigen Kollegen enthalten. Diese sollten sich einem österreichischen Kollegen gegenüber geäußert haben: „Alle Böhmen kommen nach Sachsen, weil sie zu Hause nichts zu freffen haben.“ Dieser Satz soll sich nach den Angaben des Tischlers R. Kromer, des Führers der hiesigen Hirsche, auf unseren Kollegen Köber beziehen, der ihn gegenüber dem österreichischen Kollegen Wodicka gebraucht habe. Köber ließ nun an die „Eiche“ eine Erklärung gelangen, daß Wodicka sich im Späße in drastischer Weise über die sächsische Kost ausgesprochen habe, worauf er im Späße diese drastische Antwort mitgegeben habe, was Wodicka, mit dem er gut Freund sei, bestätigte. Es sei deshalb nicht gerechtfertigt, wenn Kromer diese im Späße gebrauchte Äußerung eines Mitglieds des Holzarbeiterverbandes ernsthaft gegen diese Organisation ausbeute. Und es sei dieses Begehren um so mehr verwerflich, als Kromer über den spasshaften Charakter des ganzen Vorganges unterrichtet war und als Mitglied des Gewerksvereins selbst an der Sache beteiligt sei. Trotzdem die „Eiche“ diese Erklärung nicht abbrückte, antwortete sie darauf. Selbstverständlich erwähnte sie aber mit keiner Silbe das Verhalten Kromers und der anderen Gewerksvereiner. Erwähnen wollen wir noch, daß in derselben Nummer der „Eiche“, in welcher der läppische und gemeine Angriff auf unseren Verband erfolgte, unter Döbeln zu lesen war, es sei zu wünschen, „daß die Gewerkschaften sich einander nähern und verstehen lernen sollten“. Wie das möglich sein soll mit Leuten, die gegen uns einen so dummen und kleintlichen Kampf führen, das ist uns bis heute noch nicht klar.

Dresden. (Maschinenarbeiter.) Am 27. Februar hielt die Sektion ihre Versammlung ab. Als Referent behandelte Genosse Redakteur Riem das Thema: „Die Gefahren der neuen Handelsverträge für die Gewerkschaften.“ Unsere Sektionsleitung wurde eigentlich schon in der Januar-Versammlung gewählt und besteht aus den Kollegen Hentschel, Wallrath und Bormann. In der Anfang Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung kam aber Kollege Hentschel in die Ortsverwaltung und machte sich somit in der heutigen Versammlung eine Ersatzwahl notwendig. Vorgeschlagen und gewählt wurde der Kollege Heller, als Obmann der Kollege Wallrath. Die Versammlungen der Sektion sind ja zum Teil immer so ziemlich besucht, aber im Verhältnis zur Zahlstelle doch nicht so, wie wir es wünschen und wie es eigentlich sein sollte. Mit Recht führte darum der Kollege Thielmann aus, daß in gegenwärtiger ernster Zeit jeder sich den Organisationen der Arbeiter anschließen und die Parteipresse unterstützen müsse, um den noch bevorstehenden ernsten Kämpfen gegenüber gewappnet zu sein. Es muß auch bei uns noch besser werden, agitiere und erscheine jeder einzelne pünktlich in den Versammlungen der Zahlstelle und der Sektion, und auch wir werden unsere Lage hier am Orte verbessern, denn nur Einigkeit macht stark.

Frauenthal. Im letzten Jahre stieg unsere Mitgliederzahl von 80 auf 120, wir haben aber in einigen Betrieben auch mit Hilfe des Verbandes Lohnzulagen, bessere Behandlung der Arbeiter und sonstige Betriebsverbesserungen durchgesetzt. Dabei mußten wir allerdings auch Opfer bringen. So kamen bei der Firma Bölscher, Modellfabrik, wo wir schon seit Jahren kämpfen müssen, zwei krasse Maßregelungs-fälle vor. Schlimm sieht es auch in dem Betrieb der Firma Stekot; Schulbankfabrik, aus. Dort ist nach einer Erhebung durchschnittlich 11 1/2 bis 12 Stunden pro Tag gearbeitet worden; fast unglaublich für hiesige Verhältnisse. Dabei besteht noch vierzehntägige Lohnzahlung und achtstägiger Abschlag von — 2 Mk.; dazu läßt man die Kollegen noch bis zu dreiviertel Stunden auf ihren Lohn warten. Aber

eine Kontrolle der Arbeiter über die Verwendung der Straf-
gelder besteht nicht. Mehrere Fabrikversammlungen haben
sich mit diesen Verhältnissen beschäftigt, und es kam zu einer
Uebereinkunft mit der Fabrik, wonach die strittigen Fragen
durch den Arbeiterausschuß geregelt werden sollten. Als
dieser aber mit der Regelung Ernst machen wollte, wollte
die Firma plötzlich davon nichts mehr wissen und sie kündigte
sogar einem Mitglied des Arbeiterausschusses infolge
Arbeitsmangel. Plötzlich wurde auch die Arbeitszeit auf
zehn Stunden reduziert, nach vierzehn Tagen aber wieder
auf elf Stunden erhöht. Die Firma sollte in Anbetracht
ihrer öfteren Gemeindeforderungen auf die öffentliche Meinung
etwas mehr Rücksicht nehmen, sonst könnte es ihr einmal
gehen, daß sie ganz ohne Arbeit dasteht. — So bleibt hier
noch manches zu tun, und wir werden mit solchen Miß-
ständen um so eher und um so gründlicher aufräumen, je
mehr sich unsere Organisation festigt. Kollegen, handelt
danach, damit es bald besser werde.

Halle a. S. Am 3. März fand die regelmäßige Ver-
sammlung der Modell- und Fabrikfischer statt. Nach
dem Bericht über die Statistik von 1905 wurden in 19 Be-
trieben (16 Maschinenfabriken und drei Modellfischereien)
209 Kollegen beschäftigt, wovon 90 im Holzarbeiterverband
und 20 im Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein organisiert
sind. Die Löhne waren außerordentlich verschieden und
schwankten zwischen 27 und 60 Pf. die Stunde. Die Arbeits-
zeit beträgt 60 Stunden. Aus diesem ist also ersichtlich, daß
uns noch ein gut Teil unorganisierter Kollegen gegenüber-
steht, welche meistens in den großen Fabriken beschäftigt
sind, wo die höchsten Löhne gezahlt werden, die nun glauben,
alles erreicht zu haben, so daß sie sich um nichts mehr zu
kümmeren brauchen. Daß aber auch sie von unserer Lohn-
bewegung, welche 1905 teils mit den Metallarbeitern zu-
sammen, teils von den Kollegen auf eigene Hand unter-
nommen worden ist, Vorteile gehabt haben, vergessen sie,
denn unser Durchschnittslohn ist von 40,6 im Jahre 1905
auf 43,9 im Jahre 1906 gestiegen. Sie stellen sich unseren
Organisationsbestrebungen oft in einer ungeschönten Art und
Weise gegenüber. Wir sind also noch lange nicht mit unserer
Agitationsarbeit zu Ende. Zum zweiten Punkt, die Modell-
fischereipraxis, wurden die Kollegen Kischardt und Schmidt
zu Delegierten gewählt und hierauf noch über mehrere Punkte
zur Konkurrenz lebhaft debattiert.

Jüßnath im Erzgebirge. In der Kunstfischerei und Fabrik
für Nähmaschinenmängel von F. A. Unger & Söhne besteht
noch die elendige Arbeitszeit und Stundenlöhne werden
gezahlt bis herab auf 16 Pf. Dazu werden fortgesetzt direkt
oder indirekt Abzüge gemacht und der tägliche Lohn der
Arbeiter wird durch ein Strafsystem noch mehr beschränkt.
Herr Unger kümmert sich auch wenig um die Sonntagsruhe,
wer nicht genug verdient, kann ja Sonntags arbeiten, ist
seine stehende Mediensart. Auch in hygienischer Beziehung
läßt die Einrichtung des Betriebes sehr zu wünschen übrig.
Auf Beschwerden der Kollegen über alle diese Verhältnisse
wird ihnen die Entlassung angedroht. „Und wenn 100 und
mehr Arbeiter gingen, sein Betrieb werde gewiß nicht still-
stehen.“ Ist die stehende Mediensart des Herrn Unger. Der
Betrieb soll im Frühjahr vergrößert werden, und da empfiehlt
es sich, daß die Kollegen, bevor sie bei Herrn Unger Arbeit
nehmen, sich über die Verhältnisse in diesem Betrieb bei der
Dreisverwaltung erkundigen. Den bei Unger beschäftigten
Kollegen möchten wir aber anraten, sich mehr als bisher
am Verbandsleben zu beteiligen. Tun sie das, dann wird
auch viel eher die Möglichkeit geboten sein, den letzten ihrer
Mitkollegen zu organisieren und die Verhältnisse im Betrieb
zu bessern.

Kempten. In den hiesigen Betrieben der Holzindustrie werden
geradezu elende Löhne gezahlt; so erhalten Holzarbeiter 20 bis
27 Pf., Maschinenarbeiter 22 bis 33 Pf. Lohn pro Stunde; mit
33 Pf. kommen außer den Vorarbeitern nur wenige in Be-
tracht. Dabei werden die Arbeiter von den Vorarbeitern
und Unternehmern immer wieder zu regerer Arbeit an-
getrieben; kein Wunder, wenn sich da die Unfälle häufen.
So kam am 8. März bei West erst ein solcher Unfall vor,
im gleichen Betrieb, wo schon vor einigen Jahren ein sol-
cher Fall zu verzeichnen war. In diesem Betrieb sind in sieben
Jahren vier Todesfälle vorgekommen, ungerichtet die
anderen Unfälle. Natürlich sollen an den vielen Unfällen
immer die Arbeiter selbst schuld sein, aber jeder Kenner der
Verhältnisse weiß, daß in erster Linie die Leitung, die schlechte
Einrichtung und die Antreiberei die Schuld daran tragen.
Aber schon der Umstand, daß man organisierte Arbeiter im
Winter hinaussetzt und minderwertige dafür einstellt, ist be-
zeichnend für diesen Betrieb. Die Kollegen haben das gut
genug erkannt, und es schließen sich immer mehr dem Ver-
band an. Und die Unternehmer mögen sich gesagt sein lassen,
daß sie die Sägerselktion mit noch so vielen Maßregelungen
nicht mehr aus dem Felde schlagen. Die Kollegen sind er-
wacht, und sie werden nicht eher ruhen, bis daß die Or-
ganisation von den Unternehmern anerkannt ist, was um so
schneller geschehen wird, je mehr Kollegen sich ihr anschließen,
und die tüchtigeren haben den Anschluß ja bereits voll-
zogen; wir werden nicht eher ruhen, bis wir eine bessere Be-
handlung, menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse, vor allem
höhere Löhne und eine kürzere Arbeitszeit uns errungen
haben. Mit einer Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde
pro Woche, wie sie in letzter Zeit in zwei Betrieben frei-
willig zugestanden worden ist, sind wir natürlich nicht be-
friedigt. Kollegen, organisiert euch alle im Deutschen Holz-
arbeiterverband, und es soll auch hier bald besser werden.

Schweidnitz. Typisch für die Agitationsmethode der Hirsch-
Dunderschen Gewerkschaft ist ein Versammlungsbericht aus
Schweidnitz, der in Nr. 9 der „Eiche“ abgedruckt ist. In
einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung für alle in der
Holzbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, in
welcher Schuhmacher-Berlin einen Vortrag hielt, nahm
auch ein Herr Rothner junior, Vertreter der Firma
Rothner & Cie., das Wort, um das Lob der Gewerkschaft
zu singen. Der Holzarbeiterverband ist dem Herrn durchaus
nicht sympathisch, was wir sehr erklärlich finden und durch-
aus nicht übel nehmen; wir finden es sogar ganz in der
Ordnung, daß die Rede des Fabrikanten in ein Hoch auf
den Gewerkschaftsausschuß, warum soll auch ein Fabrikant
den Gewerkschaft nicht preisen, der so eifrig darauf bedacht
ist, seine Mitglieder einzuschläfern und sie zu braven Aus-
beutungsbekanntem heranzubilden? Zu seinem Bedauern hat
aber Herr Rothner auch schon die Erfahrung machen müssen,

daß es bei den Mitgliedern des Gewerkschafts anfängt, in
ihrem Schaffall ungemütlich zu werden, und daß sie in
steigender Zahl zum Holzarbeiterverband übertraten, weil sie
das Bedürfnis haben, ihre Arbeiterinteressen in wirksamer
Weise zu wahren. Diese Kollegen verglich Herr Rothner
mit einem Mann, der vom Barbier eingeseift und dann sitzen
gelassen wurde. Herr Schuhmacher war von diesem Rothner-
schen Geistesblitz dermaßen entzückt, daß er das schöne Bild
auch in seinem Schlusswort verwendete und ausdrücklich den
zum Holzarbeiterverband übergetretenen früheren Vorsitzenden
des Gewerkschafts, den Kollegen Meyfel, als einen solchen
Eingeseiften bezeichnete. Kollege Meyfel hat bei einer früheren
Gelegenheit die gewerkschaftliche Methode, Lohnkämpfe zu
führen, an der Hand des Beuthener Falles einer Kritik unter-
zogen, welche für die Leitung des Gewerkschafts nichts
weniger als schmeichelhaft war. Herr Schuhmacher legte sich
in bezug auf diesen Vorgang aufs Leugnen und die, ein-
schließlich des erwähnten Fabrikanten und einiger Werkführer,
von etwa 40 Personen besuchte Versammlung glaubte ihm,
womit natürlich keineswegs bewiesen ist, daß die Schuh-
machersche Darstellung des Falles richtig ist. Ob schließlich
durch solche Veranstaltungen die wankende Säule des Gewerk-
schafts erhalten werden kann, mag dahingestellt bleiben. Die
Zahl der zur Erkenntnis ihrer Klassenlage erwachten Gewerk-
vereiner vermehrt sich von Tag zu Tag, und sie verlassen
in Scharen jene vermoderte Organisation, die nur eine
Schutztruppe der Unternehmer ist, um sich dem Deutschen
Holzarbeiterverband anzuschließen.

Wittstock. Am 3. März fand hier eine öffentliche Holz-
arbeiterversammlung statt, in der Kollege Schmalbach-
Berlin über „Die Verbesserung der Lohn- und Arbeits-
bedingungen“ sprach. Die Versammlung war zumeist von
Pantinenmachern besucht, die anderen Kollegen waren fern-
geblieben, insbesondere waren von den 100 Kollegen, die in
der Würtzenhölzerfabrik von Grimm beschäftigt sind, nur fünf
erschienen. Dabei haben gerade diese Kollegen sehr unter
dem wirtschaftlichen Druck ihres Unternehmers zu leiden.
Bedauerlich ist es, daß einzelne Kollegen dem Fabrikanten
dabei Handlangerdienste leisten. Wir organisierten Kollegen
Wittstocks werden alles daran setzen müssen, unserer Organi-
sation Bedeutung zu verschaffen; wir werden nicht eher
ruhen und rasten, bis daß der letzte Kollege in Wittstock dem
Verband beigetreten ist. Mögen wir darin bald die Unter-
stützung aller Kollegen Wittstocks finden, damit auch hier an
eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gedacht
werden kann. Unsere Mitgliederversammlungen finden immer
am letzten Sonntag im Monat nachmittags 3 1/2 Uhr statt.
Mögen recht viele Kollegen in diesen Versammlungen er-
scheinen. Dort erhalten sie Auskunft über unsere Bestrebungen,
dort sind sie unter Kollegen und haben Gelegenheit, sich dem
Verband anzuschließen. Also, Kollegen, frohen Mut! und
folgt unserem Rufe!

Sterbetafel.

- Karl Müller, Stellmacher, geb. 23. Juli 1888 zu Wall-
rabenstein, gest. 4. Februar 1906 ebenda.
- Oskar Ziegenhorn, Knopfmacher, geb. 6. Juli 1888 zu
Kottleben, gest. 11. Februar 1906 ebenda.
- Johann Deinger, Pinselmacher, geb. 3. Juni 1884 zu
Münster, gest. 16. Februar 1906 ebenda.
- Hugo Bergter, Tischler, geb. 25. März 1878 zu Großwisch-
tauben, gest. 30. Januar 1906 zu Eisenberg.
- Heinrich Kempel, Korbmacher, geb. 26. September 1863
zu Altona, gest. zu Hamburg.
- Friedrich Thiede, Tischler, geb. 23. Juni 1864 zu Garfen,
gest. 13. Februar 1906 zu Essen.
- Georg Frank, Drechsler, geb. 9. Juni 1865 zu Mün-
ster, gest. 9. Februar 1906 ebenda.
- Alfred Becker, Tischler, geb. 16. April 1881 zu Schweitzer-
hain, gest. 9. Februar 1906 zu Jena.
- Fritz Kolberg, Drechsler, geb. 30. Oktober 1872 zu Lade-
burg, gest. 5. Februar 1906 zu Bernau.
- Stanislaus Ochocki, Tischler, geb. 16. November 1877
zu Wajen, gest. 11. Februar 1906 ebenda.
- Wihelma Hausmann, Tischler, geb. 7. November 1861 zu
Herford, gest. 16. Februar 1906 ebenda.
- Johann Geiger, Schreiner, geb. 29. Januar 1870 zu Stein-
feld, gest. 19. Februar 1906 zu München.
- Fritz Arnold, geb. 23. Mai 1886 zu Gotha, gest. 21. Fe-
bruar 1906 ebenda.
- Ch. Evers, Korbmacher, geb. 1835, gest. 22. Februar 1906
zu Geesfacht.
- Michael Wagner, Schreiner, geb. 23. Oktober 1843 zu
Göppingen, gest. 12. Februar 1906 zu Stuttgart.
- Oskar Gut, Schreiner, geb. 22. August 1885 zu Stutt-
gart, gest. 16. Februar 1906 ebenda.
- Richard Hüffer, Tischler, geb. 4. August 1874, gest.
15. Februar 1906 in Diegnitz.
- Martin Barth, Tischler, geb. 7. August 1867 zu Gottesfeld,
gest. 26. Januar 1906 zu Schwabmberg.
- Hermann Walter, geb. 22. August 1865 zu Zeitz; gest.
5. März 1906 zu Düsseldorf.
- Felix Janowski, geb. 26. Oktober 1876 zu Posen,
gest. 2. März 1906 ebenda.
- Richard Taubig, Polierer, geb. 8. Februar 1866 zu
Dresden, gest. 25. Februar 1906 ebenda.
- Walter Herzog, Tischler, geb. 2. März 1884 zu Dresden,
gest. 2. März 1906 in Jicin in Böhmen.
- August Selge, Tischler, geb. 4. Februar 1852 zu Ditters-
bach, gest. 3. März 1906 zu Breslau.
- Adolf Reiter, Stellmacher, geb. 26. September 1876 zu
Gr.-Moochbern, gest. 1. März 1906 zu Breslau.
- Wilhelm Gehr, Schreiner, geb. 13. September 1860 zu
Ohlingen, gest. 6. März 1906 zu Stuttgart.
- Friedrich Erhardt, geb. 6. Februar 1850 zu Rodewig,
gest. 5. Februar 1906 zu Cöln.
- Gustav Ringenberg, geb. 20. August 1853 zu M.-Glad-
bach, gest. 10. Februar 1906 zu Cöln.
- Franz Röttchen, geb. 12. Januar 1854 zu Cöln, gest.
27. Februar 1906 ebenda.
- Jakob Groß, geb. 8. April 1875 zu Cöln, gest. 2. März 1906
ebenda.
- Valentin Feit, geb. 12. April 1862 zu Rimbach, gest.
3. März 1906 zu Cöln.

Ghre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Altensteig (Ph. Maier sen.), Baugen
(Ebber & Gell), Vernburg, Briegi, Schlef., Fischbach
i. Taunus (Schmidt), Fürstenwalde a. Spree, Ludwig-
hafen am Rhein (Gef & Cie.), Mühlhausen in
Thüringen, Oels, Prieß (D. F. Schulze), Rem-
scheid, Rostock (Neptunwerk), Weißwasser (Ortel
& Co.); Lausanne in der Schweiz;
 - Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern
nach Konstanz, Lübeck, Nürnberg, Schwabach;
 - Tischlern, Drechslern, Stellmachern, Maschinen- und
Hilfsarbeitern nach Berlin (F. Drechsler, Gubener-
straße 33), Bielefeld (Gurnann & Co.);
 - Tischlern, Stuhlbanern, Gestellbauern, Drechslern,
Polierern und Maschinenarbeitern nach Celle,
Schandau, Schwallungen;
 - Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern,
Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfs-
arbeitern nach Geringswalde, Hartha, Leisnig,
Neuwallwitz, Schweikershain, Waldheim;
 - Holzarbeitern nach Kaiserslautern (Weiß & Hildebrand),
Stettin (Holzwarenfabrik Koppen);
 - Klavierarbeitern nach Bonn, Mannheim (Scharf & Haut);
Drechslern nach Bonn, Bernau (Mickert);
 - Gummidrechslern nach Cassel (Grens & Pistor), Leipzig;
 - Verlaminierarbeitern, Horn- und Hilfsarbeitern nach
Berlin (Abramowski & Steiner);
 - Zelluloid- und Stöckarbeitern, Kammachern nach Leipzig
(Mendelsohn);
 - Korbmachern nach Brandenburg a. H., Kößchen-
broda, Magdeburg (Heinecke), Themar (Otto Näder),
Schweiz;
 - Wurstmachern und Drechslern nach Hamburg, Neu-
wied (Wurstenfabrik Univerjum), Anna i. W., Wil-
hermsdorf (Wichelsohn & Keiner), Schweiz;
 - Sägern und Sägewerksarbeitern nach Allach bei München
(Ch. Kirsch & Söhne);
 - Korkarbeitern nach Schwerin i. M. (Sammerz).

In Bonn sollte in der Drechslerwarenfabrik von Witt-
Streck die Arbeitszeit von 9 1/2 auf 10 Stunden verlängert
werden; da die Kollegen dies einmütig ablehnten, wurde am
10. März sämtlichen Kollegen gekündigt. Wir bitten deshalb,
den Zuzug von Drechslern streng fernzuhalten. Auch ist
der Zuzug von Klavierarbeitern aller Branchen nach der
Firma F. G. Kühling fernzuhalten.

In Celle sind am 10. März die Kollegen in den Stuhl-
fabriken von Mundhenke und Krummweide in den
Ausstand getreten. Betelligt sind an der Bewegung die
Stuhlbauer, Tischler, Polierer, Drechsler, Bild-
hauer und Hilfsarbeiter, insgesamt 132 Kollegen. Zuzug
ist fernzuhalten.

In Kissingen ist die Lohnbewegung der Schreiner durch
das Entgegenkommen der Meister auf friedlichem Wege er-
ledigt worden. Bewilligt wurde die täglich 9 1/2 stündige Ar-
beitszeit bei gleichem Lohne und eine fünf- bis achtprozentige
Lohnerhöhung. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt möglichen-
falls drei Stunden. Die Kollegen werden daraus die Lehre
ziehen, daß nur mittels einer starken Organisation etwas zu
erlangen ist. Wollen die Kollegen, daß das Errungene er-
halten bleibt, so darf nicht früher gerührt und gestreift werden,
bis der letzte Schreiner und Holzarbeiter in Kissingen zu uns
gehört.

In Kößchenbroda sind die Grünkorbmacher am
10. März in eine Bewegung eingetreten um Erringung der
gehobenen Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne um 10 bis
15 Prozent. Die auswärtigen Kollegen bitten wir, dies zu
beachten.

In Leipzig gelang es den Parkettlegerkollegen,
nach mehrmaligen Unterhandlungen mit den Unternehmern
einen Vertrag abzuschließen, der ihnen die tägliche 8 1/2-
stündige Arbeitszeit, einen
Minderlohn von 70 P., der bei außerordentlichen
Arbeitslasten gewährt wird, aber um den Zuschlag von
3 1/2 resp. 50 Prozent, Freitags Lohnzahlung und Abschlags-
zahlung nach Maßgabe des Stundenlohns, Anrechnung des
Zentralarbeitsnachweises, Festsetzung eines Affordtarifs mit
Grundpreisen entsprechend dem in München beschlossenen
Minimaltarif und ab 1. Juni 1907 eintretenden Lohnzuschlag
in Höhe von 5 Pf. pro Quadratmeter zugeführt. Die
Kollegen haben dem Vertrag zugestimmt, der ab 1. Juni 1906
in Kraft tritt. Der Vertrag bedeutet einen beachtenswerten
Fortschritt bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der
Leipziger Parkettleger.

Die Zelluloidarbeiter der Firma Engelmann & Richter
erreichten ebenfalls durch Verhandlungen ganz annehmbare
Erfolge, unter anderem ab 1. März 1906 die 9 stündige Ar-
beitszeit, entsprechende Lohnzulagen für die Lohnarbeiter und
die Stundenlöhne der Affordarbeiter, Festlegung der Afford-
tarife auf zwei Jahre und Anrechnung der geforderten
Staffellöhne für die Dieger. Der abgeschlossene Vertrag,
der von der Zahlstellenleitung mit unterzeichnet ist, hat zwei
Jahre, bis 1. März 1908, Gültigkeit. In diesem Betrieb
sind 60 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, welche fast
sämtlich unserer Organisation angehören; außerdem ist dieser
Betrieb für die Branche am Orte der maßgebende, so daß
dieser erfreuliche Erfolg für die Arbeiter der übrigen Be-
triebe ein Ansporn sein möge, durch eine gute Organisation
sich gleiches zu erringen.

Bei Manborg, Harmoniumfabrik, Leipzig-Bindenau,
gab es in den letzten Monaten Differenzen; fortgesetzt wurden
organisierte Arbeiter entlassen und an ihrer Stelle unorgani-
sierte eingestellt. Als am 24. Februar wiederum eine Maß-
regelung erfolgte, legten 55 Kollegen die Arbeit nieder. Durch
sofort eingeleitete Unterhandlungen gelang es, nach 1 1/2-tägigem
Streik eine Einigung zu erzielen. Die 4 im Betriebe be-
schäftigten Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner blieben stehen
und leisteten Arbeitswilligendienste. Für die Leipziger Holz-
arbeiter wirken diese Leute immer mehr als abschreckendes
Beispiel einer Arbeiterorganisation.

In Nürnberg sind am Montag den 12. März 500 Schreiner
aus 30 Werkstätten wegen Nichtbewilligung der eingereichten
Forderungen in den Streik getreten.

In Offenbach a. M. werden in der Zelluloid-
fabrik von Kohl & Wengenroth fortgesetzt ältere Kollegen

Deutscher Holzarbeiterverband, heißt es in der Notiz, habe dem Inhaber fortgesetzte Schwierigkeiten bereitet, bald hatte man dies, bald jenes auszusuchen. „Die Firma hat sodann zu Neujahr sämtliche Arbeiter ordnungsmäßig entlassen; den Genossen wurde so vom 8. Januar ab gezeigt, daß sie mit den katholischen Arbeitern zu rechnen haben.“ Das ist insoweit richtig, als man künftig bei der Abwägung der Chancen einer Lohnbewegung nicht nur nach der Zahl der Anorganisierten, sondern auch nach der Zahl der katholischen Organisierten fragen wird, und daß man mit diesen von vornherein als mit Streikbrechern zu rechnen muß. Praktisch wird aber dieses Rechnen mit den katholischen Arbeitswilligen nur äußerst selten in Erscheinung treten, denn der Abscheu, den jeder ehrliche Arbeiter den bekannten „nützlichen Elementen“ gegenüber instinktiv empfindet, verhindert es, daß eine Organisation von Streikbrechern es jemals zu einer nennenswerten Bedeutung bringen kann. — Betonen wollen wir bei dieser Gelegenheit, daß nicht, wie es in dem Jahresbericht der Zahlstelle Berlin auf Seite 88 heißt, der katholische Gesellenverein, sondern der katholische Arbeiterverein es war, welcher die Streikbrechervermittlung bei Drechsler besorgte.

Zur Lage der Bürstenmacher. Kollege Nieger aus Dresden schreibt uns: Nur wenigen Kollegen ist bekannt, unter welcher unwürdigen Arbeitsverhältnissen oft genug die Bürstenmacher arbeiten müssen. Ich will von den vielen Fabrikanten, die besonders schlechte Löhne zahlen, nur einen herausgreifen, um dies zu veranschaulichen, die Weltfirma Gebr. Streubel in Freiberg in Sachsen. Dort wird für Bechen 1,20 Mk., mit Auspußen und Beschneiden 1,40 Mk. pro 1000 Loch, für Einziehen 60 Pf. pro 1000 Bündel, an Stundenlohn für erwachsene männliche Arbeiter 20 bis 27 Pf., weibliche 10 bis 18 Pf. bezahlt. Die Einrichtung des Betriebs läßt besonders in hygienischer Hinsicht alles zu wünschen übrig. Das Schlimmste ist aber die Kinderausbeutung. Die Firma beschäftigt nämlich von den in der nahegelegenen Kinderstrafanstalt untergebrachten Knaben im Sommer durchschnittlich 31, im Winter 10 oder 11 mit Einziehen von Bürsten. Die Firma zahlt an die Strafanstalt pro 1000 Bündeln einzuziehen nur 30 Pf., dabei liefert sie neben dem Material nur das Werkzeug, Arbeitsraum, Beleuchtung und Heizung wie auch einen Werkführer stellt die Strafanstalt. Ein Knabe zieht, veranlaßt durch die nötige Untereibeiz, pro Tag 2000 bis 2500 Bündel ein — ein erwachsener freier Arbeiter 3000 bis 3500. Berücksichtigen wir, daß letztere pro 1000 Bündel 60 bis 70 Pf. erhalten (nebenbei bemerkt ein Lohn zum Verhungern), die Kinder in der Strafanstalt sogar nur die Hälfte dieses Lohnes, so muß man sich unwillkürlich fragen, wie es möglich ist, daß eine solche Firma, die Hungerlöhne zahlt und die Ausbeutung der Kinder mit Staatshilfe betreibt, Warenlieferant für die Großverkaufsgesellschaft und für Konsumvereine sein kann. Dagegen müssen die Bürstenmacher wie auch die anderen Arbeiter entschieden Stellung nehmen. Dazu sind die Genossenschaften nicht gegründet worden, um derartige Ausbeutungspraktiken zu unterstützen. Sie sollen wohl gute Waren und zu einem möglichst billigen Preise liefern, aber nicht solche Waren, die nur infolge eines unerhörten Druckes auf die Arbeitslöhne oder durch Gefängnisarbeit verbilligt worden sind, anders wirken die Genossenschaften arbeiterschädigend und sind deshalb entschieden zu bekämpfen. Also, Kollegen allerorts, nehmt Stellung zu der Sache und veranlaßt den Verbandstag, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen, eingehender, als es auf der Bürstenmacherkonferenz in Nürnberg möglich war. Denn wir sind Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, um unsere Lage zu verbessern, dann müssen wir auch gegen alles, was dem hinderlich im Wege steht, Stellung nehmen.

Von der Offenbacher Zelluloseindustrie. In Offenbach gibt es drei Zellulosewarenfabriken, die eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigen. Die männlichen Arbeiter sind dank einer intensiven Agitation mit wenigen Ausnahmen organisiert, sie gehören teils dem Holzarbeiterverband, teils dem Fabrikarbeiterverband an. Die Agitation unter den Arbeiterinnen ist schwieriger, da diese aus schwer zu bewegen sind, in die Branchensammlungen zu kommen. Man ist jetzt dazu übergegangen, für die weiblichen Arbeiter besondere Versammlungen zu arrangieren, und hat damit auch einige Erfolge erzielt.

Die Arbeitszeit beträgt noch 60 Stunden, der Lohn schwankt zwischen 26 und 40 Pf.; dieser Höchstlohn wird aber nur in vereinzelten Fällen gezahlt. Der Akkordverdienst ist etwas höher, doch wird der Preis für die Arbeit sofort reduziert, wenn ein Arbeiter einen nennenswerten Überschuss über seinen Tagelohn erzielt. Der Stundenlohn der Arbeiterinnen beträgt 12 bis 17 Pf. Die verschiedenartige Bezahlung der männlichen und weiblichen Arbeitskraft wird in rückwärtschwerer Weise zur Lohnrückerei benutzt. Wird zum Beispiel ein neuer Artikel angefertigt und der dem Arbeiter gezahlte Lohn erscheint zu hoch, dann wird diese Arbeit den Mädchen übertragen, die sie um 50 Prozent billiger herstellen müssen. Diese Methode wird besonders in der Malerei angewendet.

Ein besonderer Mißstand ist es, daß noch Arbeit nach Hause gegeben wird, selbst zu Zeiten, wenn im Geschäft wenig zu tun ist. Ist die Heimarbeit schon an sich schädlich, so ist sie bei dem in Betracht kommenden Material geradezu gefährlich. In den Fabriken darf der leichten Entzündlichkeit des Zelluloids wegen nicht bei offenen Petroleumlampen gearbeitet werden; in den Wohnungen der Arbeiter ist das aber die einzig mögliche künstliche Beleuchtung, die in Betracht kommenden Arbeiter, die sich zur Heimarbeit drängen, gefährden damit nicht nur sich, sondern auch ihre Nachbarn. Merkwürdigerweise sind es gerade die besser gestellten sogenannten Vorarbeiter, die ihren Verdienst in dieser gemeingefährlichen Weise aufzubessern bestrebt sind. Nachdem die Öffentlichkeit auf diesen Zustand hingewiesen und die Aufmerksamkeit der Gewerbeinspektion erregt wurde, hat sich erfreulicherweise eine Besserung bemerklich gemacht.

Insbesondere gibt es außer diesem Mißstand noch so viele Mängel, denen abgeholfen werden muß, daß der Organisation ein reiches Tätigkeitsgebiet offen steht. Erwünscht wäre, wenn der Andrang von Arbeitskräften eingedämmt würde, damit die Kollegen bei günstiger Gelegenheit an eine Verbesserung ihrer Lage denken können.

Die Freie Vereinigung der Berliner Pianofortefabrikanten hielt am 22. Februar ihre ordentliche General-

versammlung. Dem gebrängten Bericht, der darüber in der „Deutschen Instrumentenbau-Zeitung“ veröffentlicht wird, entnehmen wir, daß die Klavierarbeiterkonferenz in Leipzig einige Aufregung unter den Pianofortefabrikanten verursacht hat. Die Herren haben sich von Leuten mit langen Ohren berichten lassen, daß in Leipzig offen die Absicht ausgesprochen worden sei, „unzufriedene Elemente in die Betriebe hineinzubringen, um mit Hilfe dieser zu gegebener Zeit den schon früher gestellten Forderungen Geltung zu verschaffen. Pflicht eines jeden ist es daher,“ heißt es in dem Bericht weiter, „darüber zu wachen, daß unzufriedene Elemente, die den Frieden stören wollen, den Betrieben ferngehalten werden.“

Die Pianofortefabrikanten mögen sich beruhigen, der Holzarbeiterverband hat wirklich nicht die Absicht, unzufriedene Elemente in ihre Betriebe zu bringen. Das ist auch gar nicht nötig, denn die Herren sorgen durch ihr Scharfmachertum schon selbst dafür, daß die Zahl der „unzufriedenen Elemente“ sich von Tage zu Tag vermehrt, und daß diese „Elemente“ immer unzufriedener werden. Wenn die Fabrikanten den Frieden in ihren Betrieben nicht gestört haben wollen, dann mögen sie eine friedliche Verständigung mit ihren Arbeitern suchen. Falls sie aber fortfahren, durch ihr Verhalten die Unzufriedenheit der Pianofortearbeiter zu schüren, dann müssen sie sich die daraus entstehenden Folgen selbst zuschreiben.

Der Beschäftigungsgrad im Holzgewerbe hat sich, wie die Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ mitteilt, in letzter Zeit ziemlich ungünstig gestaltet. Das Jahr 1905 schloß mit einer Arbeitslosenquote, die höher war als in irgend einem Quartal seit Mitte 1904. Obwohl die Einfuhr ausländischen Rohmaterials von 27 Millionen Doppelzentnern im Jahre 1904 auf 29 Millionen im Jahre 1905 angewachsen ist, ist die Ausfuhr von Gegenständen der Holzindustrie ziemlich erheblich zurückgegangen, nämlich von 2481624 Doppelzentnern auf 2286543. Am stärksten ist der Rückgang bei den Böttchereisen. Die Ausfuhr feiner Holzwaren ging zurück von 181857 Doppelzentnern auf 128870; feine Korbflechterwaren von 17172 auf 15795, und Waren aus tierischen und Pflanzenstoffen (Bürstenwaren) von 44059 auf 42595. Dagegen hat sich die Ausfuhrziffer gehoben bei groben Korbwaren von 11896 auf 16675 Doppelzentner und bei Möbeln und Möbelteilen aus hartem Holz und furnierten Möbeln von 28293 auf 31795.

Von den Ländern, welche für die Ausfuhr deutscher Möbel in Betracht kommen, ist besonders die Schweiz zu nennen. Obwohl sich die schweizerische Möbelindustrie in günstiger Entwicklung befindet, hat sich die Einfuhr deutscher Möbel erheblich vergrößert. Die Ausfuhr von feinen Holzwaren nach Großbritannien ist dagegen beträchtlich zurückgegangen.

Die Aussichten für das laufende Jahr werden, trotzdem der gegenwärtige Beschäftigungsgrad eine gewisse Mutlosigkeit zeigt, als günstig bezeichnet. Man erwartet eine Zunahme des Bedarfs namentlich seitens der Schiffswerften und ebenso dürfte auch die Bautätigkeit wieder viel Arbeit bringen.

Den Waggonfabriken ist nach der „Kölnner Volkszeitung“ nunmehr der volle Bedarf der Staatsbahnen an Personen- und Güterwagen zur Ausführung bis April 1907 überwiesen worden, und sie können in den Betrieben und mit den Anschaffungen zeitig sich darauf einrichten. Den Eisenbedarf aber werden sie für diesen Zeitraum kaum jetzt schon decken können. Die Werke sind also für ein ganzes Jahr mit lohnenden Aufträgen versorgt und bis zur vollen Leistungsfähigkeit angepannt.

Aus der Schweiz. Das neue Jahr brachte bereits zahlreiche Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, von denen manche schon mit dem ganzen oder teilweisen Erfolge der Arbeiter beendet wurden. Auch unsere Kollegen sind und waren daran mehrfach beteiligt. So haben die Parfettleger in Zürich ihren Tarifvertrag mit den Unternehmern gekündigt, und sie stehen daher gegenwärtig in einer Lohnbewegung. In Lausanne haben die Bau- und Möbelarbeiter die Arbeit eingestellt, sie verlangen für den Samstag, an dem nur 9 Stunden gearbeitet wird, den Lohn für 10 Stunden. In Nots an Valenfer (Kanton St. Gallen) ist auf friedlichem Wege der Abschluß eines Tarifvertrages errungen worden. Das Abkommen sieht die 9 1/2 stündige Arbeitszeit ohne Reduktion der bisherigen Löhne vor. In Weinfelden (Kanton Thurgau) fand die Lohnbewegung unserer Kollegen mit der Schaffung eines Tarifvertrages ihren Abschluß, welcher den Zehnstundentag und einen Minimalstundenlohn von 46 Rappen festsetzt. Der Ende Dezember zwischen unseren Kollegen und den Schreinermeistern in Luzern abgeschlossene Tarifvertrag enthält die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 48 Centimes für Schreiner und Glaser und 50 Centimes für Maschinisten.

Der Schweizerische Holzarbeiterverband hat mit dem 1. Januar 1906 seinen Wochenbeitrag auf 40 Rappen (32 Pf.) erhöht, ferner die Statuten in den drei Landessprachen (deutsch, französisch und italienisch) herausgegeben. Dem am 12., 13. und 14. April in Basel stattfindenden Verbandstag beantragt die Zentralkommission die Lösung des jetzigen Verhältnisses zur „Arbeiterstimme“, dem Organ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, deren vierte Seite den Titel „Der Holzarbeiter“ trägt und unserem Verband als offizielles Organ dient. Es wird die Herausgabe eines eigenen und selbständigen Verbandsorgans beantragt. Zur Vereinheitlichung der Verwaltung soll die Leitung der Zentralkassentasse ebenfalls dem Verbandsvorstand übertragen werden. Für die Redaktion des eventuell herauszugebenden neuen Verbandsorgans und zur Durchführung anderer notwendiger Verbandsarbeiten soll ein zweiter Redakteur angestellt werden.

Der Schreinerverband der romanischen Schweiz hielt kürzlich in Freiburg (Schweiz) einen außerordentlichen Verbandstag ab, der sich unter anderem neuerdings mit der Frage der Verschmelzung mit dem Schweizerischen Holzarbeiterverband beschäftigte. Eine bezügliche, im verfloßenen Jahre bei sehr flauer Beteiligung der Mitglieder vorgenommenen Urabstimmung ergab die Ablehnung der Vereinigung. Nun wurde diese ganze Urabstimmung als ungültig erklärt. Gatten daran doch nur 7 von 12 Sektionen teilgenommen, und es soll für die Verschmelzung eine intensive Agitation betrieben werden, um im Laufe dieses Jahres noch an das Ziel zu kommen. Der föderalistische oder lokalistische Geist hat die Genfer Bau- und Schreiner-gewerkschaft zum

Austritt aus dem Verband veranlaßt, weil ihr die Verschmelzung zu zentralistisch ist. Schließlich wurde der Sitz der Verbandsleitung von Freiburg nach Lausanne verlegt. Hoffen wir, daß die Verschmelzung der beiden Verbände bald zur Tatsache werde und so unsere Kollegen zu einer starken organisatorischen Macht für die ganze Schweiz gelangen.

Gewerkschaftliches.

Konferenz der Gewerkschaftsvorstände.

In den Tagen vom 19. bis 23. Februar fand im Gewerkschaftshaus in Berlin die diesjährige Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände statt, zu der in Rücksicht auf die Wichtigkeit der zu beratenden Gegenstände auch die Gewerkschaftsredakteure mit hinzugezogen waren.

In erster Linie hatte sich die Konferenz mit der ihr vom Gewerkschaftskongress übertragenen Regelung der Frage der Grenzfreizügigkeiten zu beschäftigen. Nach anderthalbtägiger Debatte, deren Kosten hauptsächlich von den Verbänden der Brauer, Handels- und Transportarbeiter und Fabrikarbeiter bestritten wurden, gelangte eine von der Generalkommission vorgelegte Resolution, welche in großen Zügen die Stellung der Gewerkschaftsleiter in der Grenzfrage widerspiegelt, mit einigen unwesentlichen Abänderungen zur Annahme. Die beschränkte Raum unserer Zeitung nötigt uns leider, von einem Abdruck dieser recht langen Resolution jetzt abzusehen. Weiter wurde eine Resolution betreffend die Schaffung möglichst einheitlicher Übertrittsbedingungen angenommen.

Der Gemeindefabrikantenverband hatte die ihm von der letzten Vorstandskonferenz ihm gestellten Organisationsgrenzen nicht eingehalten, weshalb seitens der durch ihn geschädigten oder bedrohten Organisationen eine scharfe Mißbilligung gegen denselben und die Androhung des Ausschlusses aus den Reihen der freien Gewerkschaften beantragt worden war. Da seitens des Gemeindefabrikantenverbandes für die Zukunft eine strenge Beachtung der Beschlüsse zugesichert wurde, wurde das Mißbilligungsvotum wie auch die Androhung gegen den genannten Verband seitens der Antragsteller zurückgezogen und der Beschluß der letztjährigen Konferenz nach einer kleinen Abänderung erneuert.

Die Konferenz sprach sich entschieden gegen die Gründung von Sonderorganisationen der Ungestellten in Genossenschaftsbetrieben aus.

Ferner beschäftigte sie sich eingehend mit der Agitation in Oberschlesien.

Die der Vorstandskonferenz vom Kölner Gewerkschaftskongress übergebenen Anträge 12 und 14, betreffend die Stellung eines Gewerkschaftssekretärs für Rheinland-Westfalen und eines Arbeitersekretärs für M.-Gladbach-Dheyndt, wurden abgelehnt. Sichtlichlich die Einrichtung von Unterrichtskursen unterbreitete die Generalkommission der Konferenz ein Programm zur Begutachtung. Wir werden auch auf diese Frage später noch zurückkommen und wollen heute nur bemerken, daß bereits für September und November dieses Jahres je ein Kursus stattfinden soll.

Die Erfahrungen aus den jüngsten großen Streiks und Aussperrungen wurden in mehrstündiger Debatte erörtert; doch konnte dieser Meinungsaustausch ein abschließendes Ergebnis nicht zeitigen, da auch die Gesamtorgane der einzelnen Gewerkschaften über die aufgeworfenen Fragen beraten mußten.

Zu längeren Auseinandersetzungen führte der letzte Tagesordnungspunkt: „Partei und Gewerkschaften“, in dem Verlauf lebhaft Beschwerden über eine Reihe systematischer Angriffe verschiedener Parteiorgane und gewisser Parteiführer auf die Gewerkschaften, insbesondere auf deren Führer und Presse erhoben wurden. Schon während und nach dem großen Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier, besonders nachdem dem Kölner Gewerkschaftskongress, wurde in diesen Angriffen und in der Herabsetzung der Gewerkschaften seitens einzelner Parteiorgane ein Erleuchtliches geleistet. Bei aller Übereinstimmung der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in den grundsätzlichen Auffassungen und in den letzten Zielen des proletarischen Klassenkampfes, bei aller Notwendigkeit und allem guten Willen, einzig zu sein und schwebende Differenzen durch Verständigung auszugleichen, könnte man diese Angriffe doch nicht ruhig über sich ergehen lassen, wenn nicht das Ansehen der ganzen Gewerkschaftsorganisation bei Freund und Feind darunter leiden soll. Besonders sei es die Pflicht der Gewerkschaftspressen solche Angriffe rasch und entschieden zurückzuweisen und ihre Solidarität auch einzelnen von Parteiorganen angegriffenen Gewerkschaftsredakteuren gegenüber zu bekunden. Doch soll die Zurückweisung in Inhalt und Form dem Gemeingeist der gesamten Arbeiterbewegung angemessen sein und nicht die Schürung der Zwietracht dienen, wie so häufig die Unrumpelungen unberufener Gewerkschaftskritiker. Die Generalkommission sei nach wie vor berufen, in allen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung gemeinsamen berührenden Fragen rechtzeitig eine Verständigung mit dem Parteivorstand herbeizuführen. Da indes nach Auffassung des letzteren der Kritik der Parteipresse selbst der Gewerkschaftsbewegung gegenüber keinerlei Schranken gezogen werden könnten, so könne auch der Gewerkschaftspressen nur dringlich empfohlen werden, von ihrem Rechte der freien Kritik künftig ebenfalls mehr als bisher den notwendigen Gebrauch zu machen. Von der Fassung eines Beschlusses wurde abgesehen; die Konferenz begnügte sich, ihr Einverständnis mit der diese Ausführungen zusammenfassenden Erklärung der Vorstehenden zu bekunden.

Die Generalkommission veröffentlichte soeben ihren Kassenausschluß für das Jahr 1905. Derselbe balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 384053 Mk. und weist einen Vermögensbestand von 202555 Mk. auf. Die Einnahme an Gewerkschaftsbeiträgen betrug 133570 Mk.; ausgegeben wurde für Agitation 32755 Mk., für das „Korrespondenzblatt“ 32148 Mk., für das italienische Gewerkschaftsblatt 6773 Mk. und das polnische 6548 Mk. Das Zentralarbeitersekretariat erforderte eine Ausgabe von 10914 Mk. In dieser Abrechnung nicht enthalten ist das Ergebnis der anlässlich von größeren Streiks und Aussperrungen von der Generalkommission veranstalteten Sammlungen, die insgesamt 120288 Mk. ergaben.

Der Bureauangestelltenverband hatte am Jahreschluss 1905 703 Mitglieder (gegen 568 ein Jahr vor dem). Die Einnahme pro 1905 belief sich auf 7525,63 Mk., die Ausgabe auf 5128,19 Mk. Der Kassenbestand stieg von 4108,73 Mk. auf 6506,17 Mk.

Der Handschuhmacherverband verzeichnete am Jahreschluss 1905 3087 Mitglieder, 73 mehr als ein Jahr früher. Der Arbeiterverband hatte am Schlusse des letzten Jahres 30 119 Mitglieder gegen 22 651 am Schlusse des Jahres 1904, nahm also 1905 um 7468 Mitglieder zu. Das Verbandsvermögen belief sich auf 278 974,37 Mk.

Der Maschinen- und Seilzerverband veröffentlicht in Nr. 3 seines Verbandsorgans seine Abrechnung für das abgelaufene Jahr. Danach hat dieser Verband in 1905 eine Einnahme von 113 015,12 Mk., eine Ausgabe von 100 545,70 Mk., sein Vermögen stieg von 30 272,08 Mk. auf 42 741,50 Mk. Angaben über die Mitgliederbewegung werden nicht gemacht.

Der Maurerverband bereitet eine einheitliche Hausagitation über ganz Deutschland für die letzte Woche des März vor, bei welcher Gelegenheit zugleich eine Flugchrift zur Verbreitung gelangen wird.

Der Notensacherverband hat wie alljährlich auch im Jahre 1905 eine Erhebung über die Lohnverhältnisse seiner Mitglieder vorgenommen. Das gewonnene Material bezieht sich vornehmlich auf Leipzig. Das Zeichnende ist der auch im letzten Jahre erfolgte Rückgang des jährlichen Durchschnittseinkommens. Dasselbe betrug 1584,52 Mk., gegen 1629,05 Mk. im Jahre 1904 und 1640,35 Mk. im Jahre 1903. In Berlin-Charlottenburg sank das Durchschnittseinkommen von 1736,61 Mk. im Jahre 1904 auf 1639,87 Mk. im Jahre 1905. Das Maximaleinkommen betrug in Leipzig 3239,49 Mk., das Minimaleinkommen 500 Mk.; in Berlin betrug der Höchstverdienst 2140 Mk. und der niedrigste Verdienst 885,64 Mk.

Der Seemannsverband hatte am Jahreschluss 1905 3381 Mitglieder, gegen 3211 ein Jahr früher. Das Verbandsvermögen stieg im genannten Jahre von 94 843 Mk. auf 110 794 Mk.

Der Steinsecherverband hatte am Jahreschluss 1905 7364 Mitglieder (939 mehr als ein Jahr vor dem) und ein Vermögen in Höhe von 96 378,35 Mk. Die Jahreseinnahme 1905 betrug 96 257,65 Mk., die Jahresausgabe 86 269,30 Mk.

Der Stuckateurverband steigerte im Jahre 1905 seine Mitgliederzahl von 5652 auf 7283 (mehr 1631), seinen Kassenbestand von 57 860 Mk. auf 81 838,26 Mk.

Der Tapeziererverband steigerte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 5620 auf 6755, also um 1135. Der Verband verfügte am Jahreschluss 1905 über ein Vermögen von 105 526,86 Mk., gegen 94 726 Mk. am Jahreschluss 1904.

Der Vergolderverband vermehrte seine Mitgliederzahl im Jahre 1905 um 103, so daß er am Jahreschluss 1846 Mitglieder zählte. Das Verbandsvermögen betrug 22 128,69 Mark.

Im Zimmerverband traten mit dem 26. Februar die neuen Bestimmungen betreffend die Beitragsleistung in Kraft. Es sind demnach fünf Staffeln vorgesehen, je nach der Höhe des Arbeitsverdienstes, und zwar folgende:

Table with 4 columns: Lohnklasse, Stundenlohn, Hauptkassette, Nebenkassette. Rows 1-5 showing increasing wage classes and corresponding contribution amounts.

Die Zahl der Gewerkschaftskartelle hat seit August 1905 eine Steigerung erfahren von 490 auf 506. Neu gegründet sind 29 Kartelle, während 13 eingegangen beziehungsweise verschollen sind. Unter den eingegangenen befinden sich außer dem Altonaer Kartell, das sich dem Hamburger angeschlossen hat, noch die Kartelle von Rummelsburg und Weissensee, die in der Berliner Gewerkschaftskommission aufgegangen sind.

Die ungarische Gewerkschaftsbewegung macht gute Fortschritte. Zu Ende des vorigen Jahres war die Mitgliederzahl auf annähernd 80000 gestiegen. Am 31. Dezember 1904 gab es in Budapest 28057 = 30,04 Prozent, in der Provinz 25112 = 7,7 Prozent organisierte Arbeiter, davon 2099 weibliche. Der Kampf um die Arbeitsvermittlung hatte einen schönen Erfolg, indem im Jahre 1904 von den 16938 sich meldenden Arbeitslosen 11026 = 69,09 Prozent platziert wurden. Die stärkste Organisation ist die der Bauarbeiter; sie zählte im Jahre 1904 110 Ortsgruppen und sechs Fachsektionen mit 14000 Mitgliedern, im Jahre 1905 war sie auf 188 Ortsgruppen und sieben Fachsektionen mit 22000 Mitgliedern gestiegen. Ihr nächst stehen die Eisen- und Metallarbeiter mit circa 18000 und die Holzarbeiter mit circa 10000 Mitgliedern.

Eingefandt.

Zum Schulkongress der in der Schifffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter.

Angesichts der Wichtigkeit, die der Kongress unbestreitbar auch für die Mitglieder unseres Verbandes hat, soweit sie auf den Werften beschäftigt sind, ist es erfreulich, daß der Vorstand beschlossen hat, auch die Holzarbeiter auf dem Kongress durch Delegierte vertreten zu lassen. Und so werden denn, soweit bis jetzt bekannt, neun Werftorte auf dem Kongress vertreten sein. Leider sind nicht alle Werftorte vertreten. Sehr bedauerlich ist es besonders, daß Rostock, wo seit längerer Zeit der Kampf zwischen den Arbeitern und dem Werftkapital tobt, es veräumt hat, von dem Rechte, einen Delegierten für sich zu beantragen, Gebrauch zu machen. Was uns Holzarbeitern auf den Werften den Kongress besonders wertvoll macht, ist der Umstand, daß es den Delegierten möglich ist, zu einer Branchenkonferenz zusammenzutreten. Und hierauf ist die besondere Aufmerksamkeit der Kollegen auf den Werften zu lenken, ist der Hauptzweck dieser Zeilen. Zweifellos haben die Holzarbeiter der Werften ebensoviel Gründe und dasselbe dringende Bedürfnis zu einer gründlichen Aussprache, als die übrigen in unserem Verband vereinigten Branchen. Dazu bietet der Schulkongress eine treffliche Gelegenheit, und ist es nun Sache der Delegierten, diesen günstigen Umstand zu benutzen, um so mehr, als der Hauptvorstand dieser Veranstaltung freundlich gegenübersteht. Was die Fragen anlangt, womit sich unsere Delegierten zu beschäftigen hätten, muß an erster Stelle die Agitation genannt werden. Tatsache ist ja leider, daß noch viele Hunderte unserer Kollegen der Organisation fernstehen, und wird es die vornehmste Aufgabe der Delegierten sein, sich gegenseitig Anregungen zu geben und ihre Erfahrungen auszutauschen, wie am wirkungsvollsten die Agitation für unseren Verband gefördert werden kann. Weiter bedarf die Lohnfrage einer gründlichen Aussprache. Es ist zweifellos, daß auf den verschiedenen Werften die gezahlten Löhne noch weit voneinander abweichen. Und hierüber einmal authentisch unterrichtet zu werden, liegt sicher im Interesse aller Kollegen. Ferner müßte die Frage der Arbeitszeitverkürzung einmal gründlich erörtert werden, denn es ist höchste Zeit, daß die Kollegen in ihrer Gesamtheit dieser Frage einmal ernstlich nähertraten. Es steht zu erwarten, daß die Veranstaltung einer Branchenkonferenz neben dem allgemeinen Kongress die Zustimmung sämtlicher Kollegen auf den Werften finden wird. Dann ist es aber auch die Pflicht eines jeden Kollegen, zum Gelingen dieser Konferenz beizutragen. Insbesondere ist es die Aufgabe der Delegierten, sich mit ge-

nügendem Material zu versehen, damit ein Gesamtbild über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Holzarbeiter auf den Werften gegeben werden kann. E.-Bremen.

Literarisches.

Bei der Redaktion sind folgende Schriften eingegangen: Eine Heine-Nummer ist aus Anlaß des 50jährigen Todestags des Dichters im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ Berlin erschienen. Wir möchten diese einzigartige Festschrift allen Kollegen zur Anschaffung empfehlen. Der Preis der 16seitigen Schrift beträgt 20 Pf.

Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat. Aus dem Holländischen des Dr. G. van den Brink, römisch-katholischer Priester zu Breda in Holland. Preis 10 Pf. Berlin, Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68.

Paul Hirsch, Kommunale Wohnungspolitik. Heft 4 der Sozialdemokratische Gemeindepolitik, kommunalpolitische Abhandlungen, herausgegeben unter Leitung von Paul Hirsch. 80 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

Dr. W. Zimmermann, Arbeiter und Flotte. Eine Studie über Seewirtschaft, Weltpolitik und Arbeiterpolitik. 144 Seiten. Preis 1,50 Mk. Berlin 1906, Deutscher Verlag, Abnigräberstraße 41/42.

Kurt Eisner, Der Sultan des Weltkriegs. Ein marokkanisches Sittenbild deutscher Diplomatenpolitik. 72 Seiten groß 8°. Preis 40 Pf. Dresden, Verlag Kadon & Cie. Durch jede Parteibuchhandlung zu beziehen.

Berthold Harms, Löhningen, Arbeitskammern und Kaufmannskammern. Geheime Interessensvertretungen der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter. 56 Seiten. Preis 80 Pf. Löhningen 1906, Verlag der G. Lauppschen Buchhandlung.

Briefkasten.

* Wir machen die Zustellungsverwaltungen wiederholt darauf aufmerksam, daß Zeitungsbestellungen bis spätestens am Montagabend für die darauf folgende Zeitung in unseren Händen sein müssen. Später eingehende Bestellungen können für die laufende Woche nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Schluß der Inseratenannahme ist Montagnachmittag um 4 Uhr.

Von der „Holzarbeiter-Zeitung“, Jahrgang 1905, haben wir noch einige vollständige Exemplare vorrätig. Wir liefern das ungebundene Exemplar bei Vereinfachung des Betrags für 6 Mk. franko.

Arbeitslosigkeit im Monat Februar 1906.

Large table showing unemployment statistics for February 1906 across various cities (Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Dresden, Chemnitz, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Göttingen, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, Hanau) and monthly trends from January to February. Columns include location, total unemployed, and specific counts for various categories.

Verammlungs-Anzeiger.

Suhl (Thüringen). Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonntag den 18. März, nachmittags 3 Uhr, im Domburgs Knechtli statt.

Anzeigen.

Basel. Holzarbeitergewerkschaft. Allen über Basel durchreisenden Kollegen teilen wir mit, daß unsere Herberge, Verkehrsbüro, Arbeitsnachweis und Auszahlung der Reiseunterstützung von jetzt ab im Gasthof Zum roten Ochsen, Ochsenstraße 11, in Basel, verlegt ist. Der Sektionsvorstand.

Wiesbaden. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Erber, Kaiserstraße 46, woselbst auch die Reiseunterstützung ausbezahlt wird. Um Anschauen streng verboten. Verkehrslokal „Kaiser Adolf“, Wiesbadenstraße 39. Gegenwärtig. Bevollmächtigter und Kassierer Jos. Kraus, Waisenmacher bei Friedrich Beckler, Bahnhofsstraße. Dasselbe wird Reiseunterstützung ausbezahlt von 10-12 Uhr vormittags.

Arbeitsnachweis zu benutzen. Stellenausgabe Wochentags abends von 7-8 Uhr, Sonntags vormittags von 11-12 Uhr. Dasselbe auch Auszahlung der Reiseunterstützung. Der Arbeitsnachweis Waisenhausstraße 11 geiperrt. Um Anschauen streng verboten.

Kiel. Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes, Arbeitsvermittlung und Auszahlung der Reiseunterstützung jeden Werktag 8-9 und 2-3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße 24 I, Zimmer 30. Um Anschauen ist streng verboten.

Suhl (Thüringen). Bevollmächtigter Aug. Bergig in Sauter Str. 9 bei Suhl. Reiseunterstützung zahlt der Kassierer Ernst Brobbiac, Mühlstr. 14, abends von 7-8 Uhr.

Teterow. Wir bitten die Kollegen dringend bitten, das Um Anschauen zu unterlassen und sich, bevor sie Arbeit annehmen, bei der Sozialverwaltung nach den örtlichen Verhältnissen zu erkundigen.

Trennreichen. Arbeitsnachweis, Arbeitsvermittlung und Auszahlung der Reiseunterstützung bei Fritz Sobbes, Berliner-Vorstadt 2. Um Anschauen verboten. Bevollmächtigter Otto Mengert, Neue Marktstraße 154. Kassierer Einar Schumann, Vogelsgangstraße.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Wischhof, Hermannstraße 26, 9. U. Um Anschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Seudels, Schöngasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Der Tischler Joh. Selmer, Christoph Gutter, geb. 20. Mai 1855 in Güstrow, wird als Erbe gesucht. G. soll 1899 oder 1900 in einem Hospital in Westfalen krank gelegen haben.

Winnberg i. G. G. G. den 26. Febr. 1906. W. H. Carlstedt, Nachlasspfleger. Ersuche die Zahlstellungsverwaltung, bei welcher der Kollege Gorte, Buchn. 128 958, gemeldet ist, dessen Adresse nach Wittich i. B. zu melden.

Der Kollege Max Zimmermann, Buchn. 193 455, wird ersucht, seiner Mutter Nachricht zu senden. Die Kollegen werden gebet, ihn darauf aufmerksam zu machen. Göttingen, den 10. März 1906.

Gust. Scholz, Drechsler, geb. 8. April 1871 zu Tschischdorf (Schles.) wohnh. Neustadt (Oria) gebe mir sof. Nachricht. Frau H. Scholz, Neustadt (Oria), Schußg. 13 61. Die Bekleidung, welche ich gegen den Kollegen W. H. Gadow ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. Franz Jäger, Anna.

Polierer. Einige tüchtige Polierer finden hohen dauernden Verdienst. Baumeitz & Co. Stuhlfabrik, Springe b. Hann.

Ein tüchtiger Polierer auf seine Mahag. Möbel sofort gesucht. Bei wirklich guter Leistung höchster Lohn und dauernde Stellung, eventl. Reisevergütung.

H. Wirth, Cassel, Giesbergstraße 40. Einen tüchtigen Bantischler sucht Karl Auras, Tischlermeister Harrschstadt, Posen.

Lebensstellung.

Gesucht 2 Tischlergesellen, erste Kraft, die gerne Großstadtverhältnisse mit denen der Kleinstadt vertauschen würd., unt. äußerst günst. Bedingungen auf dauernde, sehr gute Arbeit. Masch., Warmwasserheizung, elektr. Licht usw. Bei der Leistungsfähigkeit entsprechend. Lohn.

Krämer & Söhne, Warne, Goltstein. Tüchtige Möbelschreiner, Beizer und Polierer finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei Möbelfabrik Veihl & Co. (n. b. S.) Forstheim.

Möbelschler für gute Kastenarbeit gesucht. Groba & Püschel, Spremberg, N.-Baupf. Bau- und Möbelschlerei mit Dampftrieb.

Ein Tischlergeselle für dauernd gesucht. Paul Art, Bau- und Möbelschlerei Kupferberg, Schlesien.

Tischlergesellen sucht sofort Paul Stinner Friedemost b. Glogau, Schlesien.

Einige, aber nur wirklich tüchtige Stuhlbaner auf bessere Stühle stellen noch sofort ein. Robert Oelschlägel & Co., Stuhlfabrik Br. Polland O.-Pr.

Stuhlbauer auf gute und lohnende Arbeit sofort gesucht. Beschäftigung dauernd. **Kranzso & Esslar, Stuhlfabr., Rabenau, Sa.**

Lüchtige Gatterhneider sucht per bald und für dauernde Beschäftigung bei gutem Affordlohn. **Dampfsägewerk & Baugesellschaft G. m. b. H. Friedrichshagen, Seestraße 16.**

Ein junger tüchtiger **Stellmacher** erhält dauernde Beschäftigung bei **P. H. Peters, Landölz, Insel Wfen.**

Lüchtige Kammacher für dauernde Arbeit gesucht. **Sellaz & Cie. Bärth, Schöthalgasse 19.**

2 Birstenmacher, 1 für Mischen u. Bechen, 1 für Einziehen, für dauernde, angenehme Stellung gef. **Wilh. Kurz, Offenbach a. M.**

Lüchtiger Korbmacher auf Hocharbeit bei gutem Lohn sofort gesucht. **H. Franke, Nürnberg, Deichlerstr. 21.**

Ein tüchtiger **Korbmachergeselle** auf geschlagene Arbeit sofort gesucht. **Otto Lange, Korbmacher Springe b. Hannover.**

Vier gute Mattarbeiter auf sofort gesucht von **C. Müller, Salzotten i. Westf.**

4 Korbmacher auf Gematt sucht sofort **Paul Michael, Salzenbeck, Solstein.**

Zwei junge Korbmachergesellen auf geschlagene Arbeit sofort gesucht. Reisegeld wird nach Vereinbarung vergütet. **A. Tammer, Sebnitz i. Sachsen.**

5 Gestellarbeiter auf bessere Peddigarbeit werden sofort eingestellt. **Adolf Schmidt, Rohmöbelfabrik, Brandenburg a. S.**

Wir suchen fortwährend Korbmacher auf Packkörbe. Schöne Weiden, hoher Lohn. **W. Gaspers Korbwarenfabriken Mönheim a. Rh. b. Düsseldorf.**

Einem jüngeren **Korbmachergesellen** auf Wash- und Reiseförbe sucht **Wilh. Kessler, Bettin b. Halle a. S.**

Korbmacher, tüchtige Gestellarbeiter, für dauernd bei gutem Verdienst noch gesucht. Lebensverhältnisse billig. **H. R. Hoffmann, Schweidnitz**

Fabrik für Hohl-, Kongo- u. Bambusmöbel.

4 Korbmacher auf grün Geschlagen gemattet. **Arbeitsnachweis Hannover.**

Tücht. Korbmacher für Gestell u. geschlag. Arbeit findet sofort dauernde Beschäftigung bei **W. Wacker, Bremen, Herdentorssteinweg 48.**

Tücht. Korbmachergesell. auf Großgeschl. gesucht. **H. Klingner, Pfaffen i. G.**

Zwei tücht. Korbmacher erhalten dauernde Beschäftigung auf Grün und Weißgeschlagen bei **F. Schurre, Nienburg a. Saale.**

Alle Sorten **Jagd-Luxuswaffen**

kauft man am besten, billigsten, unter dreijähriger Garantie, direkt von der **WAFFEN-FABRIK Emil von Nordheim MEHLIS-Th.** Hauptkatalog gratis und franko. An-sichtsendung. Teilzahlung an sichere Personen ist gestattet. **Otto Bergmann, Berlin SO 33, Oppenher-str. 10-11**

Abziehsteine

Spezial-Preisliste gratis und franko.

Gebrüder Rauh
Stahlwarenfabrik
Versandhaus I. Ranges
Gräfrath bei Solingen.



BRILLANT

Jedermann verlange unseren neuesten, reich-illustrierten **Pracht-Katalog**, welcher **umsonst und portofrei** ohne Kaufzwang versandt wird. Derselbe enthält ca. **6000** Gegenstände aller Warengattungen, zum Beispiel: Alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxus-artikel, Waffen, optische Waren, Nickel-, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinder-Spielwaren und viele andere Artikel in größter Auswahl.

Über **5000** lobende Anerkennungs-schreiben bestätigen Güte u. Qualität unserer Waren. Bei **Sammel-Aufträgen** Extra-Bergünstigungen.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund
gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblichen Portos ihre Adresse an **August Grimm, Frankfurt a. M., Alt. Markt 36.** Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.

Tischler-Fachschule.
Zeichner, Werkführer, Maler
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden:

Das Beizen und Färbendes Holzes von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen. Zweite Aufl. (Kleine Ausgabe.) 83 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk. Dritte Aufl. (Grosse Ausgabe.) 129 S. Preis broschiert 2,50 Mk., mit Porto 2,60 Mk.

Moderne Farben auf Holz, eine Musterkarte mit 138 Farbentönen (Beizungen). Supplement zur vorstehenden dritten Aufl. Preis 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Der Modelltischler von Fr. W. Hesse, Modelltischler. Mit 313 Textabbildgn. 164 S. Preis broschiert 4,50 Mk., mit Porto 4,70 Mk.

Der Dorfschreiner von A. u. M. Graef. 24 Tafeln und 6 Werkstattzeichnungen mit Text. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Landtischler von A. Graef. Entwürfe zu einfachen Möbeln. Dritte, vollständig neubearbeitete Auflage. 28 Foliotafeln und 8 Werkstattzeichnungen in natürl. Grösse. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 8 Mk.

Jubiläums-Katalog von Paul Horn. Anleitung zum Polieren, Beizen, Mattieren, Lackieren usw. 130 Seiten. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk.

Der Buchhaltungs-Meister von Paul Horn. Leichtfassliche und gründliche Anleitung zur Einrichtung einer geordneten Buchführung. Preis broschiert 60 Pf., mit Porto 70 Pf.

Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler usw. von Ernst Loose. 220 S. Preis kartoniert 4 Mk., mit Porto 4,20 Mk.

Der Schreiner von H. F. A. Stückel. Elfte neubearbeitete und verbesserte Auflage von A. u. M. Graef. Textbuch mit 21 Abbildungen, 316 Seiten und Atlas mit 36 Tafeln. Preis broschiert 10,50 Mk., mit Porto 11 Mk.

Der Möbeltischler von A. u. M. Graef. Sechste gänzlich neubearbeitete Auflage. 40 Foliotafeln mit erklärendem Text. In Mappe. Preis 10 Mk., m. Porto 10,50 Mk.

Praktische moderne Möbel in einer Anordnung in perspektive gezeichnet an der Süddeutsch. Schreinerfachschule in Nürnberg. Selbstverlag von Direktor Karl Maibaum in Nürnberg. In Mappe. Preis 12,50 Mk., mit Porto 12,80 Mk.

Möbel im Jugendstil von M. Graef. 26 Foliotafeln nebst erklärendem Text und 8 Tafeln mit Werkstattzeichnungen. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Moderne Bautischlerarbeiten von Ernst Scriba, Architekt. 24 Tafeln mit erläuterndem Text. Preis broschiert 6 Mk., mit Porto 6,30 Mk.

Tore, Türen, Fenster und Glasabschlüsse im Stile der Neuzeit, zum unmittelbaren Gebrauch für die Praxis. Von Paul Mühlau, Architekt. 30 Tafeln mit erklärendem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Holzbau. Umfassend den Fachwerk-, Bohlen-, Block-, Ständer- und Stabbau. Von Hans Issel, Architekt und Lehrer an der Baugewerkschule zu Hildesheim. Zweite Auflage. 246 S. Mit 500 Textabbildungen und 15 Tafeln. Preis brosch. 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk.

Der innere Ausbau. Umfassend Türen und Tore, Fenster und Fenster-verschlüsse, Wand- und Deckenvertäfelungen, Treppen in Holz, Stein und Eisen. Von Professor Adolf Opderbecke, Direktor der Anhaltischen Baugewerkschule zu Zerbst. Zweite Auflage. 214 S. Preis brosch. 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk.

Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.

Die Expedition der Holzarb.-Ztg.

Dampfsägewerk
mit Zimmerplatz
am Main in Unterfranken, flott im Betrieb, 2 Bollgatter, Kreis- und Bandsäge, Dicht-hobel und Fräsmaschine, Lokomobile, 25 PS., zwei Jahre alt, sofort bei **5-8000 Mk.** Anzahlung zu verkaufen.
B. Vetter, Nürnberg, Krellerstraße 7.

Tischler-Fachschule Detmold
Werkführer- und Technikerkurse
Gesellige Meister-Prüfung
Programme frei durch die Direktion
Schreibbücher f. Holzarbeiter
Katalog gratis und franko.
Joh. Sassenbach, Berlin 10

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten **Jubiläumskatalog**, ein Lehrbuch des Polierens, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:

Jubiläums-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoo-Politur, filtrierte Schellack-Politur, porenschließende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt, Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack, Schleif- und Polieröl, Farbige Porenpulver, Spiritusbeizen, Ambranitbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen, Flintsteinpapier, Lederleime, Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Ferner empfehle:

Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in mar-gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—. Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

No. 22 **Wetterhäuschen** mit Thermometer, ersetzt einen Barometer, denn es zeigt jeden Witterungswechsel 24-48 Stunden vorher genau an. Wenn es schönes Wetter gibt, tritt die Frau aus dem Häuschen hervor, wenn es schlechtes Wetter gibt, tritt der Mann hervor. Zugleich ist dieses Wetterhäuschen ein schöner Zimmerschmuck. - Grösse ca. 18 1/2 cm hoch, 14 cm breit. - Genau wie Zeichnung, per Stück Mark 1.20. No. 22 1/2. Dasselbe in einfacher Ausführung, per St. Mk. 0.85. Porto 60 Pfg. extra. - Weniger wie 2 Stück versenden wir nur gegen vorherige Einsendung des Betrages. 12 Stück versenden wir franko und legen 1 Stück gratis bei. **Unsere Pracht-Katalog**, enthaltend grosse Auswahl in Haushaltungs-Artikeln, Tischmessern und Gabeln, Rasiermessern, Rasterbestecken von Mk. 2.50 an, Haarschneidemaschinen von Mk. 9.50 an, Taschen-, Tafelmessern und Gabeln, Damen-, Haar- und Schneiderscheren, Rebar- oder Gartenscheren, Sensen, Gärtnermessern, Brot-, Schlacht-, Gemüsee-, Hack-u. Wiegemes-sern, Uhren, Uhr- und Halsketten, Broschen, Ringe, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuss- und Stichwaffen, Musik-Instrumenten, Schmuckgegenständen, Kinder-spielwaren, Christbaumschmuck etc., versenden wir gratis und franko ohne Kaufzwang. **Versandhaus Gebrüder Bell, Gräfrath bei Solingen 600** Gegründet 1876.



E. von den Steinen & Cie., Wald bei Solingen 34
Stahlwaren-Fabrik * Versandhaus.

Nachstehende komplette Kollektion No. 51 bestehend aus:

1. Eine schöne, hellleuchtende, elektrische Taschenlaterne, unentbehrlich für jedermann, Grösse 8 1/2 x 6 1/2 cm.
2. Ein Taschenfernseher mit ausgezeichneter Fernsicht, zugleich Lupe, Vergrößerungs- und Brennglas.
3. Ein hübsches Taschenmesser mit 2 prima Stahlklingen und fein verzierten oxydierten Schalen.

Alle 3 Gegenstände zusammen für nur **Mk. 2.—** gegen Nachnahme. Porto 30 Pfg. extra.

Alle 3 Gegenstände in prima Qualität.

Wir bitten, unseren grossen illustrierten **Haupt-Katalog** mit über 5000 Abbildungen unserer sämtlichen Waren gratis und franko zu verlangen.




C. Bratsch
nur in **Reinickendorf (bei Berlin)**
Lack- und Politurfabrik

liefert schon 40 Jahre die vorzüglichsten Spezialitäten wie schwarzen und unsbraunen **Mattlack, wasserechte Mattierung, verbesserte Schellackpolitur** u. die billigsten, tadellosten **Politurlacke**

Als extr. Vergünst. währ. d. Fasten erh. jed. Pef. d. Stg. zarte neu. **40 Heringe** Nativ-ger Gr. N.

2 Pfd. Dos. fff. Anchovis, 1 Dos. la Polnys, 1 Dos. Bis-marther, 50 la Sardelher, u. ff. Büfge. Schönen diesen Nauchaal u. 1 Stk. ff. Lachs. Alles für 3/4 Mk. Portofrei g. Nach. **Begeners Großverb. v. 1881, Swinemünde 500.** Annonce einfd.

Verlag von Karl Klop in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.